

1 Die Abteilung Westen des Instituts für Konjunkturforschung (IfK) in der Zwischenkriegszeit 1924 – 1938

1.1 Konjunktur, Krise und Aufrüstung

Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) ging aus der Anfang 1926 eingerichteten Zweigstelle des Instituts für Konjunkturforschung (IfK), Abteilung Westen in Essen, hervor. Der Präsident des Statistischen Reichsamts (StRA), Ernst Wagemann,¹ hatte das IfK ein Jahr zuvor mit Sitz in Berlin gegründet.² Formaler Gründungsakt des RWI selbst war die Umwandlung der Essener Abteilung in einen eigenständigen Verein im Jahre 1943 mit weiterhin Wagemann an der Spitze.³ Wissenschaftlicher Leiter in Essen war von Anfang an Walther Däbritz,⁴ der diese Position bis in die 1950er Jahre innehatte.

Als der Präsident des Statistischen Reichsamts das Institut für Konjunkturforschung (IfK) im Juli 1925 gründete, lag die Währungsreform vom Herbst 1923 mit der Bewältigung der deutschen Hyperinflation noch keine zwei Jahre zurück.⁵ Mit dem Dawes-Plan einigten sich Deutschland und seine Gläubiger 1924 über die laufenden Reparationszahlungen.⁶ In den „Goldenen Zwanziger Jahren“ danach wuchs die deutsche Volkswirtschaft bis 1928, u. a. stimuliert durch Kredite des Auslandes, mit konjunkturellen Schwankungen enorm. Nach den Berechnungen von Ritschl und Spoerer stieg das reale Einkommen pro Kopf von 1924 auf 1928 um sechs Prozent jährlich.⁷ Die dann einsetzende Weltwirtschaftskrise brachte herbe absolute Einbußen des Volkseinkommens und eine ungekannt hohe Arbeitslosigkeit auch in Deutsch-

1 Biografische Notizen erscheinen an Brenn- bzw. Wendepunkten der Institutsgeschichte, die untrennbar mit seiner Person verbunden sind. Vgl. weiter unten die Punkte 1.2.1, 1.3.2 und 3.3.

2 Stäglin/Fremdling 2016b, S. 17 f.

3 Krengel 1986, S. 66, Anm. 41; Kulla 1996, S. 72–75.

4 Siehe die biografischen Notizen in Teil II dieses Bandes von Toni Pierenkemper, Punkt 4.1.

5 Holtfrerich 1980.

6 Zwar wurde keine Einigung über die endgültige Höhe erreicht, jedoch dürfte die jährliche Belastung volkswirtschaftlich durchaus tragbar gewesen sein: 1928/29 zahlte Deutschland erstmals die volle Annuität von 2,5 Mrd. RM. Zwischen 1924 und 1929 wurden etwa 9 Mrd. aufgebracht, was um die 3 Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausmachte. Nach Berechnungen von Hantke/Spoerer entsprachen die Zahlungen per Saldo der erzwungenen Einsparung Deutschlands im Militärhaushalt (siehe Spoerer/Streb 2013, S. 74–81 und Ritschl 2002, S. 223 ff. über die Reparationsbelastung bzw. Staatsverschuldung im historischen Vergleich mit Frankreich und Großbritannien). Dennoch trug die Reparationsfrage mit ihrer wirtschaftlichen und vor allem politischen Sprengkraft wesentlich zur Krisenverschärfung und damit zum Scheitern der Weimarer Republik bei. Siehe Winkler 2005, S. 342–347 u. passim; Ritschl 2002; James 2016.

7 Ritschl/Spoerer 1997. Ihre Schätzung des BIP basiert auf den Volkseinkommensdaten des StRA, und nicht auf den irreführenden Zahlen von Hoffmann et al. 1965.

land. Nach dem konjunkturellen Wendepunkt Ende 1932 erholte sich die Wirtschaft, beschleunigt durch die NS-Wirtschaftspolitik, die zunehmend von der Aufrüstung geprägt war. Die systematische Vorbereitung des Krieges führte zur Vollbeschäftigung aller inländischen Ressourcen, sodass bis zum Vorabend des Zweiten Weltkriegs die Arbeitslosigkeit bezwungen war.

Die konjunkturelle Entwicklung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks seit Mitte der 1920er Jahre bis unmittelbar vor Beginn des Zweiten Weltkriegs wird in Abschnitt 1.3.2 geschildert. Die *Konjunkturberichte* der 1926 in Essen gegründeten Abteilung Westen des IfK offenbaren konjunkturelle und strukturelle Veränderungen über den rheinisch-westfälischen Raum hinaus für die gesamte deutsche Volkswirtschaft mit ihrer außenwirtschaftlichen Einbindung. Diese Hinführung zum ersten Kapitel rückt deshalb die Wirtschaftspolitik während der Weltwirtschaftskrise und die Maßnahmen zur Krisenüberwindung in den Mittelpunkt. Beide zusammenhängenden Themen werden nach wie vor in der Wirtschaftsgeschichtsschreibung kontrovers diskutiert. Vor diesem Hintergrund wird die Geschichte des Essener Instituts in der Weimarer und der NS-Zeit historiographisch eingeordnet. Mit der Diskussion der Deflationspolitik des Reichskanzlers Brüning eröffnet sich zugleich eine theoriehistorische Perspektive. Denn der Paradigmenwechsel in der Volkswirtschaftslehre und -politik während der 1970er Jahre führte in Deutschland auch zu einer veränderten Interpretation der Weltwirtschaftskrise oder der „Großen Depression“.⁸

1.1.1 Weltwirtschaftskrise und Borchardt-Kontroverse

Das Berliner IfK und seine Essener Abteilung Westen wurden in der Überzeugung gegründet, Konjunkturschwankungen ließen sich mit den neuen Methoden der empirischen Wirtschaftsbeobachtung erfassen und prognostizieren.⁹ Die Brücke zur

⁸ Neuerdings wird in Anlehnung an die amerikanische Bezeichnung „Great Depression“ dieser Begriff für die Weltwirtschaftskrise auch im deutschen Sprachraum verwendet. Siehe die Titel der Bücher von Meister (1991): „Die große Depression“ mit dem Untertitel „Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland 1929 – 1932“ und Hesse/Köster/Plumpe (2015): „Die große Depression“ mit dem Untertitel „Die Weltwirtschaftskrise 1929 – 1939“. In der von Wolfram Fischer herausgegebenen Reihe zur „Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert“ lautete der Titel des einschlägigen Bandes von Charles Kindleberger (1973) noch selbstverständlich: „Die Weltwirtschaftskrise“, nur die englischsprachige Ausgabe trug den Titel: „The World in Depression: 1929 – 1939“. Die letzte „Große Rezession“ 2008 war ebenfalls Anlass, die klassische Weltwirtschaftskrise neu zu betrachten. Siehe Ritschl 2012 und Spoerer/Streb 2014.

⁹ Wagemann dachte zunächst nicht an Prognosen aufgrund einer kausalgesetzlichen Erklärung des Konjunkturphänomens. Vielmehr strebte er analog zu ärztlichen Heilmaßnahmen an, aus erkennbaren Symptomen eine Therapie, also eine erfolgreiche Konjunkturbeeinflussung, zu entwickeln. Prognosen sollten aus Konstellationsbeschreibungen der Phasen eines Konjunkturzyklus und aus dem Aufspüren von Wendepunkten über vorausseilende bzw. nachhinkende Konjunkturindikatoren abgeleitet werden. Siehe Wagemanns Ausführungen zum ersten Heft der Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung (VjHK 1, 1926, S. 5). Vgl. auch Kulla 1996, S. 44 – 48, 100 – 110.

wirtschaftspolitischen Beeinflussung oder gar Beherrschung des Konjunkturzyklus war damit geschlossen, bevor der Keynesianismus zum Synonym für eine antizyklische Krisenbekämpfung aufstieg. Gemessen an Wagemanns eigenen Ambitionen k Reideten rückblickende Darstellungen dem IfK und seinem Präsidenten ein für die Weltwirtschaftskrise untaugliches diagnostisches Instrumentarium an. Durch die keynesianische Brille betrachtet, erschien die Weltwirtschaftskrise als Paradebeispiel für das Versagen der nationalökonomischen Wissenschaft und damit verbunden der Wirtschaftspolitik. Bis Ende der 1970er Jahre war diese Auffassung in Deutschland gängiger Konsens.

Rolf Kregel, Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), legte 1986 die Geschichte seines Hauses, des IfK/DIW, vor und resümierte noch: „Das Institut für Konjunkturforschung hat [...] den Beginn der großen Krise und die verhängnisvolle Funktion des Börsenkraches [im Oktober 1929 an der New Yorker Börse] ebenso wenig erkannt wie die Regierung und die NationalökonomInnen schlechthin.“¹⁰ Kregel belegte seinen Tadel mit Zitaten aus den damaligen Analysen und *Konjunkturberichten* des IfK, die in den Wochenberichten und den Vierteljahrsheften des Instituts erschienen waren. Aus denselben Quellen lässt sich jedoch auch belegen – deshalb nicht ganz widerspruchsfrei –, dass Wagemann in Berlin und Däbritz in der Essener Zweigstelle des IfK bereits Anfang 1930 neben den erwarteten auch andersartige Elemente dieser Wirtschaftskrise erkannt hatten:¹¹ Diese stellten sich ihnen nicht nur als der übliche Abschwung eines Konjunkturzyklus, sondern daneben auch als langfristig angelegte Strukturkrise dar. Wagemann selbst hätte dem Resümee Kregels vermutlich also vehement widersprochen,¹² und er wäre posthum sogar durch eine neue Interpretation der Weltwirtschaftskrise gestützt worden, die nicht zufällig in den 1980er Jahren mit der Borchardt-Kontroverse in der deutschen Historiographie aufkam, als weite Kreise der Nationalökonomie und damit die Wirtschaftspolitik vom keynesianischen Paradigma abgerückt waren.¹³

Der 1979 veröffentlichte Aufsatz des Münchner Wirtschaftshistorikers Knut Borchardt über „Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre“ löste die nach ihm benannte Kontroverse aus:¹⁴ Im Kern

¹⁰ Kregel 1986, S. 21.

¹¹ Siehe dazu ausführlich unten den Abschnitt 1.3.2. Darüber hinaus mit Belegen aus den *Konjunkturberichten* des IfK: Kulla 1996, S. 88–100; Fremdling/Stäglin 2008, S. 170 f.

¹² In einer seiner letzten Veröffentlichungen brachte Wagemann (1954, S. 251) ein Schaubild mit dem monatlichen Verlauf des „Beschäftigungsgrades der Industriearbeiter“ und der „Produktionsindexziffer“ des IfK von 1925 bis Mitte 1935. Dem jeweiligen Kurvenverlauf zugeschrieben sind die damaligen „Diagnosen“ aus den Vierteljahrsheften zur Konjunkturforschung. Er wollte damit belegen, „wie vorzüglich sich die Diagnosen und Prognosen [des IfK] im allgemeinen bewährten“. Wagemann 1954, S. 250.

¹³ Spoerer/Streb 2013, S. 96.

¹⁴ Borchardt 1982b. Der Aufsatz mit dem Untertitel „Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes“ war ursprünglich 1979 im „Jahrbuch der Bayerischen Akademie der Wissenschaften“ erschienen, siehe auch Borchardt 1982c. Bündig zusammengefasst ist die Kontroverse von Spoerer/Streb 2013, S. 96; Tilly

bezweifelte Borchardt, dass Heinrich Brüning (Reichskanzler vom 31. März 1930 bis zum 9. Oktober 1931) eine realistische Alternative zu seiner deflationären und damit prozyklischen Haushaltspolitik gehabt hätte. Als tieferliegende Ursache der spezifisch deutschen Krisenausprägung, als „Krise vor der Krise“, machte Borchardt das zu hohe Lohnniveau aus. Seit 1918 hätten politisch motivierte Lohnsteigerungen über die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität hinaus eine Umverteilung zu Lasten der Gewinne verursacht, die sich am Ende der Weimarer Republik in privater Investitionsschwäche und hoher Arbeitslosigkeit niederschlugen. Über die Berechnung der Arbeitsproduktivität und der „kumulierten Reallohnposition“¹⁵ entspann sich eine Diskussion der Berechnungsmethode, u. a. von Holtfrerich contra und Ritschl pro Borchardt:

Nach der alternativen Berechnung Holtfrerichs habe „die Lohnentwicklung in der Weimarer Republik seit der Stabilisierung der Währung nicht ‚den durch die Produktivitätsentwicklung gezogenen Rahmen gesprengt‘, wie Borchardt behauptet.“¹⁶ Ritschl wies zunächst darauf hin, dass sowohl Borchardt als auch Holtfrerich vorwiegend auf das Datenmaterial aus dem Werk Hoffmanns von 1965 zurückgriffen, das jedoch mehrere Varianten der gesamtwirtschaftlichen Produktion zulässt.¹⁷ Ritschl zog daher über die verschiedenen Schätzungen Hoffmanns hinaus weiteres Datenmaterial (z. B. vom IfK und dem StRA) heran: Seinen so errechneten Zeitreihen über die Entwicklung der Arbeitsproduktivität stellte er die kumulierte Reallohnposition gegenüber und schlussfolgerte, dass „unter sonst gleichen Voraussetzungen alle Zeitreihen außer der von Holtfrerich verwendeten [...] in Richtung der Borchardt-These [weisen]: Offenbar haben tatsächlich während der Weimarer Zeit die Lohnerhöhungen den von der Produktivitätsentwicklung seit dem Vorkriegsstand gezogenen Rahmen gesprengt und waren insofern nicht verteilungsneutral.“¹⁸

Wohl deutlicher als Borchardt und Holtfrerich waren Ritschl die fundamentalen Unzulänglichkeiten der bisher verfügbaren Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für die Zwischenkriegszeit bewusst: „Allerdings erreichen auch unsere [Ritschls] Schlußfolgerungen eine Aussagegrenze dort, wo wir an methodische Grenzen des zugrundeliegenden Materials stoßen. Es ist anzunehmen, daß neue Er-

2001, S. 174–178; Balderston 2002, S. 93–98 und von Hesse/Köster/Plumpe 2015, S. 194–199. Siehe zudem die Beiträge im Sammelband von Krüdeners 1990 und die Dissertation von Meister 1991.

¹⁵ Methodisch verwendete Borchardt also ein Konzept, das der Sachverständigenrat (Jahresgutachten 1977/78) für die Bundesrepublik entwickelt hatte.

¹⁶ Holtfrerich 1984, S. 131.

¹⁷ Hoffmann et al. 1965; die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung dieser Arbeit eignet sich m.E. überhaupt nicht, Verteilungsfragen zu behandeln. Schon allein die Berechnung des Kapitaleinkommens ist dubios und nicht nachvollziehbar (siehe Fremdling 1988, 1995). Die von Fremdling und Stäglin 2012 fertiggestellte Input-Output-Tabelle für Deutschland im Jahr 1936 offenbarte die Unzulänglichkeiten der Hoffmannschen Arbeit u.a. über die Einkommensverteilung (Lohn- und Gewinnquote). Siehe Fremdling/Staeglin 2014a, b.

¹⁸ Ritschl 1990, S. 377.

kenntnisse vor allem auf der Neubearbeitung des Datenmaterials fußen werden – soweit diese überhaupt noch möglich ist.“¹⁹

Ritschl selbst machte in seiner Habilitationsarbeit eine ganz andere entscheidende Ursache für die Ausprägung der Weltwirtschaftskrise in Deutschland aus. Danach sei „die deutsche Deflationspolitik unter Brüning in den Jahren 1930 bis 1932 nicht primär Konjunkturpolitik gewesen [...], sondern eine außenwirtschaftlich erzwungene Austeritätspolitik, um gleichzeitig die Reparationsverpflichtungen des Young-Planes zu erfüllen und die Belastung aus der Auslandsverschuldung der zwanziger Jahre zu tragen.“²⁰

1924 hatte das Dawes-Abkommen Deutschland einen Transferschutz zugestanden, der Tilgungs- und Zinszahlungen an private Gläubiger Priorität (Seniorität) einräumte. Darüber hinaus hatten hohe Zinsen und die glaubwürdige Bindung der Reichsmark an das Gold deutsche Schuldner für ausländische Gläubiger attraktiv gemacht. Ab 1924 verschuldeten sich deutsche Unternehmer und Kommunen folglich in großem Stil im Ausland, vor allem in den Vereinigten Staaten. Zwar wurden die Reparationen im Inland über Steuern und eine Abgabe der Reichsbahn aufgebracht, mit den Auslandskrediten wurde jedoch das Transferproblem technisch gelöst.²¹ So waren die Reparationen volkswirtschaftlich durchaus tragbar, blieben aber politisch ein Dauerthema, das zum Scheitern der Weimarer Republik beitrug.²² Vor allem wegen des politischen Drucks aus Deutschland kam es Anfang 1929 zu neuen Verhandlungen, die mit dem Young-Plan zu einer Fixierung der Reparationsschulden auf einen Gegenwartswert von 36 Mrd. RM und eine Reduzierung der Annuitäten auf maximal 2,1 Mrd. RM, zahlbar bis 1987/88, führten. Der Young-Plan wurde rückwirkend nach bitterem innenpolitischen Streit ab September 1929 umgesetzt, war aber von Anfang an in der sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise zum Scheitern verurteilt. Schon allein der aufgehobene Transferschutz und damit verbunden die Umkehrung der Seniorität führten zur großangelegten Kündigung privater Auslandskredite an deutsche Gläubiger, denn private Forderungen des Auslands rangierten jetzt hinter den staatlichen der Reparationsgläubiger. Nach der internationalen Bankenkrise verkündete der amerikanische Präsident Hoover im Juni 1931 ein einjähriges Moratorium. Im Juli 1932 schließlich wurden auf der Schuldenkonferenz in Lausanne die Reparationen bis auf einen Restbetrag gestrichen.

19 Ebd., S. 401. Ein großer Teil der später von Ritschl vorgelegten Habilitationsarbeit bestand denn auch darin, eine alternative VGR zu Hoffmann für die Zwischenkriegszeit zu berechnen, die sich vor allem auf ursprüngliche Schätzungen, z. B. des Volkseinkommens, des StRA stützte. Ritschl 2002.

20 Ritschl 2002, S. 240; siehe auch Ritschl 2016b und Tilly 2001, S. 177 f. mit einem Verweis auf eine frühere Arbeit Ritschls.

21 Der Transfer der Zahlungen konnte nicht in inländischer Währung (RM), sondern nur in Devisen und Gold geschehen. Ohne die Auslandskredite hätte Deutschland Handelsbilanzüberschüsse erzielen, d. h. reale Ressourcen transferieren müssen. Siehe Ritschl 2002, S. 188; Spoerer/Streb 2013, S. 78 f.

22 Winkler 2005, S. 342–347 u. passim.

Vor diesem Hintergrund könne sich die Diskussion der Brüningsschen Deflationsspolitik nach Ritschl nicht auf eine „technokratische, unpolitische Konjunkturpolitik beschränken“, vielmehr sei „unter den gegebenen makroökonomischen Rahmenbedingungen eine Strategie der Deflation die einzig problemadäquate“ gewesen, „solange die Erfüllungspolitik [Reparationszahlungen nach dem Young-Plan] und die Reintegration der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft das primäre Ziel deutscher Außenwirtschaftspolitik“ darstellten.²³

Über die strukturellen Probleme der Weimarer Wirtschaft, welche die Krise in Deutschland verursachten oder sie doch über die weltwirtschaftlichen Einflüsse hinaus verschärften, gibt es keine Einigung in der von Borchardt ausgelösten Debatte; Konsens scheint jedoch darüber zu bestehen, dass der Handlungsspielraum der deutschen Regierung deutlich geringer war, als jahrzehntelang naive Verfechter einer von Keynes inspirierten antizyklischen Wirtschaftspolitik geglaubt hatten.²⁴ Es wäre allerdings genauso naiv anzunehmen, es hätte überhaupt keine Alternativen zur tatsächlich verfolgten Wirtschaftspolitik gegeben.

Von den zahlreichen Vorschlägen der Zeitgenossen²⁵ gegen Brünnings rigide Sparpolitik eines ausgeglichenen Haushalts und für eine expansive Geldpolitik ist hier im Rahmen der RWI-Geschichte auf den Plan seines damaligen Präsidenten Ernst Wagemann vom Januar 1932 zu verweisen – er war einer der bekanntesten Ökonomen Deutschlands:²⁶ Wagemanns öffentlichkeitswirksames Plädoyer für eine aktive Konjunkturpolitik machte ihn zum Gegner der Spar- und Deflationspolitik des Reichskanzlers und der restriktiven Geldpolitik der Reichsbank. Sein Plan sah neben einer Strukturreform des Bankwesens (Regulierung der Giralgeldschöpfung über Mindestreserven²⁷) eine Ausweitung des Geldvolumens (Banknoten) über eine Lockerung der Gold- und Devisendeckungsvorschriften vor.²⁸ Die exponierende Präsentation in einem öffentlichen Vortrag ohne vorherige Information der Reichsregierung und die breite Resonanz wurden als illoyaler Affront eines hohen Reichsbeamten gegen seine Regierung gewertet. Wegen der vermeintlichen inflationären Konsequenzen²⁹ seines Plans rief Wagemann die vehemente Ablehnung prominenter Ökonomen (z. B. von

²³ Ritschl 2002, S. 240.

²⁴ Siehe Hesse/Köster/Plumpe 2015, S. 196; Spoerer/Streb 2013, S. 96.

²⁵ Jetzt ausführlich dazu Holtfrerich 2016c und Ritschl 2016b, S. 621 ff.; siehe auch Kroll 1958, S. 375–406 und Meister 1991, S. 280 ff.

²⁶ Wagemann 1932.

²⁷ „[...] in Höhe von mindestens 10 v.H. durch unverzinsliche Guthaben auf Girokonto bei der Reichsbank (Reservedepositen)“, Wagemann 1932, S. 27.

²⁸ Regul 1981; Kroll 1958, S. 397 f.; Meister 1991, S. 343–351; Holtfrerich 2016c, S. 669–671.

²⁹ Der Plan war widersprüchlich, denn er sah einerseits vor, über zusätzliche Banknotenzirkulation Geld zu schaffen, andererseits beim Buchgeld (Giralgeldschöpfung durch die privaten Banken) über erstmals eingeführte Mindestreserven Schranken einzubauen. Siehe Wagemann (1932, S. 54 ff.) zur Rolle der Reichsbank bei der Steuerung des Kreditvolumens. Nach Kroll (1958, S. 398) war Wagemanns Plan sogar „alles andere als inflationistisch, er hätte vielmehr in Zukunft das genaue Gegenteil bewirkt.“ Er hätte „in Zukunft jede Kreditexpansion der Banken außerordentlich erschwert“.

Gustav Stolper, Albert Hahn und Wilhelm Röpke), die offizielle Distanzierung der Regierung (Wirtschaftsminister Hermann Warmbold) wie auch die Feindschaft nationalkonservativer Kreise (Alfred Hugenberg, Paul Reusch vom Reichsverband der Deutschen Industrie, RDI), die seinen Rücktritt forderten, hervor.³⁰ Nach Tooze wurde Wagemann damit in die Fänge der wichtigsten Oppositionspartei, der Nationalsozialisten, getrieben.³¹

Teilweise noch unter Brüning selbst und dann unter seinen Nachfolgern als Reichskanzler, Franz von Papen (1. Januar bis 3. Dezember 1932) und Kurt von Schleicher (3. Dezember 1932 bis 28. Januar 1933), waren Arbeitsbeschaffungsprogramme beschlossen worden, die vor allem unter der Kanzlerschaft Adolf Hitlers umgesetzt wurden.³²

1.1.2 Nationalsozialistischer Wirtschaftsaufschwung und Kriegsvorbereitung³³

Wenngleich schon zuvor beschlossen, werden die Beschäftigungspolitik und damit die Arbeitsbeschaffungsprogramme der 1930er Jahre nach wie vor Hitler zugeschrieben, der am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde. 1933 erreichte die Arbeitslosigkeit in Deutschland ungekannte Ausmaße, und das Investitionsniveau war so tief gesunken, dass noch nicht einmal der Verschleiß des Kapitalstocks (Abschreibungen) kompensiert wurde.³⁴ Im Jahresdurchschnitt waren 4,8 Mio. Menschen als arbeitslos registriert, mit Tiefpunkten von etwa sechs Mio. in den Monaten Januar und Februar.³⁵ Allein im rheinisch-westfälischen Industriebezirk lag, wie schon im Jahr zuvor, die Zahl der Arbeitslosen bis ins Frühjahr 1933 bei über einer Mio. und sank dann bis Dezember 1933 auf etwas mehr als 700.000.³⁶ Nach einem „vertraulichen“ Bericht des Statistischen Reichsamts für das Reichswirtschaftsministerium von 1938 verursachten 1933 lediglich die öffentlichen Investitionen einen Nettozuwachs der Kapitalanlagen.³⁷

Bei einer Einschätzung des Konjunkturaufschwungs unter der nationalsozialistischen Herrschaft ist nicht nur zu berücksichtigen, dass die Maßnahmen zur Überwindung des bisher nicht gekannten Konjunkturreinbruchs in der Weltwirtschaftskrise

³⁰ Fremdling/Stäglich 2018.

³¹ Tooze 2016, S. 418.

³² Buchheim 2008. Siehe auch die Abhandlungen aus den 1930er Jahren von Karl Schiller (1936) und Grebler (1937).

³³ Der folgende Abschnitt stützt sich auf Fremdling/Staeglin 2015a, b und 2016.

³⁴ Abelshauser 1999, S. 505.

³⁵ StJR 1941/42, S. 426.

³⁶ Siehe die monatlichen Arbeitslosenzahlen in den *Konjunkturberichten* (KB 1933, H. 2, S. 10; H. 3, S. 12; H. 4, S. 22) der Abteilung Westen des IfK.

³⁷ BA R3102/2700, 19. April 1938; siehe auch StRA 1935, S. 689; für Zeitreihen über die Investitionstätigkeit vgl. die beiden Konjunkturstatistischen Handbücher IfK 1933, S. 48 und Wagemann 1935, S. 61; StJR 1938, S. 539f.; StH 1949, S. 604; Ritschl 1992, S. 160; Fremdling/Staeglin 2016.

schon vor Hitlers Regierungsantritt eingeleitet worden waren, sondern auch, dass die konjunkturelle Wende bereits im Jahr zuvor eingetreten war.³⁸ Dies stellte die Abteilung Westen des IfK sogar schon Anfang 1933 in ihrem *Konjunkturbericht* zur „Konjunkturlage im rheinisch-westfälischen Industriebezirk Ende Januar 1933“ fest:³⁹ „Erst Mitte des Jahres 1932 konnte diese Krise als überwunden und der wirtschaftliche Schrumpfungsprozess im großen und ganzen als abgeschlossen gelten. Nach einem mehr als drei Jahre dauernden Rückgang lenken allem Anschein nach die Kurven der Konjunktursymptome⁴⁰ in eine Horizontalbewegung ein. Diese Wendung und diese neue Haltung auf dem allerdings überaus tiefliegenden Niveau kennzeichnen den Konjunkturverlauf im zweiten Semester 1932.“⁴¹

Die Umsetzung der zuvor konzipierten Arbeitsbeschaffungsprogramme ist fraglos dem Kabinett Hitler zuzurechnen.⁴² In einer Modellrechnung auf der Basis der von Fremdling und Stäglin erstellten Input-Output-Tabelle für das Jahr 1936 wurde die Beschäftigungswirkung der defizitfinanzierten⁴³ Arbeitsbeschaffungsprogramme für die Jahre 1933 bis 1935 untersucht.⁴⁴ Tabelle 1.1–1 fasst die Ergebnisse zusammen: Danach induzierten die Arbeitsbeschaffungsausgaben (1,5 Mrd. RM 1933; 2,5 Mrd. RM 1934 und 0,8 Mrd. RM 1935) direkt und indirekt (über die Leontief-Kopplungseffekte und den Keynes'schen Multiplikator) zwischen 700.000 und 800.000 Arbeitsplätze 1933; zwischen 1 und 1,3 Mio. 1934 und 1935 nur noch zwischen 350.000 und 400.000 Vollzeitbeschäftigte auf Jahresbasis.

Die NS-Wirtschaftspolitik war primär allerdings auf die Vorbereitung des Krieges ausgerichtet, sodass, neben „übernommenen“ Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Konjunkturbelebung, die Rüstungsausgaben mehr und mehr die öffentlichen Ausgaben dominierten. Tabelle 1.1–1 führt außer den öffentlichen Investitionen auch die privaten auf, die in den 1930er Jahren mit den staatlichen Investitionsausgaben nicht mehr Schritt hielten. Seit 1936 wurden selbst die hohen und noch steigenden öffent-

38 Borchardt 1984; Spree 2004 und Buchheim 2008. Dies lässt sich mit Daten des IfK belegen. Das IfK war für die Industrieberichterstattung verantwortlich und erhob von ausgewählten Firmen die Zahl der Beschäftigten, kombiniert mit Daten zur Kapazitätsauslastung (Gierth 1941). Die monatlichen Zahlen zum „Arbeitsvolumen: geleistete Arbeitsstunden in Prozent der Stundenkapazität“ zeigten den Tiefpunkt des Konjunkturzyklus im Jahr 1932 und einen deutlichen Aufschwung seit Januar 1933 an. Zu den entsprechenden monatlichen Daten für über 100 Industriezweige vgl. Wagemann 1935, S. 17–45. Mit einer anderen Methode, einem autoregressiven Modell, kommt Ritschl (2003, S. 134 ff.) zum selben Ergebnis. Abelshauser (1999, S. 505) allerdings bezweifelt diesen frühen Wendepunkt.

39 KB 1932, H. 4, S. 3f. Das Heft wurde redaktionell am 24.1.1933 abgeschlossen.

40 Siehe dort die Tabelle über die „Bewegung wichtiger Wirtschaftsvorgänge des rheinisch-westfälischen Industriebezirks seit Juni 1931.“ Ebd.

41 Letzter Satz des Zitates gesperrt gedruckt.

42 Zu den Details der zeitlichen Umsetzung und der Höhe der Ausgaben siehe Grebler 1937, S. 418–421 und darauf aufbauend Buchheim 2008, S. 391, Tabelle 3; weiterhin Schiller 1936, S. 54 ff.; Spree 2004, S. 112 ff.; Spoerer/Streb 2013, S. 104 ff.; zur Erläuterung und Diskussion dieser Programme siehe ebenfalls Kroll 1958, insbesondere die Kapitel 10 bis 13.

43 Siehe Details in Fremdling/Staeglin 2016, S. 14 f.

44 Fremdling/Staeglin 2015a, b und 2016.

lichen Investitionen von den Rüstungsausgaben übertroffen.⁴⁵ Quantitativ klar belegbar waren in der NS-Zeit die öffentlichen Haushalte zunehmend auf die Rüstungsausgaben ausgerichtet. Nach einer neuen Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Jahr 1936⁴⁶ machten die Rüstungsausgaben mit 10,4 Mrd. RM für das Fiskaljahr 1936/37 12,5 Prozent des BIP von 83,3 Mrd. RM aus. Von 1933 auf 1938, das letzte Vorkriegsjahr, stiegen die Ausgaben für die Aufrüstung von 1 Mrd. RM auf fast 18 Mrd. RM an (Tabelle 1.1–1).⁴⁷

In Tabelle 1.1–1 sind über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hinaus die Beschäftigungswirkungen für die privaten Investitionen und die anderen staatlichen Ausgaben (öffentliche Investitionen und Rüstungsausgaben) modellhaft erfasst. Demnach sorgte die Aufrüstung bereits 1934 für mehr zusätzliche Arbeitsplätze als die Arbeitsbeschaffung. Ein Jahr vor Beginn des Zweiten Weltkriegs, 1938, ließen sich den Rüstungsausgaben (17,8 Mrd. RM) und den öffentlichen Investitionen (11,7 Mrd. RM) direkt und indirekt (über die Leontief-Kopplungseffekte und den Keynes'schen Multiplikator) zwischen 8,7 und 10,8 bzw. zwischen 5,6 und 7 Mio. Arbeitsplätze zurechnen. Die privaten Investitionen (7,4 Mrd. RM) banden zwischen 3,6 und 4,5 Mio. Vollzeitbeschäftigte auf Jahresbasis. Für einen Vergleich zur Gesamtbeschäftigung werden hier alle Beschäftigten (ohne Militär) angeführt: 1933 waren fast 6 Millionen der insgesamt 32,6 Mio. Erwerbspersonen arbeitslos; 1939 gab es 34,6 Mio. Erwerbspersonen, Arbeitslose wurden wegen der geringen Zahl gar nicht mehr registriert.⁴⁸ Der mit großer Propaganda für die Arbeitsbeschaffung herausgestellte „Autobahnbau“ war auch nach unseren separaten Berechnungen vor 1936 lediglich ein Mythos.⁴⁹

Zwischen 1933 und 1938 flossen mehr und mehr Ressourcen der deutschen Wirtschaft in die Vorbereitung des Krieges. Weder die Krisenbekämpfung noch der inhärente Konjunkturzyklus bestimmten die NS-Wirtschaft, sondern die „wehrwirtschaftliche“⁵⁰ Umgestaltung der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Walther Däbritz stellte 1940 denn auch rückblickend fest, dass „an Stelle der freien Unternehmerwirtschaft [...] seit dem nationalsozialistischen Umbruch eine vom Staat gelenkte Wirtschaft getreten [ist, und dass] damit [...] die konjunkturellen Reaktionen als dem Innern der Wirtschaft entstammende und gleichsam selbsttätig wirkende Bewegungsvorgänge weitgehend zurück gedrängt“ wurden.⁵¹

⁴⁵ In den Zahlen der Tabelle 1.1–1 für öffentliche Investitionen sind Ausgaben, z. B. für Militärbauten, enthalten, die der Aufrüstung zuzurechnen wären. Beide überlieferten Zeitreihen lassen sich wegen solcher Doppelzählung nicht sauber voneinander abgrenzen.

⁴⁶ Fremdling/Staeglin 2014a und b.

⁴⁷ Die Zahlen für die Rüstungsausgaben hat Oshima (2006) zusammengestellt.

⁴⁸ Fremdling/Staeglin 2014a, S. 294.

⁴⁹ Fremdling/Staeglin 2016. Siehe auch Ritschl 1992, S. 163.

⁵⁰ Zum Begriff „Wehrwirtschaft“ siehe Herbst 1982, S. 96 ff.

⁵¹ Programmatische Abhandlung über „Gesichtspunkte für den Ausbau des Konjunkturinstituts Essen“ vom 15.10.1940; ohne Autor, Däbritz ist der Verfasser. RWI Akte Chronik.

Tabelle 1.1–1: Die Beschäftigungseffekte der Arbeitsbeschaffung, der Aufrüstung und der öffentlichen und privaten Investitionen in Deutschland 1930 – 1938
Millionen (m) Reichsmark (RM) und beschäftigte Personen (1000)

	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1936*
Anfangsausgaben, m RM										
Arbeitsbeschaffung				1555	2449	804				
Aufrüstung (Fiskaljahr, April-März)			674	1055	4055	6174	10381	11196	17772	
Öffentliche Investitionen	5333	3278	2130	2582	4614	6650	7543	9073	11659	
Private Investitionen	5039	3160	2095	2482	3565	4547	5939	6617	7466	
Direkter Beschäftigungseffekt (1000)										
Arbeitsbeschaffung				291	490	162				
Aufrüstung (Fiskaljahr, April-März)			112	176	675	1028	1729	1864	2960	
Öffentliche Investitionen	952	585	380	463	831	1201	1362	1642	2109	
Private Investitionen	849	529	354	419	603	764	1005	1106	1236	
Indirekter Effekt, Leontief-Modell										
Arbeitsbeschaffung				141	225	71				0,46
Aufrüstung (Fiskaljahr, April-März)			73	113	436	664	1117	1204	1912	0,65
Öffentliche Investitionen	480	297	194	234	417	601	682	818	1052	0,50
Private Investitionen	498	319	210	248	350	446	573	646	735	0,57
Indirekter Effekt, Leontief-Modell und Keynes' Multiplikator D1										
Arbeitsbeschaffung				644	1003	320				2,05
Aufrüstung (Fiskaljahr, April-März)			296	463	1778	2707	4552	4909	7793	2,63
Öffentliche Investitionen	2217	1368	892	1080	1924	2769	3144	3773	4851	2,31
Private Investitionen	2198	1394	918	1088	1549	1975	2557	2872	3257	2,54

Tabelle 1.1 – 1: Die Beschäftigungseffekte der Arbeitsbeschaffung, der Aufrüstung und der öffentlichen und privaten Investitionen in Deutschland 1930 – 1938
Millionen (m) Reichsmark (RM) und beschäftigte Personen (1000) (*Fortsetzung*)

	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1936*
Direkter und indirekter Beschäftigungseffekt D1										
Arbeitsbeschaffung				935	1492	482				3,05
Aufrüstung (Fiskaljahr, April-März)			408	638	2453	3735	6281	6774	10752	3,63
Öffentliche Investitionen	3169	1953	1272	1543	2755	3970	4505	5415	6960	3,31
Private Investitionen	3047	1923	1273	1507	2151	2740	3562	3978	4493	3,54
Indirekter Effekt, Leontief-Modell und Keynes' Multiplikator D2										
Arbeitsbeschaffung				467	728	232				1,49
Aufrüstung (Fiskaljahr, April-März)			219	343	1316	2004	3370	3635	5770	1,95
Öffentliche Investitionen	1609	994	648	785	1397	2010	2282	2739	3521	1,68
Private Investitionen	1615	1026	675	800	1137	1450	1874	2108	2393	1,86
Direkter und indirekter Beschäftigungseffekt D2										
Arbeitsbeschaffung				758	1218	394				2,49
Aufrüstung (Fiskaljahr, April-März)			331	518	1992	3033	5099	5499	8729	2,95
Öffentliche Investitionen	2561	1579	1028	1247	2228	3211	3644	4380	5630	2,68
Private Investitionen	2464	1556	1030	1220	1740	2215	2879	3214	3630	2,86

Quelle: Siehe Text; Work creation and rearmament Fremdling/Staeglin 2015a, b.

*Arbeitsbeschaffung 1934

Erläuterung: Im Leontief-Modell werden die indirekten Beschäftigungseffekte über die intersektorale Verflechtung der Produktionsprozesse erfasst.

Über Keynes' Multiplikator werden die indirekten Beschäftigungseffekte über die zusätzlichen Einkommen und die damit verbundenen Konsumausgaben erfasst. D1 und D2 liegen unterschiedliche Annahmen über die Konsumausgaben zugrunde: Marginale Konsumquote von Arbeitnehmerhaushalten D1 = 0,5; D2 = 0,45; Marginale Konsumquote von Unternehmerhaushalten D1 = 0,5; D2 = 0,3

Ohne den fragwürdigen Zweck hier zu diskutieren, bleibt festzuhalten, dass der enorme Anstieg der öffentlichen Ausgaben nach den Ergebnissen von Fremdling/Staeglin einen wesentlich stärkeren Anstieg der Beschäftigung verursachte, als bisher in der neueren historiographischen Literatur angenommen wurde.⁵² Dort wird nach wie vor kontrovers diskutiert, ob die Wirtschaftspolitik des NS-Regimes notwendig war, um die Arbeitslosigkeit der Weltwirtschaftskrise zu überwinden und bis 1936/37 Vollbeschäftigung zu erzielen. Sicherlich kann man mit Ritschl über ein kontrafaktisches Szenario spekulieren:⁵³ Danach sei die Defizitfinanzierung zu gering gewesen, um die Geschwindigkeit des Aufschwungs zwischen 1933 und 1936 zu erklären. Mit Hilfe einer autoregressiven Modellrechnung glaubte er dagegen belegen zu können, dass ein vergleichbarer Aufschwung auch ohne Hitler zustande gekommen wäre.⁵⁴

Zweifellos lag der untere Wendepunkt des Konjunkturzyklus **vor** dem Regierungsantritt Hitlers im Jahr 1932, und möglicherweise waren die Arbeitsbeschaffungsprogramme, die ansteigenden öffentlichen Investitionen und die Aufrüstung keine **notwendigen Bedingungen**, um bis 1936/37 Vollbeschäftigung zu erreichen. Aufgrund der Berechnungen von Fremdling/Staeglin kann allerdings behauptet werden, dass diese Maßnahmen für diesen Zweck eine **hinreichende Bedingung** waren.⁵⁵ Das stützt die Auffassungen von Abelshauser,⁵⁶ Cohn⁵⁷ und Overy.⁵⁸ Letzterer schrieb dem NS-Regime eine Vielzahl wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu, welche die angebahnte wirtschaftliche Entwicklung erweiterten und beschleunigten.⁵⁹ Allerdings sollte Overys Chronologie, die der Aufrüstung erst seit 1936 zunehmende

52 Eine Zusammenfassung der Diskussion bieten Ritschl 2003, S. 126 – 128; Spree 2004; Spoerer 2004; Spoerer 2005 und Spoerer/Streb 2013, S. 114 ff.

53 Ritschl 2003; ähnlich Buchheim 2008.

54 Ritschl 2003, S. 126: „[...] that public deficits were too small to account for the speed of recovery between 1933 and 1936“ und „An upswing under selffulfilling expectations would have had exactly the same vigor without Hitler and without deficit spending.“

55 Keynes selbst sah die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten als erfolgreiches Beispiel für die Anwendung seiner „General Theory“, denn seine Theorie könne „viel leichter den Verhältnissen eines totalen Staates angepaßt werden“ und „obschon ich sie also mit dem Blick auf die in den angelsächsischen Ländern geltenden Verhältnisse ausgearbeitet habe, wo immer noch ein großes Maß von *laissez-faire* vorherrscht, bleibt sie dennoch auf Zustände anwendbar, in denen die staatliche Führung ausgeprägter ist.“ Siehe das Vorwort zur schon 1936 publizierten deutschen Ausgabe seines Werkes (Keynes 1936, 11. Auflage 2009).

56 „Der Erfolg [Vollbeschäftigung im Laufe des Jahres 1936] wurde von der öffentlichen Meinung – durchaus zu Recht – der NS-Krisenpolitik gutgeschrieben.“ Abelshauser 1999, S. 511.

57 „In contrast to the United States and Britain, fiscal policies undertaken by the Nazis helped to promote a quick and complete economic recovery from the Great Depression in Germany.“ Cohn 1992, S. 318. Siehe dagegen Ritschl (2003, S. 138): „Deutschland hatte nicht wegen Hitler und der Arbeitsbeschaffung eine Sonderkonjunktur, sondern nahm trotz Hitler am internationalen Konjunkturaufschwung ab 1933 teil.“

58 Overy 1975, 1982.

59 „[...] a wide range of government policies designed to augment and speed up the existing recovery“, Overy 1982, S. 65.

Bedeutung zuerkannte, modifiziert werden. Tatsächlich dürfte schon ab 1934 die Aufrüstung an die erste Stelle als Ursache für den Wirtschaftsaufschwung gerückt sein.⁶⁰

1.2 Die Gründung des IfK und der Abteilung Westen 1925/26

Da das RWI als untergeordnete Zweigstelle untrennbar mit dem Institut für Konjunkturforschung verbunden war, muss hier zunächst auf dessen Geschichte eingegangen werden: „Von den Aufgaben des neugegründeten Instituts für Konjunkturforschung Abteilung Westen zu sprechen, das heißt zunächst von dem Institut für Konjunkturforschung, Berlin und darüber hinaus von dessen Vorbild, dem Harvard-Institut zu sprechen.“⁶¹ Die eigenständige Leistung und die Profilierung der Abteilung Westen lassen sich nur in Verbindung mit dem Mutterinstitut herausarbeiten.

1.2.1 Wagemann und Däbritz über die Aufgaben der Konjunkturforschung

Das im Juli 1925 von Wagemann als Präsident des Statistischen Reichsamts (StRA) gegründete Institut für Konjunkturforschung war als Ergänzung und in Arbeitsteilung zum StRA konzipiert, da „das Statistische Reichsamt gewisse im Interesse der Allgemeinheit, insbesondere der Wirtschaft, liegende notwendige Aufgaben der Auswertung der Statistik für Wissenschaft und Praxis nicht übernehmen könne.“⁶² „Das dabei erforderliche enge Zusammenwirken der statistischen Verwaltung mit Wirtschaft und Wissenschaft wird nur in einer besonderen, mit der erforderlichen Bewegungsfreiheit ausgestatteten Einrichtung durchgeführt werden können, in einem besonderen Institut für Konjunkturforschung.“⁶³ Schon vor der Gründung des IfK hatte Wagemann auf der Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages am

⁶⁰ Herbst (2016, S. 637) wies darauf hin, dass bereits im Jahr 1934 „das im Dezember 1933 beschlossene große Aufrüstungsprogramm seine Wirkung“ entfaltete. „Diese tiefgreifende Zäsur, die das Jahr 1934 darstellt und die ebenso wichtig ist wie die Zäsur im Jahre 1933, ist in der historischen Forschung unterbelichtet worden.“

⁶¹ RWI-Archiv: Vortrag Nr. 2, [Walther Däbritz], Die Aufgaben des Instituts für Konjunkturforschung, Abteilung „Westen“, Sitz Essen. Geschäftsführerkonferenz der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks und geladene Gäste in der Industrie- und Handelskammer zu Essen. 21. Mai 1926, S. 1. Für den Vortrag setzte Däbritz hochmoderne Medien ein: Lichtbilder mit Statistiken und Kurven, die leider nicht überliefert sind. Zu seiner Autorenschaft siehe das Verzeichnis der Vorträge von Däbritz in: Volkswirtschaftliche Vereinigung 1941, S. 38.

⁶² 16.7.1925 Protokoll d. Gründungssitzung, BA R2501/6834.

⁶³ 10.12.1924 Bericht Wagemanns vor dem Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages, BA R2501/6834 (64,1). Abgedruckt in den „Verhandlungen des Deutschen Industrie- und Handelstages“, H. 34, 1924.

10. Dezember 1924 über die „Konjunkturforschung und ihre Nutzbarmachung für die Wirtschaft“ programmatisch Ziele und Inhalte des geplanten Instituts dargelegt.⁶⁴

Ausgehend von den „großen Umwälzungen der Kriegs- und Nachkriegszeit“ und den „vielfachen krisenhaften Erschütterungen der Weltwirtschaft“ sei die „Konjunkturforschung als besonderer Zweig der Nationalökonomie immer mehr in den Vordergrund des wissenschaftlichen und vor allem des praktischen Interesses“ getreten. „Die Konjunkturforschung [...] sucht die gesetzmäßigen Zusammenhänge auf, welche die Produktions- und Absatzverhältnisse auf den verschiedenen nationalen und internationalen Märkten verbinden und das Auf und Ab der Waren-, Effekten- und Geldumsätze bestimmen.“⁶⁵

Schon die ersten Sätze seines Berichtes verbanden die praktische Relevanz der Konjunkturforschung mit der Überzeugung, es gebe zu entdeckende „gesetzmäßige Zusammenhänge“. Für das „Auf und Ab“ der verschiedenen Märkte wurde in Analogie zum Wetterbericht und der damit verbundenen Luftdruckmessung die Metapher „Wirtschaftsbarometer“ geprägt,⁶⁶ um nach der Charakterisierung der deutschen Situation das Modell des „Harvard-Konjunkturbarometers“⁶⁷ vorzustellen:

„Das Bedürfnis, die verwirrende Fülle der wirtschaftlichen Einzeltatsachen, wie sie jeder Tag in steter Bewegung und Veränderung aufzeigt, unter einheitlichen Gesichtspunkten zu ordnen, wird von den Industriellen und Kaufleuten aller Länder lebhaft empfunden. In Deutschland versuchen die führenden Zeitungen und wirtschaftlichen Zeitschriften diesen Wünschen entgegenzukommen, indem sie Wirtschaftskurven und Wirtschaftsbarometer in den verschiedensten Formen periodisch ihren Lesern darbieten.“ Einerseits werde damit weiten Kreisen das Interesse für Konjunkturforschung und „erste Erkenntnisse von dem inneren Zusammenhang der Wirtschaftsbewegungen“ vermittelt, andererseits litten all diese „Wirtschaftsbarometer“ an dem Fehler, dass „sie unabhängig voneinander nach verschiedenen Me-

⁶⁴ Ebd. Dazu auch Kulla 1996, S. 33ff. Siehe zudem „Anlage zu Punkt 4 der Tagesordnung der Hauptausschuss – Sitzung vom 10. Dezember 1924. Die Errichtung eines deutschen Instituts für Konjunkturforschung“ des Deutschen Industrie- und Handelstages als Teil des Briefes von Most (HK Duisburg) an den Deutschen Industrie- und Handelstag vom 21.11.1924, WWA K1 Nr. 571. Im Gründungsprotokoll des Instituts für Konjunkturforschung sind entsprechende programmatische Ausführungen nicht enthalten: Vgl. BA R2501/6834.

⁶⁵ In der Anlage zur Sitzung wurde als Kennzeichen der amerikanischen Forschung noch stärker die „neue Methode zur Feststellung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten“ herausgestellt. Brief von Most (HK Duisburg) an den DIHT, 21.11.1924, WWA K1 Nr. 571.

⁶⁶ Nach den Ausführungen von Däbritz über das RWI und seine Vorgeschichte kehrte die „neue Richtung“ der Konjunkturforschung „dem luftigen Reich der Spekulationen den Rücken und wandte sich der nüchternen Tatsachenforschung zu.“ Sie „wollte der Wirtschaftspraxis ein Erkenntnismaterial an die Hand geben, das ihr in gleicher Weise eine allgemeine Orientierung ermöglichte wie eine Karte der Meeresströmungen dem Kapitän oder eine solche der Wetterlage dem Piloten.“ RWI-Archiv Akte Chronik: Professor Dr. Däbritz, Essen, „Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung“, in: Rheinisch-Westfälische Zeitung, Nr. 12, 13.1.1944.

⁶⁷ Die Metapher hat sich bis heute beim DIW gehalten. Siehe das „DIW Konjunkturbarometer Juli 2016“ in: DIW, Wochenberichte, Nr. 31, 2016, S. 691.

thoden aufgebaut“ seien und „mit ihren deshalb oft widersprechenden Ergebnissen die Erkenntnis manchmal eher zu verwirren als zu klären drohen“. Ferner böten „diese Aufstellungen in der Mehrzahl nur tabellarische oder graphische Übersichten von Zahlenreihen ohne eine systematische Untersuchung der großen Gesetzmäßigkeiten, welche die Entwicklung der einzelnen Reihen und ihre gegenseitige Abhängigkeit regulieren“.

Wagemann führte amerikanische Vorbilder an: Dort habe sich „ein großer Teil der theoretisch-wissenschaftlichen Forschung in den Dienst der Konjunkturforschung gestellt und nach mehrjährigen umfangreichen Vorarbeiten in den wöchentlichen Veröffentlichungen des Harvard-Instituts ein Konjunkturbarometer geschaffen, das geradezu die Stellung einer wirtschaftlichen Wetterwarte einnimmt“.⁶⁸ Nach deren wirtschaftlichen Wetterprognosen treffe „nicht nur die private Geschäftswelt in steigendem Maße ihre Dispositionen“, sondern seit den letzten beiden Jahren gewinne das Institut „auch einen immer stärkeren Einfluß auf die staatliche Wirtschaftspolitik“. Als Beleg diene Wagemann die Diskontpolitik des amerikanischen Zentralbanksystems: Im Frühjahr 1923 hatten die Federal-Reserve-Banken den Diskontsatz zur Hemmung einer weiteren Produktionsausweitung zeitgleich mit dem Höchststand des Harvard-Barometers heraufgesetzt und mit dieser „planvollen Kreditrestriktion“ eine katastrophale Entwicklung wie im Jahr 1920 verhindert, „als man während der Nachkriegskonjunktur der Produktionsentwicklung freien Lauf gelassen hatte“. Für 1924, also das laufende Jahr seines Berichtes vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag, habe das Harvard-Barometer „entgegen den pessimistischen Aussichten fast aller Wirtschaftsbeobachter außerhalb Amerikas und auch eines Teiles der Amerikaner selbst recht behalten“. In seinem zwei Jahre später gehaltenen Vortrag bekräftigte Däbritz, „dass zum Beispiel die Federal Reserve Banks ihre Diskontpolitik nicht mehr an den Bewegungen ihrer Goldreserven, sondern an den Feststellungen von Harvard orientierten“.⁶⁹

Nachdem Wagemann auf entsprechende Forschungsinitiativen in „England und Schweden“ sowie des „Völkerbundes“ hingewiesen hatte, pries er diese Konjunkturforschung geradezu euphorisch an: „Es liegt auf der Hand, welche ungeheure Überlegenheit der Geschäftswelt eines Landes zufällt, in welchem der Produktion und der Marktgestaltung mittels eines solchen wirtschaftlichen Wetterdienstes der Weg gewiesen wird. Steht doch zu hoffen, daß auf diese Weise die schweren periodischen Krisen, welche die Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten immer wieder um Jahre zurückgeworfen haben, sich abmildern und damit die Verluste und toten Unkosten der nationalen Wirtschaften sich in großem Ausmaße verhindern lassen.“

⁶⁸ Zu den verschiedenen Versionen des Konjunkturbarometers siehe Wagemann 1928, S. 105 ff.; zum IfK-Barometer ebd., S. 126 ff.

⁶⁹ RWI-Archiv: Vortrag Nr. 2, S. 1. Zur amerikanischen Konjunkturforschung siehe Mitchell 1931 und Burns/Mitchell 1947.

Wagemann bemängelte, dass Deutschland auf dem Gebiet der Konjunkturforschung „methodisch [...] noch verhältnismäßig weit zurück“ stehe.⁷⁰ Däbritz arbeitete später, im Mai 1926, vor einem ähnlichen Adressatenkreis, der „Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks“, viel schärfer als Wagemann die Überlegenheit und das Typische der amerikanischen Forschung heraus:⁷¹ Sie beruhe auf Statistiken, während sich die „Konjunkturforschung, wie sie sich in Deutschland, England, Frankreich und überhaupt in Europa in den letzten zwei Jahrzehnten aus der älteren Krisenforschung entwickelte, [...] ihren Schwerpunkt wesentlich in der Konjunkturtheorie, in der theoretischen Analyse des Konjunkturverlaufs [habe]. Dagegen haben die Amerikaner ihr Interesse vor allem auf die Konjunkturstatistik gerichtet“. Däbritz akzentuierte also den Gegensatz zwischen theoretischem Zugriff in Europa und empirischem in den USA.⁷²

Um die empirische Konjunkturforschung voranzubringen, führte Wagemann ins Feld, er habe als Präsident des Statistischen Reichsamts (StRA) in seinem Amtsreich seit dem Frühjahr 1924 bereits zwei „besondere Konjunkturreferate – eines für die inländische, das andere für die ausländische Wirtschaft – mit der ersten Materialsammlung und der ersten Verarbeitung“ eingerichtet. Neben der „Darstellung von Marktbewegungen“ über die „Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts“, zusammengesetzt aus mehreren Gruppenindexziffern, werde „nach dem Vorbilde des Harvard-Barometers eine Indexziffer von zehn Waren berechnet, deren Preise auf

70 Wagemann erwähnte nicht die universitäre Forschung auf diesem Gebiet in Deutschland. Spiethoffs (Spiethoff, 1873–1957) vielgerühmter Artikel „Krisen“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften von 1925 lag bereits 1923 in gedruckter Form vor. Darüber hinaus siehe – neben dieser einschlägigen Abhandlung im Handwörterbuch – Spiethoffs 1955 erschienenes Buch. Zur Rivalität zwischen Spiethoff und Wagemann siehe Kulla 1996, S. 111–135. Krengel (1986, S. 13) berichtet allerdings, dass Wagemann und Spiethoff im Juli 1925 noch eine Zusammenarbeit geplant hätten. Sie soll gescheitert sein, weil Spiethoff laut Krengel darauf bestanden habe, seine Theorien als Forschungsbasis zu verwenden. Auf der Gründungssitzung des IfK (16.7.1925, Protokoll über die [...] Sitzung zwecks Gründung eines Instituts für Konjunkturforschung, BA R2501/6834) betonte Wagemann gleichwohl, dass die Konjunkturforschung „nur bei hingebender Mitarbeit der gesamten deutschen und ausländischen Forschung im Laufe der Jahre zusammenhängend durchgearbeitet werden“ könne. Konkret erwähnt wurde lediglich „ein provisorisches Abkommen mit dem weltwirtschaftlichen Institut in Kiel“. Daneben stand die vage Aussage, die „ersten Anfänge, den Arbeitsbereich auf die deutschen Hochschulen auszudehnen“, seien gemacht und „Verbindungen mit ausländischen Forschungsinstituten“ seien „teilweise schon angebahnt“.

71 RWI-Archiv: Vortrag Nr. 2, S. 7.

72 Siehe dazu auch Wagemann in der Einführung zum ersten Heft der Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, in der er auf den Unterschied zwischen „Harvard“ und „deutscher Konjunkturlehre“ hinwies: „Harvard sowohl wie analoge amerikanische Bestrebungen treiben in erster Linie Symptomatik – im Gegensatz zu der bisherigen deutschen Konjunkturlehre, die vorwiegend Krisentheorie war und darum auch die Kausalbetrachtung in den Vordergrund rückte, wobei sie sich im ganzen auf historische Darlegung beschränkte.“ (VjhK 1, 1926, S. 4). Im Folgenden postulierte Wagemann über die Symptomatik hinaus letztlich Ursachenforschung als Ziel des IfK. Vgl. auch Kulla 1996, S. 44–48; Spree 1977, S. 37 ff. u. 69 ff.; Fischer 2012, S. 206 f.

die Bewegung der Marktlage besonders empfindlich reagieren“.⁷³ Mit diesem und noch anderen zu entwickelnden Indizes seien Indikatoren zu generieren, welche der Gesamtentwicklung, z. B. „des gesamten Preisniveaus jeweils [...] vorausgehen“. Beim Zeithorizont für eine Prognose gehe es lediglich um „mehrere Wochen“. Für Deutschland im Jahr 1924 erläuterte Wagemann die Aussagekraft seiner Indikatoren am Beispiel der Bewegungen auf den Waren-, Geld- und Effektenmärkten. Vor allem verwies er auf noch gerade rechtzeitig eingeleitete Kreditrestriktionen der Reichsbank im April 1924, die „in letzter Stunde einer Katastrophe vorgebeugt“ hätten: Allerdings „hätten wir damals schon eine exakte Konjunkturbeobachtung gehabt, [...] hätte der ungesunde Verbrauchsaufschwung einen Monat früher abgestellt und größere Verluste vermieden werden können“.

„Diese durch das Wirtschaftsbarometer registrierten Marktvorgänge bedeuten aber für den Konjunkturverlauf den kritischen Augenblick, das Signal einer bevorstehenden Katastrophe, die mit Sicherheit eintritt, wenn die Bewegung nicht rechtzeitig durch geeignete Maßnahmen wieder in gesunde Bahnen gelenkt wird.“

Methodisch anspruchsvoller als Wagemann spannte Däbritz seine Zuhörer aus den Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks ein.⁷⁴ So setzte er den diffusen deutschen Begriff „Konjunkturbewegung“ vom amerikanischen des „business cycle“ ab und stellte die analytische Trennung der verschiedenen konjunkturellen Komponenten vor. Der „Sammelbegriff Konjunkturbewegung“ umfasse „vier verschiedene Gruppen“. Zu unterscheiden seien

- 1.) die Saisonschwankungen, die im Lauf des Jahres mit großer Regelmäßigkeit als Folge des Saisonwechsels wiederkehren,
- 2.) der trend, der langfristige Grundzug der Bewegung, der über längere Perioden, über Jahrzehnte, Generationen, über ein Jahrhundert hinweg wirksam ist,
- 3.) der eigentliche Konjunkturzyklus von Aufschwung, Krise und Stockung, der business cycle, und
- 4.) eine letzte Gruppe, die Vorgänge sonstiger Art umfaßt, Vorgänge von einmaliger, zufälliger, untypischer Art.

Mit dem „Lichtbild“ dreier Spezialkurven der „business cycles der Ver. Staaten in der Zeit von 1903 bis 1914“ führte Däbritz das Harvard-Barometer vor. Aus dem zeitlich unterschiedlichen, aber doch regelmäßigen Verlauf und der wechselseitigen Abhängigkeit der Indikatoren untereinander, berechnet mit Korrelationskoeffizienten, glaubte man, Prognosen und Gesetzmäßigkeiten der zyklischen Phasen von „Tief-

⁷³ „Schrott, Stabeisen, Blei, Zink, Ochshäute, Kalbfelle, Hanf, Leinengarn, Weizen, Roggen.“ Vgl. Bericht Wagemanns vor dem Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages, BA R2501/6834, abgedruckt in den „Verhandlungen des Deutschen Industrie- und Handelstages“, H. 34, 1924, S. 24.

⁷⁴ Er erläuterte auch das Harvard-Barometer präzise nach den drei Gruppen (Märkten) beobachtbarer „Konjunktursymptome“ und daraus gebildeter „Indizes“: „Gruppe A: Spekulation, also Börse, Effektenmarkt, Gruppe B: business, Geschäftsgang, Warenmarkt, Gruppe C: Money, Geldmarkt. RWI-Archiv: Vortrag Nr. 2, S. 4.

stand, Aufschwung, Hochspannung und Krisis und Tiefstand“ ableiten zu können. Zudem stellte Däbritz eine amerikanische Studie vor, die mit insgesamt elf Indikatoren, getrennt für jeweils die „Waren-, Effekten- und Geldkurve“, versucht hatte, den Konjunkturverlauf im Deutschen Reich zwischen 1898 und 1914 nach dem Harvard-Modell mit dem „Index of General Business Conditions“ zu erfassen.⁷⁵

Sowohl Wagemann als auch Däbritz betonten den praktischen Nutzen der Konjunkturbeobachtung. Neben Beispielen aus der Wirtschaftspolitik (Diskont- und Kreditpolitik der Zentralbank) hoben beide vor allem auf den Nutzen von Konjunkturprognosen für die Unternehmer ab; bei dem Adressatenkreis ihrer Vorträge verständlich. Zudem liege nach Wagemann die Konjunkturbeobachtung jedoch nicht nur „im Interesse der Unternehmerschaft, sondern in hohem Grade auch in dem auf eine Stetigung des Arbeitsmarktes gerichteten Interesse der Arbeiterschaft“.

Obwohl das StRA über Referate für Konjunkturforschung verfügte, plädierte Wagemann dafür, ein spezifisches Institut zu gründen, denn „die bisherigen Vorarbeiten zur Konjunkturstatistik haben alsbald gezeigt, daß die Aufgaben der Konjunkturforschung den behördlichen Rahmen sprengen.“ Für das zu gründende „besondere Institut für Konjunkturforschung“ bezifferte Wagemann die „verhältnismäßig bescheidenen Mittel [...] für den Anfang“ auf 100.000 Mark.⁷⁶

Der Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages nahm schließlich folgende Resolution an: „Die vom Präsidenten des Statistischen Reichsamtes geplante Errichtung eines Instituts für Konjunkturforschung wird aufs wärmste begrüßt. Mit Rücksicht darauf, daß dieses Institut eine über den behördlichen Rahmen hinausgehende Forschungsarbeit zu leisten haben wird, und daß es sich die Aufgabe setzen will, die Wirtschaft fortlaufend mit *Konjunkturberichten* zu versorgen, empfiehlt der Deutsche Industrie- und Handelstag den Industrie- und Handelskammern, das Institut durch Material, Beratung und Geldmittel zu unterstützen.“ Für das zu gründende Institut wurde, zunächst als einmalige Spende, der Betrag von 30.000 Mark, und damit fast ein Drittel des von Wagemann veranschlagten Gründungsetats, zur Verfügung gestellt. Er war von den einzelnen Kammern, also auch den Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, aufzubringen, die von Anfang an die Gründung des IfK unterstützten.⁷⁷

⁷⁵ Die Zeitreihen erfassten monatliche Daten. Der Trend wurde mit Regressionsgleichungen geschätzt. Axe/Flinn 1925; RWI-Archiv: Vortrag Nr. 2, S. 9 f.

⁷⁶ 10.12.1924 Bericht Wagemanns vor dem Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages, BA R2501/6834 (64,1).

⁷⁷ Most von der HK Duisburg verwies in einem Brief an den DIHT vom 21.11.1924 auf Besprechungen der Ruhrgebietskammern, welche die „Wagemann’schen Pläne“ unterstützten, WWA K1 Nr. 571. Zur Umlage der Spende siehe den Rundbrief des Deutschen Industrie- und Handelstages an seine Mitglieder vom 27.6.1925, WWA K2 Nr. 259: „Die Verteilung der M 30.000.– auf die einzelnen Kammern erfolgt nach dem gegenwärtig geltenden Beitrags-Verteilungsschlüssel.“ Auf die „Industrie- und Handelskammer zu Bochum“ entfiel „M 207,10“. Ein Jahr später (Mitgliederrundbrief vom 28.6.1926, WWA K2 Nr. 259) wurde nur noch der „Mindestbeitrag von M 157,80“ von der IHK Bochum eingefordert.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag sah seinen Beitrag zur Finanzierung des IfK allerdings „nicht unter dem Gesichtspunkte von Leistung und Gegenleistung, sondern unter dem Gesichtspunkte der Förderung eines allgemeinen auf diese Förderung angewiesenen volkswirtschaftlichen Zweckes“. Sein „Bemühen“ werde dahin gehen, „das Institut möglichst bald dahin zu bringen, daß es im wesentlichen aus sich selbst heraus bestehen kann; denn bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage werden hohe freiwillige Beiträge nur als Zuschüsse, um die Tätigkeit in Gang zu setzen und über Anfangsschwierigkeiten wegzubringen, gerechtfertigt sein“.⁷⁸

In seiner 1954 posthum herausgegebenen Geschichte der ökonomischen Analyse wies Schumpeter auf das IfK als Beleg für die Amerikanisierung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und die Verbreitung „moderner“ statistischer Methoden in Deutschland hin: „This institute was perhaps the most important single influence in spreading knowledge of modern statistical methods (as then understood).“⁷⁹ Die Gründung des IfK lässt sich aber über den amerikanischen Einfluss hinaus in eine breitere Zeitströmung einordnen. Kultur- und zeithistorisch passen Wagemanns Plädoyer wie auch der Vortrag von Däbritz zwei Jahre später zu dem Begriff der „Neuen Sachlichkeit“ oder dem Aufbruch in die „Klassische Moderne“. Gemeinhin wird dieser Aufbruch in Deutschland auf die Kunst, Architektur und Literatur in der Weimarer Republik reduziert, jedoch ging er mit dem Glauben in die „unbegrenzten Möglichkeiten der modernen Technik“ und der Rationalisierungsbewegung des Fordismus einher. In den 1920er Jahren herrschte in Deutschland eine „ausgeprägte Fortschritts- und Rationalisierungseuphorie“.⁸⁰ Daher ist Wagemanns Hinwendung zum amerikanischen Empirismus in der Konjunkturforschung (Harvard-Barometer), die Betonung der Nützlichkeit, seine Einforderung harter, objektiver Fakten, untermauert mit neuen statistischen Erhebungen und Methoden, und die funktionalistische Überzeugung, die Konjunktur sei zu steuern,⁸¹ als technokratischer Aufbruch in die Moderne zu verstehen, der in die Zeitströmung der „Neuen Sachlichkeit“ eingeht.⁸² Auf wirtschaftlichem Gebiet manifestierte sie sich sowohl in der Neuorientierung des Statistischen Reichsamts wie auch in dem neu gegründeten IfK, beides Institutionen

⁷⁸ Rundbrief des Deutschen Industrie- und Handelstages an seine Mitglieder vom 18. 7. 1925 (WWA K2 Nr. 259), S. 4.

⁷⁹ Schumpeter 1954, S. 1155, Anm. 3. Siehe auch Schumpeter 1939, S. 21–25; vgl. zudem den kritischen Artikel von Kuschmann (1940) zur Konjunkturstatistik.

⁸⁰ Spoerer/Streb 2013, S. 51–67. Sie weisen auf die Imitation/den Nachbau amerikanischer Werkzeugmaschinen hin (ebd. S. 55).

⁸¹ In der Einführung zum ersten Heft der Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung stellte Wagemann allerdings fest, dass das IfK „es zunächst als seine vorwiegende Aufgabe“ ansah, „Symptomatik zu treiben. Schon deswegen, weil es glaubt, daß es heute wohl kaum möglich ist, die Ursachen der Konjunkturbewegung in befriedigender Weise aufzuzeigen: an diese Arbeit [...] wird man mit vollem Erfolge erst herantreten können, wenn über die Erscheinungsformen der Konjunkturbewegung umfassende Untersuchungen vorliegen.“ (VjhK 1, 1926, S. 5). Siehe auch Fischer 2012, S. 206 f.

⁸² Peukert 1987, S. 166–190; siehe z. B. auch Borscheids Aufsatz zur „Beschleunigung der Arbeits- und Lebenswelten“, Borscheid 2001.

unter der Leitung Wagemanns.⁸³ Deutschland erlebte einen ähnlichen technokratischen Zugriff auf die Wirtschaftspolitik erst wieder in den 1960er Jahren, als der „Sachverständigenrat“ eingerichtet wurde und sich mit dem Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik der Keynesianismus durchsetzte.⁸⁴

Ernst Wagemann⁸⁵ (1884–1956) wurde am 18. Februar 1884 als Sohn deutscher Emigranten in Chanarcillo (Chile) geboren. Er besuchte bis 1898 die deutsche Schule in Valparaíso, danach bis 1903 das Realgymnasium in Lüneburg. Anschließend studierte er Nationalökonomie in Göttingen und Berlin, ab 1905 fünf Semester in Heidelberg mit der Promotion 1907 zum Dr. phil. Von 1908 bis 1910 war Wagemann Dozent am Hamburger Kolonialinstitut und von 1911 bis 1913 unternahm er eine Forschungsreise durch Südamerika (Brasilien, Argentinien, Chile). Er habilitierte sich 1914 an der Berliner Universität mit dem Thema „Die Wirtschaftsverfassung der Republik Chile“, handschriftlich begutachtet von Adolph Wagner und Gustav Schmoller. Er hielt eine Probevorlesung mit dem Titel „Der Bankzinsfuß in Papierwährungsländern“ und seine Antrittsvorlesung über „Die deutschen Kolonisten in Südamerika“. Von 1915 bis 1919 las er als Privatdozent u. a. über die Wirtschaftsverfassung von Kolonialländern, Nahrungswirtschaft im Kriege, Statistik, Wert- und Preislehre sowie über Geldwesen und Währungspolitik, ein Thema, das ihn sein Leben lang beschäftigte. Am 16. April 1919 wurde er zum unbesoldeten außerordentlichen Professor an der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität ernannt. 1916 bis 1918 war er Referent im Kriegsernährungsamt in Berlin, 1919 wurde er Regierungs- und Landesökonomierat im Preußischen Landwirtschaftsministerium, und von 1920 an war er als Geheimer Regierungsrat (Vortragender Rat) Beamter im Reichswirtschaftsministerium.

Von Dezember 1923 an (formale Amtsübernahme als Nachfolger von Ernst Delbrück im März 1924) war Wagemann Präsident des Statistischen Reichsamtes (StRA), ab April 1928 zugleich Reichswahlleiter. Im Juli 1925 gründete er das Institut für Konjunkturforschung, IfK. Er entwickelte mit seinen wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten (Allgemeine Geldlehre 1923, Konjunkturlehre 1928, Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft 1931) makroökonomische Ansätze, die dem Statistikprogramm in der Weimarer Republik theoretisch zugrunde lagen. Das StRA setzte Wagemanns Kreislaufanalyse empirisch in den Berechnungen des Volkseinkommens, der volkswirtschaftlichen Investitionen und in der Konzeption des ersten umfassenden Industriezensus nach anglo-amerikanischem Vorbild (Wertschöpfungsansatz) um. Darüber hinaus sollte zur Konjunktursteuerung eine „Volkswirtschaftliche Verflechtungstabelle“ (Input-Output-Ta-

⁸³ Siehe dazu auch den Überblick bei Tooze 216, S. 398–404.

⁸⁴ Zum 1964 eingerichteten Sachverständigenrat siehe Nützenadel 2005, S. 152–174; Hesse 2016, S. 427–435. Erster Vorsitzender war der wissenschaftliche Direktor des RWI, Wilhelm Bauer, der unter Wagemann im DIW gearbeitet hatte. Zum Keynesianismus und Karl Schillers Wirken siehe auch Nützenadel 2005, vor allem S. 307–352.

⁸⁵ Diese biografischen Angaben wurden zusammen mit Reiner Stäglin für den Artikel in der Neuen Deutschen Biographie der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften erarbeitet. Ausführlich zu den Quellen siehe Fremdling/Stäglin 2018.

belle) erstellt werden, um z.B. die Sekundärwirkungen von Investitionen zu erfassen. Wegen der haushaltspolitischen Sparmaßnahmen am Ende der Weimarer Republik kam der Industriezensus mit einer Vorerhebung erst 1933 und dann umfassend 1936 nach der Amtszeit Wagemanns als Präsident des StRA zustande. Die Vollendung der Input-Output-Tabelle scheiterte, weil auch das StRA im Zuge der Aufrüstung zunehmend in die statistische Vorbereitung des Krieges eingebunden wurde. Wagemanns vorausschauende theoriegeleitete Konzeption und Umsetzung im StRA nahm wesentliche Elemente der modernen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Wertschöpfungsansatz als Grundlage des Bruttoinlandsproduktes) vorweg, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg durch internationale Vereinbarungen Standard in den marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften wurde.

Den viel beachteten Publikationen des StRA („Wirtschaft und Statistik“ seit 1920) und vor allem des IfK („Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung“ seit 1926, „Wochenberichte“ seit 1928) lagen Erörterungen von Wirtschaftsfragen in der Presse zugrunde. Wagemann stieg damit in der Spätphase der Weimarer Republik zum bekanntesten, hochgeschätzten Ökonomen auf.

1.2.2 Die Gründung des Instituts für Konjunkturforschung

Gründungsversammlung

Das Institut für Konjunkturforschung wurde am 16. Juli 1925 in den Räumen des Statistischen Reichsamts gegründet.⁸⁶ Wagemann verzichtete in der konstituierenden Sitzung auf eine ausführliche Begründung – die „Zwecke und Entstehungsgeschichte“ wurden lediglich „gestreift“ und nicht einmal protokolliert⁸⁷ – und sprach gleich Satzungsfragen an: Er führte aus, „dass das Institut sich formaljuristisch als ein „unselbständiges Zweckvermögen“ darstelle“. In dieser „losen Form“ sei es schnell zu gründen, aber bei Bedarf unschwer in eine andere Rechtsform zu überführen. § 1 der „Verfassung des Instituts für Konjunkturforschung“⁸⁸ bzw. der Satzung brachte den Gründungsgrund mit einem einzigen Begriff auf den Punkt: „Für Zwecke der Konjunkturforschung wird das: „Institut für Konjunkturforschung“ errichtet. Sitz des Instituts ist Berlin.“ Und in § 2 heißt es weiter: „Der Erfüllung des in § 1 angegebenen Zweckes dient ein Vermögensfond, der sich aus Beiträgen des Reichs, der Länder,

⁸⁶ Protokoll über die [...] Sitzung zwecks Gründung eines Instituts für Konjunkturforschung, BA R2501/6834; siehe auch BA R101/2587.

⁸⁷ Vermutlich waren die Teilnehmer der Sitzung über die Pläne des zu gründenden Instituts zumindest soweit informiert worden wie ein halbes Jahr zuvor der Hauptausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages.

⁸⁸ BA R2501/6834.

öffentlicher Körperschaften, von wirtschaftlichen Verbänden, Einzelfirmen und Einzelpersonen sowie aus Einnahmen des Instituts zusammensetzt.“⁸⁹

Das wichtigste Organ des Instituts war neben der Leitung⁹⁰ (dem Präsidenten des Statistischen Reichsamts, also Wagemann) das Kuratorium. Dieses Aufsichtsorgan hatte die üblichen Kontrollfunktionen inne, z. B. über den Haushalt. Über den „Arbeitsplan“ hingegen war es lediglich „vor der Aufstellung zu hören“. Vor allem repräsentierte das Kuratorium die wichtigsten Geldgeber und zunehmend auch die Auftraggeber für die Gutachtertätigkeit.

Die Zusammensetzung dieses Gremiums⁹¹ zeigt, von welch breitem gesellschaftlichen Konsens das IfK getragen wurde;⁹² Unter dem Vorsitz Wagemanns bestand es nach dem Gründungsprotokoll aus jeweils zwei Vertretern der Reichsregierung (Reichswirtschaftsministerium und Reichsarbeitsverwaltung); der Länder; der Reichsbank; der Deutschen Reichsbahngesellschaft; der Landwirtschaft; des Deutschen Industrie- und Handelstages; des Reichsverbandes der Deutschen Industrie; aus jeweils einem Vertreter des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels; der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels; des Zentralverbandes der Deutschen Konsumgenossenschaften; des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes und drei Vertretern der Arbeitnehmer (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände). Das Kuratorium des IfK bestand somit aus Vertretern des Staates, der Tarifparteien

89 Krenzel (1986, S. 11), dem zwar das Gründungsprotokoll, nicht aber die Gründungssatzung vorlag, unterstellte irrtümlich, dass § 2 der Satzung von 1925 schon denselben Wortlaut wie 1935 gehabt habe. § 2 der 1935 beschlossenen Satzung lautete aber: „Das Institut dient ausschließlich gemeinnützigen wissenschaftlichen Zwecken und hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen Bewegungsvorgänge des In- und Auslandes zu erforschen und zu beobachten und auf Grund seiner Arbeiten Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft durch Herausgabe von Veröffentlichungen sowie durch Erstattung von Gutachten usw. zu beraten.“ Quelle: Registergericht beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg; Vereinsregister Gesch. Nr. 581.

90 Nach § 9 der Satzung: „Verfassung des Instituts für Konjunkturforschung“ war der „Leiter des Instituts der jeweilige Präsident des Statistischen Reichsamts“. (BA R2501/6834). Diese Personalunion brachte Wagemann als Leiter des IfK in eine prekäre Situation, als er 1933 vom Reichswirtschaftsminister als Präsident des StRA „beurlaubt“ und schließlich (22.5.1933) entlassen wurde. Siehe Stäglin/Fremdling 2016b.

91 Mitglieder waren juristische Personen. Auf Vorschlag des Präsidenten konnten neue Mitglieder mit Dreiviertelmehrheit kooptiert werden. Zur Vertretung der Länder siehe Kulla 1996, S. 38f.

92 Siehe Protokoll der Gründungsversammlung und in derselben Akte die bereits vorliegende Satzung. Beide Listen waren nicht identisch. Die in der Institutsverfassung vorgesehene Vertretung der Schifffahrt fehlte auf der Gründungsversammlung, da „die derzeitige überaus schlechte finanzielle Lage der Reedereien“ es nicht erlaube, dem Kuratorium mit einem entsprechenden Geldbetrag für das IfK beizutreten. Auch in der etwas umfassenderen Liste der Satzung waren noch nicht alle Personen bekannt, die für die Kuratoriumsmitglieder handelten. BA R2501/6834. Siehe auch den Rundbrief des Deutschen Industrie- und Handelstages an seine Mitglieder vom 18.7.1925 (WWA K2 Nr. 259), der ausführlich von der „Gründungssitzung“ berichtete.

und wirtschaftlichen Interessenverbände und war zudem nach den Namenslisten durchgängig mit Personen aus der Leitungsebene dieser Institutionen besetzt.⁹³ Wagemann war es damit gelungen, auf wissenschaftlichem Gebiet außerhalb des Hochschulwesens eine Koalition zu schmieden, die es im politischen System Weimars in dieser Breite und diesem Konsens sonst nicht gab.⁹⁴ Ein Dokument mit zwei eng bedruckten Seiten aus dem Jahr 1928 nennt nicht nur die Mitglieder des Kuratoriums, sondern enthält eine lange Liste von unterstützenden „Verbänden“. Nach Orten (von Aachen bis Zittau) sortiert, erklärten die Verbände, dass „die Wege und Ziele des Instituts für Konjunkturforschung ihre Zustimmung finden“. Neben den Industrie- und Handelskammern wurden durchweg Branchen- und Arbeitgeberverbände und andere Interessenvertretungen aufgeführt. Während der Deutsche Gewerkschaftsbund Mitglied des IfK-Kuratoriums war, fehlten bei den zustimmenden Verbänden die Einzelgewerkschaften.⁹⁵

Kuratoriumssitzung

An die Gründungssitzung schloss die erste Kuratoriumssitzung⁹⁶ unmittelbar mit einem einleitenden Vortrag Wagemanns an, in dem er „eingehend über die verschiedenartigen Gründe, die ein Konjunkturinstitut zum dringenden Bedürfnis für Staat und Wirtschaft gemacht hätten“ referierte. Das Protokoll zitierte seine Beschreibung des Aufgabenkreises und ersten Arbeitsplans minuziös: „Das Arbeitsgebiet des Konjunkturinstituts gliedert sich zunächst nach den beiden Zwecken der Konjunkturwissenschaft überhaupt. Es handelt sich einmal um die Entwicklung einer ausreichenden Konjunkturbeobachtung, d. h. um die systematische Sammlung und Veröffentlichung des für die Beurteilung des für den Konjunkturverlauf massgebenden statistischen und sonstigen tatsächlichen Materials. Um der Wirtschaft möglichst bald brauchbare Arbeitsergebnisse vorlegen zu können, ist geplant, vom Herbst

93 Für den bereits ernannten Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Ministerialdirektor Schäffer, nahm stellvertretend der Ministerialdirigent Reichardt teil. (Gründungsprotokoll BA R2501/6834). Reichardt wurde 1933 nach der Entlassung Wagemanns dessen Nachfolger als Präsident des StRA.

94 In der Diskussion zur ersten Kuratoriumssitzung am selben Tag betonte Wagemann, „dass er es als Präsident des Statistischen Reichsamts sowie in seiner Eigenschaft als Universitätslehrer für seine oberste Pflicht halte, die Institutsleitung unbedingt neutral, also unbeeinflusst von irgendwelchen politischen oder sonstigen Tendenzen zu führen.“ Er antwortete damit auf eine Frage zur „Beobachtung der Arbeitslosigkeit“. Protokoll BA R2501/6834. Wagemann war seit 1919 unbesoldeter außerordentlicher Professor an der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität. Zur „Bestallung“ siehe den Brief vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung an den Herrn Rektor und den Senat der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin vom 16.4.1919, HU Archiv, Uk Personalia W9, Bd.1, Prof. Wagemann. Vgl. auch den Briefwechsel zu der durchaus umstrittenen Ernennung von März/April 1919 zwischen der Universität und dem Ministerium HU Archiv, Phil. Fak., Mikrofilm 4174.

95 WWA K1 Nr. 571. In der Quelle wird nicht angegeben, in welchem Organ das Dokument publiziert wurde.

96 Siehe das Protokoll in BA R2501/6834.

d.Js. ab dieses Material in periodischen Sonderveröffentlichungen bekanntzugeben. In kleinen Wochenübersichten sollen, von einem ganz kurzen erläuternden Text begleitet, die allwöchentlich anfallenden Zahlen bekanntgegeben werden. In Monatsberichten soll dieses Material ergänzt von einem ausführlichen erläuternden Text begleitet werden. Die Monatsberichte sollen sich sowohl auf die inländische Wirtschaft wie auf die Wirtschaft der grösseren außerdeutschen Länder beziehen. Schließlich sollen vom nächsten Jahr an in Vierteljahrsberichten eingehende Textdarstellungen über die größeren Konjunkturzusammenhänge unterrichten.“ Zur „Konjunkturforschung“ hob Wagemann als Ziel auf „die Aufdeckung der grösseren Gesetzmäßigkeiten im wirtschaftlichen Kreislauf und die allmähliche Entwicklung der Konstellationsbeschreibung zu Prognosen“⁹⁷ ab und nannte mehrere geplante Forschungsfelder (Untersuchungen zu saisonalen Schwankungen, Beziehung des Außenhandels zur Konjunktur, Entwicklung eines Weltmarktpreisindex und „die Zusammenhänge der Betriebswirtschaft mit der Konjunktur“).⁹⁸ Insgesamt waren Wagemanns protokollierte Ausführungen auf der Versammlung selbst sowohl programmatisch als auch inhaltlich weniger spezifisch als ein halbes Jahr zuvor vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag. Auf der „Geschäftsführerkonferenz der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks“ hob Däbritz ein Jahr später hervor, dass das IfK „zwar an Harvard angeknüpft [habe], [...] aber darüber hinaus eigene Wege gegangen“ sei. Er verwies auf die erste Veröffentlichung des IfK über „Die weltwirtschaftliche Lage Ende 1925“, die er seinen Zuhörern mit Lichtbildern vorstellte. Die gezeigten Kurven waren allerdings in Analogie zum Harvard-Barometer zusammengestellt und berechnet worden.⁹⁹

Von haushaltstechnischer und zugleich inhaltlicher Bedeutung waren Wagemanns Aussagen über das Verhältnis zwischen dem IfK und dem StRA: Zwar sei eigentlich für das IfK ein „verhältnismäßig grosser Apparat“ erforderlich, jedoch könnten die Haushaltsvoranschläge wegen der „organisatorischen Verbindung des Instituts mit dem Statistischen Reichsamt“ niedrig gehalten werden: „Die statistische Zentralstelle ist in der Lage, die wichtigsten Tatsachen verarbeitungsbereit zur Verfügung zu halten, ohne dass auf einer Seite Mehrkosten entstehen.“ In der Diskussion

⁹⁷ Siehe auch Wagemanns Ausführungen zu „Diagnose und Prognose“ in seiner 1928 publizierten „Konjunkturlehre“, Wagemann 1928, S. 184 ff.

⁹⁸ Als Beilage zum Gründungsprotokoll (BA R2501/6834) findet sich eine Liste mit einem „Arbeitsplan des Instituts“, der acht Themen umfasste: „1. Ausgestaltung eines Konjunkturbarometers, 2. Index der Weltmarktpreise, 3. Untersuchungen über die Kapitalbildung, 4. Grundsätze der Emissionspolitik und Diskontpolitik bei den verschiedenen Zentralbanken, 5. Einflüsse der Goldproduktion und Goldbewegung auf den Geldwert, 6. Einflüsse der Umsatzsteuer auf die Konjunkturgestaltung in verschiedenen Ländern, 7. Die Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanz (Ausschaltung der Saisonschwankungen des Außenhandels) 8. Untersuchungen über die Frachtlage, Frachtenpolitik im Verhältnis zur Konjunkturgestaltung.“

⁹⁹ Däbritz sah in Deutschland eine größere regionale Vielfalt als in den Vereinigten Staaten, sodass sich „Der eigene Weg“ neben Spezialstudien in zusätzlicher regionaler Konjunkturforschung manifestiere. Siehe RWI-Archiv: Vortrag Nr. 2, S. 10 ff.

ergänzte Wagemann diese Aussage wesentlich: Es „müsse betont werden, dass dem Institut ein sowohl wissenschaftlich als auch pekuniär hoch einzuschätzender Vorteil daraus erwachse, dass ihm ohne weiteres die riesige Fülle von Material, wie es im Statistischen Reichsamt zusammenlaufe, zur Verfügung stehe; wäre das nicht der Fall, so könne mit derartig geringen Mitteln, wie der vorgelegte Etat ausweise, eine so umfangreiche Arbeit garnicht denkbar sein. Die Sache liege also so, dass sich das Reich nicht nur mit einem erheblichen Jahresbeitrag beteilige, sondern auch eine ungeheure Materialfülle kostenlos zur Verfügung stelle, wobei nicht übersehen werden dürfe und solle, dass auch die anderen bei der Gründung beteiligten Körperschaften usw. sich in dankenswerter Weise ebenfalls bereit erklärt hätten, das Konjunkturinstitut durch Lieferung bei ihnen anfallenden Materials zu unterstützen.“ Unerwähnt blieb, dass in der Folgezeit auch personell, nicht nur bei Wagemann selbst, die Abgrenzung zwischen beiden Institutionen unscharf war. Genau diese von Anfang an unklare haushaltstechnische Abgrenzung zwischen dem IfK und dem StRA monierte der Reichssparkommissar,¹⁰⁰ der zugleich Präsident des Reichsrechnungshofs war, 1933¹⁰¹ und lieferte einen sachlichen Grund, Wagemann aus seinem Amt als Präsident des StRA zu entlassen.

In der Diskussion spezifizierte Wagemann die inhaltliche Abgrenzung zwischen dem IfK und dem StRA: „Aufgabe des Statistischen Reichsamts sei es in der Hauptsache, Zahlen zu produzieren, während es nur in sehr beschränktem Masse dazu berufen und in der Lage sei, das Material nach allen Seiten auszuwerten. Weiterhin müsse beachtet werden, dass das Statistische Reichsamt nur in der Lage sei, exakte Feststellungen zu machen, dass es sich als höchste statistische Behörde des Reichs dagegen bei der Anwendung von Schätzungsmethoden Zurückhaltung auferlegen müsse. Hier solle das Institut eingreifen. Die Aufgaben des Instituts gingen alle weit hinaus über die, die dem Statistischen Reichsamt vorgeschrieben seien; sie überschritten die Grenze der blossen statistischen Feststellung.“

100 Die Aufgabe des Reichssparkommissars „war es, den gesamten ordentlichen und außerordentlichen Etat und die Implementation desselben zu prüfen und der Reichsregierung Vorschläge für Einsparungen, Vereinfachung der Verwaltungsstrukturen, Personalreduzierungen und die Abschaffung überflüssiger Behörden zu unterbreiten.“ Bögershausen 2009, S. 88.

101 1.4.1933, Beiträge des Reichssparkommissars zum Aufbau des Statistischen Dienstes. BA R2301/2234. In den Erläuterungen zur Rolle und zum Aufbau des Statistischen Dienstes behandelte der Reichssparkommissar auch die Abgrenzung der statistischen Tätigkeit gegenüber der wissenschaftlichen Forschung und dabei die Trennung des Instituts für Konjunkturforschung vom Statistischen Reichsamt: „[...] aus sachlichen, finanziellen und verwaltungsorganisatorischen Gründen [sollte] eine Trennung der beiden Verwaltungskörper in Erwägung gezogen werden [...] Dieser Auffassung wird umsomehr zuzustimmen sein, als sich die gegen die Lösung geäußerten Bedenken durch entsprechende Richtlinien für die Zusammenarbeit des Statistischen Reichsamts und des von ihm getrennten Instituts für Konjunkturforschung beheben lassen müssten.“ Die Dernburg-Kommission hatte schon seit 1930 Einsparungen bei den statistischen Diensten untersucht und das IfK ins Visier genommen. Ausführlich dazu Tooze 2001, S. 161–165; Kulla 1996, S. 59–61.

Abschließend werden hier aus dem ersten Haushaltsplan des IfK (Geschäftsjahr 1925/26, 1.7.1925 – 31.3.1926) die geplanten Einnahmen aus den *Jahresbeiträgen* aufgeführt, wie sie den Teilnehmern der ersten Kuratoriumssitzung vorgelegen hatten:¹⁰² Das Reich, die Reichsbank, die Reichsbahngesellschaft, der Deutsche Industrie- und Handelstag und der Reichsverband der deutschen Industrie trugen jeweils 30.000 RM bei, auf die „Banken“ entfielen 10.000 RM und auf die „Arbeitnehmer“ 16.000 RM. Insgesamt wurde ein Haushaltsvolumen von 200.000 RM veranschlagt, für den vom „Großhandel, Einzelhandel“ und den „Konsumgenossenschaften“ noch ein Beitrag von zusammen 25.000 RM erwartet wurde. Daraus wurden u. a. „ständige Mitarbeiter und Angestellte“ mit 38.100 RM und „auswärtige nichtselbständige Mitarbeiter“ mit 30.000 RM vergütet.

1.2.3 Regionalisierung und die Abteilung Westen

Nach den Erinnerungen von Däbritz, die er 1951 zum 25-jährigen Jubiläum der „Gründung des Essener Instituts im Jahre 1926“ aufschrieb, war die Initiative zur Einrichtung der Zweigstelle des IfK in Essen von ihm ausgegangen.¹⁰³ Er sei schon während seiner Studienzeit in Leipzig mit der Konjunkturforschung und danach mit Konjunkturstatistik in Berührung gekommen. Seine erste Veröffentlichung war ein konjunkturstatistischer Aufsatz, der 1909 in „Glückauf“, der Zeitschrift des bergbaulichen Vereins in Essen, erschienen war. Die Arbeiten zur empirischen Konjunkturforschung aus den Vereinigten Staaten kannte er zunächst „nur vom Hörensagen; die grundlegenden Arbeiten von Mitchell und anderen fehlten in deutschen Bibliotheken.“ Die Forschungen des Harvard-Instituts habe er „etwa 1921“ indirekt über die „Wiederaufbauhefte des Manchester Guardian“ kennengelernt. Zur rheinisch-westfälischen Regionalforschung sei er über seine Firmengeschichte zum 50-jährigen Jubiläum der Essener Credit-Anstalt, „der bedeutendsten Montanbank des Ruhrbezirks“, gekommen. Die „Errichtung des Berliner Instituts“ sei bei ihm, „wie überhaupt im ganzen Revier gleich auf grösste Beachtung“ gestoßen, sodass er Wagemann im Februar 1926 in Berlin als „Ergänzung des Arbeitsprogramms“ die „Aufnahme der rheinisch-westfälischen Regionalforschung“ vorgeschlagen habe. „Bereits in den folgenden Wochen wurden alle Einzelheiten geregelt. Der 1. April 1926, von dem auch der erste Etat des Instituts datiert, könnte hiernach als Gründungstag des Essener

¹⁰² BA R2501/6834, F. 26 – 27.

¹⁰³ RWI-Archiv Akte Chronik: Die Entstehung der empirischen Konjunkturforschung. Manuskript, Essen 13.11.1951. Däbritz musste aus der Gründungsgeschichte „viele [...] aus dem Gedächtnis und lückenhaft“ berichten, weil „die Akten des Instituts bis auf wenige zufällig erhaltene Reste durch Fliegerangriffe vernichtet worden sind.“ Alle Zitate dieses Absatzes aus dieser Akte.

Instituts gelten.“¹⁰⁴ Ohne das Verdienst von Däbritz zu schmälern, muss die Gründung der Essener Zweigstelle auch der Stadt Essen, dem Verein der bergbaulichen Interessen und der IHK Essen zugerechnet werden, die anfänglich für die Finanzierung mit jeweils einem Jahresbeitrag von 10.000 RM aufkamen. Nach der „Geschäftsführerbesprechung der Vereinigung von Industrie- und Handelskammern des niederheinisch-westfälischen Industriegebietes“ im März 1926 ist denn auch eher der 13. März 1926 als Gründungsdatum der Abteilung „Westen“ festzuhalten.¹⁰⁵

In den programmatischen Ausführungen zur Aufgabe des IfK (Konjunkturbeobachtung und Konjunkturforschung) im Jahresbericht von 1925/26 begründete Wagemann die Einrichtung der Zweigstelle in Essen:¹⁰⁶ „Neben dieser zentralen Organisation stellte sich bald das Bedürfnis nach Einrichtung einer Zweigstelle heraus, um so einen weiteren wichtigen Zweig der Konjunkturbeobachtung, die regionale Konjunkturbeobachtung, ausbauen zu können. Denn neben den Konjunkturschwingungen, die sich fast gleichzeitig über die ganze Volkswirtschaft oder gar über die ganze Weltwirtschaft hin fortpflanzen, sind auch die zu berücksichtigen, die so stark regional bestimmt sind, dass sie sich nur in großen Zeitabschnitten von einem Wirtschaftsbezirk auf den anderen übertragen. Es gliedert sich so die Volkswirtschaft in verschiedene Wirtschaftsbezirke, die sich nicht nur strukturell, d. h. in ihrer Bewegungsform, von einander unterscheiden. Unter diesem Gesichtspunkte wurde anfangs des Jahres 1926 in Essen die „Abteilung Westen“ des Instituts eingerichtet, für deren Leitung Herr Dr. Däbritz in Essen gewonnen wurde. Diese Zweigstelle, die in engem Zusammenhang mit der Zentrale arbeitet, verfügt z. Zt. neben ihrem Leiter über einen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter und zwei Bürokräfte.“

Die „örtliche Geschäftsführung und die wissenschaftliche Leitung“ übernahm also Däbritz, Mitte April 1926 wurde als erster „Referent“ Dr. L. Curlbaum eingestellt. Das Büro der Zweigstelle befand sich zusammen mit der Geschäftsstelle der damals von Däbritz geleiteten „Akademischen Kurse“ im zweiten Stock eines Hauses in der Essener Surmannsgasse 2. Der erste Etat des Instituts für das Geschäftsjahr 1926/27 umfasste 30.000 RM. Er wurde jeweils zu einem Drittel von der Essener Stadtverwaltung (Oberbürgermeister Bracht), dem Verein für die Bergbaulichen Interessen, Essen (Bergassessor Dr. von Löwenstein) und der Essener Industrie- und Handels-

104 In den regionalen und lokalen Presseorganen Rheinlands und Westfalens wurde ausführlich über die „Gründung des Instituts für Konjunkturforschung Abt. „Westen“ in Essen“ berichtet. Siehe die Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 1. 4. 1926, Presseauschnitt archiviert in WWA K2 Nr. 259.

105 Auszug aus der Niederschrift der Besprechung vom 29. 3. 1926, WWA K2 Nr. 259. Siehe auch Kulla (1996, S. 72f.), der ebenfalls die Gründung nicht allein auf die Initiative von Däbritz zurückführt.

106 IfK Jahresbericht 1925/26, BA R2501/6834 (64, 17), F. 109f.; die *Konjunkturberichte* der Abteilung „Westen“ von 1936/37 (H. 1, S. 42–55) enthalten einen längeren Abschnitt über die „Aufgaben der regionalen Konjunkturforschung“. Er verweist auf entsprechende Argumentationen Wagemanns in den *Wirtschaftlichen Nachrichten für Ruhr und Rhein* (Organ der IHK) vom 16. 9. 1926, die in Wagemanns Buch von 1931 über „Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Grundlagen einer weltwirtschaftlichen Konjunkturlehre“ weitergeführt wurden.

kammer (Hauptgeschäftsführer Dr. Rechlin) aufgebracht.¹⁰⁷ Die Finanzierung kam also nicht aus Berlin, sondern Däbritz gewann dafür Geldgeber aus der Region. Dennoch war die Essener Zweigstelle bis zur Verselbständigung 1943 in der Haushaltsgestaltung nicht unabhängig: Ihr „Etat war ein Teiletat des Berliner Haushalts und alle Einzelheiten der Ausgaben wurden von Berlin vorgeschrieben. Dort fand auch die Rechnungsprüfung statt. Desgleichen wurden die Personalien verantwortlich stets von Berlin aus geregelt.“ Däbritz selbst war lediglich nebenamtlich tätig, hauptamtlich stand er im „Dienst der Stadt Essen als Studienleiter der [...] Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie“.¹⁰⁸

In seinem Vortrag vom Mai 1926 über die „Aufgaben des Instituts für Konjunkturforschung, Abteilung Westen“ vor der „Geschäftsführerkonferenz der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks“ lieferte Däbritz selbst weitere stichhaltige Argumente für die Institutsgründung in Essen: In seinem Plädoyer für die dortige Abteilung stellte er neben der Modellfunktion des Harvard-Barometers für die Konjunkturforschung heraus, dass die regionale Vielfalt Deutschlands einen erweiterten eigenständigen Zugriff auf das Konjunkturphänomen erfordere:¹⁰⁹ Um „die Besonderheiten der deutschen Wirtschaftsentwicklung zu ihrem Recht zu bringen, ist der Entschluss entstanden, im Gegensatz zu den Amerikanern die deutsche Konjunkturforschung regional zu dezentralisieren [...] auch regional zeigt die deutsche Wirtschaft eine grössere Vielgestaltigkeit und Mannigfaltigkeit als die amerikanische. Für einen Versuch in dieser Richtung bietet sich aber offenbar kein geeigneteres Objekt als der rheinisch-westfälische Industriebezirk. Denn keiner ist in gleichem Masse in sich abgeschlossen, keiner in seiner Struktur so homogen wie er.“

Aus dem Vortrag vom 21. Mai 1926 geht hervor, dass das „Büro des Instituts [...] in den letzten Tagen konstituiert“ und die „eigentliche Arbeit erst teilweise aufgenommen worden“ war. Däbritz hob den Experimentalcharakter des neuartigen Betätigungsfeldes hervor: Da es sich bei der „Arbeit [...] um Versuche handelt, deren Ergebnisse noch nicht abzusehen“ seien, müsse sie „notwendig für einige Zeit intern bleiben“. Später sei „selbstverständlich daran gedacht, regelmäßige Veröffentlichungen herauszugeben.“ Er skizzierte folgenden Arbeitsplan:

„Die Aufgabe der Essener Stelle wird sein, Konjunkturstatistiken zu treiben, d. h. statistisches Material unter dem Gesichtspunkt der Konjuncturempfindlichkeit zu

107 RWI-Archiv Akte Chronik: Entstehung.

108 Für die beiden letzten Zitate siehe RWI-Archiv Akte Chronik: Brief von Däbritz vom 26. 2. 1943 an Dr. von Dryander, DIW.

109 Siehe RWI-Archiv Akte Chronik: Vortrag Nr. 2, S. 16. Alle Zitate ohne besonderen Hinweis stammen aus diesem Dokument. Siehe auch zum Referat von Däbritz die „Niederschrift über die Geschäftsführerbesprechung der Vereinigung von Industrie- und Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes“, 21. 5. 1926, WWA K2 Nr. 259 u. K1 Nr. 970. Zu den „Aufgaben der regionalen Konjunkturforschung“ siehe auch die längere Abhandlung zehn Jahre später in den *Konjunkturberichten* (KB 1936/37, H. 1, S. 42–55).

sammeln. Ich betone, dass wir also nicht eigene statistische Erwägungen [sic] anstellen und damit irgend eine der vorhandenen wertvollen statistischen Stellen überflüssig machen werden, sondern im Gegenteil auf das stärkste auf ihre Arbeit angewiesen sind, so wie ja auch das Berliner Institut neben dem Statistischen Reichsamt besteht. Unsere Aufgabe ist, überall solch konjunkturrempfindliches Material zusammenzufassen und zu analysieren.“ Das zu verwendende Material werde zum großen Teil aus dem Revier stammen, teilweise handle es sich aber auch um nach „unseren lokalen Wünschen“ spezialisiertes Material aus den „Berliner Zentralstellen“. Däbritz stellte heraus, dass die regionale Abgrenzung der Datenzulieferer nicht identisch sei und führte dazu den „Bezirk des Ruhrsiedlungsverbandes“, die „Rheinisch-Westfälische Städtevereinigung“, den „Oberbergamtsbezirk Dortmund“, den „Bergbaulichen Verein“, „die Grenzen der verschiedenen Reichsbahndirektionen und Oberpostdirektionen“, die „Regierungsbezirke“, die „Landesarbeitsämter usw.“ auf. Als „Kernstück“ seien alle „diese sich überschneidenden Bezirke durch das Ruhrrevier von Düsseldorf bis Hamm“ als Bereitsteller des „Urmaterials“ abgedeckt. Es sei angestrebt, rückwirkend vom Jahr 1924 an zusammenfassende Zahlen für dieses „in sich abgeschlossene Kernstück“, also das Ruhrrevier betreffende Zahlen, „herauszuarbeiten“. Um die „vorhandenen Materialquellen“ möglichst umfassend und effizient zu nutzen, war aus den jeweiligen Fachbearbeitern ein „wissenschaftlicher Beirat“ von den zuliefernden Stellen geplant.

Die Ambitionen für die zeitliche Abdeckung der Berichterstattung gingen so weit, „das Material monatlich zu gruppieren [...] und vielleicht Wochenzahlen zu bringen.“ Die Monatsdaten als „unsere erste Veröffentlichung“ seien „weiter zu analysieren, auf ihre Konjunkturrempfindlichkeit zu prüfen, durch Diagramme anschaulich zu machen, [...] Saisonschwankungen [seien] nach den Methoden von Harvard auszumerzen“. Nicht gerade unbescheiden kündigte Däbritz an, dass „sachlich unser Arbeitsprogramm weit über Harvard und selbst über Berlin hinausgehen“ werde. Er präsentierte „den ersten Entwurf eines solchen Programms“, allerdings mit der Bitte, ihn darauf „nicht festzulegen“. Das Programm, das Däbritz wohl als Schaubild präsentierte, ist in dieser Quelle leider nicht überliefert. Er fuhr in seinem Vortrag fort, dass neben „dem Marktbarometer im Sinne von Harvard andere Barometer, vor allem solche der Produktion und des Verkehrs für den Ruhrbezirk zu setzen“ seien. Insbesondere sollte die „Ausfuhrkonjunktur des rheinisch-westfälischen Industriebezirks“ untersucht werden. In der kurzen Zusammenfassung seines Vortrags für das IHK-Protokoll wurde das Arbeitsprogramm näher beschrieben. Nach dem von Däbritz vorgelegten Entwurf sollten „folgende Rubriken“ erfasst werden:¹¹⁰ I. Gütererzeugung, -absatz und -verbrauch; II. Verkehr. III. Handel; IV. Preise. V. Löhne. VI. Geld- und Bankwesen; VIII. Öffentliche Finanzen; VIII. Beschäftigungsgrad; IX.

¹¹⁰ Siehe die „Niederschrift über die Geschäftsführerbesprechung der Vereinigung von Industrie- und Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes“, 21. 5. 1926, WWA K2 Nr. 259 u. K1 Nr. 970.

Bevölkerungsbewegung. Der Katalog war mit den wenigen Unterpunkten zwar umfassend, kaum aber originell und nur grob auf die Konjunkturforschung zugeschnitten. Die meisten Kategorien waren vielmehr der Standard in den Statistischen Jahrbüchern des Deutschen Reichs.

Däbritz diskutierte grundsätzlich den Handlungsspielraum von Unternehmern, um eine Brücke zwischen der Konjunkturbeobachtung und unternehmerischen Entscheidungen zu bauen. Die „Umwelt“ oder die „allgemeine Wirtschaftslage“ habe der „Unternehmer nicht in der Hand“. Die „Initiative allen Wirtschaftens“ liege „heute“ im „Gegensatz zur Ära der Mittel- und Kleinbetriebe vor 50 Jahren“ [...] „wenigstens an entscheidenden Stellen, bei Konzernen, Kartellen und anderen großen Spitzenorganisationen“ [...] „In ihnen sind Instanzen erwachsen, die den Markt von höherer Warte aus zu überblicken vermögen, die die Produktions-, Absatz- und Preispolitik auf lange Sicht und aus der Notwendigkeit von großen Betrieben oder selbst von ganzen Produktionszweigen treiben müssen.“ Die „Einsicht in die allgemeine Wirtschaftslage“ habe sich bisher jeder „Wirtschaftsführer“ [...] „auf seine eigene Weise verschafft.“ Und hier setzte Däbritz an, die Vorzüge der Konjunkturforschung herauszuarbeiten. Sie wolle „zu den bisherigen Methoden neue fügen“, sodass die „verantwortlichen Wirtschaftsführer“ die „Umwelt“ oder die „allgemeine Wirtschaftslage [...] in die Hand bekommen.“ Das sei vor allem an den Wendepunkten der Konjunkturkurve entscheidend, um „Falschentscheidungen“ zu vermeiden.

Däbritz diskutierte hier noch an keiner Stelle, dass durch die von ihm beschriebene Dominanz der Konzerne und Kartelle der klassische Konjunkturzyklus möglicherweise einen neuen, anderen Charakter bekomme, weil Kartellpreise und Tariflöhne nach unten nicht flexibel waren.¹¹¹ Zudem fehlte noch völlig die etatistische Denkweise über die Rolle der Konjunkturforschung, wie sie das Essener Institut zehn Jahre später in der nationalsozialistischen Lenkungswirtschaft vertrat.¹¹² Däbritz führte jedoch aus, dass der „eigenartige Rhythmus von Aufschwung und Stockung“ nicht vom landwirtschaftlichen Erntezyklus oder der „Bewegung der kurzfristigen Konsumgüter, sondern aus der Bewegung der sogenannten Anlagegüter, sowohl der Produktionsmittelanlagen, wie der Konsumanlagen“ herrühre, „die ihrerseits wieder auf den Schlüsselindustrien des Bergbaus, der Kohle- und Eisengewinnung“ beruhten.¹¹³ Mit dem Bogen zum Investitionsgüterzyklus konnte Däbritz unmittelbar auf die herausgehobene Position der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie als voraus-eilenden Konjunkturindikator verweisen: So wie beim „Harvard-Barometer einzelne Kurven voraus-eilen, andere nachhinken und gerade aus dieser Phasenverschiedenheit wichtige Schlüsse für die Marktentwicklung gezogen werden können“, liege mit der

¹¹¹ Siehe dazu die Diskussion während der Weltwirtschaftskrise: KB 1931, H. 1, S. 17 f.; KB 1932, H. 1, S. 3 ff.

¹¹² Siehe KB 1936/37, H. 1, S. 42 f. u. KB 1937, H. 3, S. VI.

¹¹³ Die „Branchenbeobachtung“ wurde 10 Jahre später vom Essener Institut als „Fortführung und Vertiefung“ des ursprünglichen Arbeitsgebietes herausgestellt. Siehe die programmatische Abhandlung in KB 1936/37, H. 1, S. 43.

„rheinisch-westfälischen Schwerindustrie ein besonders wichtiger Wetterwinkel vor, [...] aus dem die Schwankungen der Produktion ihren Ausgang“ nähmen. Sie müsse „daher das besondere Interesse der wirtschaftlichen Wetterwarten auf sich ziehen“.

In welchem Maße dieses ambitionöse Programm, das Däbritz im Mai 1926 in Essen den Geschäftsführern und „geladenen Gästen“ der „Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriebezirks“ vorstellte,¹¹⁴ umgesetzt wurde, ist den *Konjunkturberichten* der Essener Abteilung des IfK zu entnehmen.

1.3 Forschung und Publikationen der Abteilung Westen

1.3.1 Die Statistische Stelle der Ruhrgebietskammern und erste *Konjunkturberichte der Abteilung Westen*

Bevor die Abteilung Westen des IfK gegründet wurde, hatten die Kammern des Ruhrgebiets eine gemeinsame Statistische Stelle eingerichtet. Im Februar 1921 war auf einer Besprechung bei der Essener Handelskammer vereinbart worden, sie bei der „Niederrheinischen Handelskammer Duisburg-Wesel“ anzusiedeln. Neben Essen und Duisburg trugen die Kammern aus Bochum und Dortmund diese „Statistische Hauptstelle der Handelskammern im Ruhrbezirk“, die ein „Wirtschaftsjahrbuch für den Ruhrbezirk“ und ein statistisches Taschenbuch herausgeben sollte.¹¹⁵

Geplant war die „Anstellung eines national-oekonomisch gebildeten Herrn, der unter der Oberleitung des Unterzeichneten [Most, Erster Syndikus der HK Duisburg] die statistischen Arbeiten in die Hand nehmen soll“. In dem von Most unterzeichneten programmatischen Papier waren die getroffenen Vereinbarungen bündig zusammengefasst. Die in Duisburg verankerte „zentralstatistische Stelle“ habe „den statistischen Teil für das Wirtschaftsjahrbuch des Ruhrbezirks zu bearbeiten; [...] sämtliches erreichbare wirtschaftliche und statistische Material bezgl. des Industriebezirks zu sammeln und den beteiligten Handelskammern zur Verfügung zu stellen; [...] statistische Erhebungen im Bereich der beteiligten Handelskammern auf Wunsch einer der Letzteren oder von sich aus durchzuführen.“ Die laufenden Kosten der Stelle sollten zu je 4.000 Mark Jahresbeitrag von den beteiligten Kammern aufgebracht werden.¹¹⁶

Im Herbst 1921 erschienen bereits vorläufige statistische Monatsübersichten. In Zukunft sollten die Übersichten auch die Handelskammerbezirke Köln und Düsseldorf

¹¹⁴ RWI-Archiv Akte Chronik: Vortrag Nr. 2.

¹¹⁵ Siehe WWA K1 Nr. 499, Brief Mosts (Duisburg) an die HK Dortmund vom 7.3.1921. Siehe dort vor allem „Betrifft: Gemeinsame Statistik des Ruhrbezirks“, von Most, Duisburg-Ruhrort, 8.3.1921. Die folgenden Zitate stammen aus diesen Quellen.

¹¹⁶ Von der zunächst nicht direkt an der Vereinbarung beteiligten Kammer in Münster wurden 2.000 Mark „entsprechend der Beteiligung nur eines Teils des Gebietes in unserem Bezirk“ erwartet. Der Zweckverband nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen sollte 6.000 Mark beisteuern.

abdecken und in einer Auflage von 6.000 Exemplaren publiziert werden.¹¹⁷ An den zu behandelnden Themen und der Erscheinungsweise dieser Monatsübersichten, die im März 1922 auch „Konjunkturübersichten“ hießen, wurde ständig gearbeitet.¹¹⁸ Most schlug vor, dass sie „unmittelbare praktische Bedeutung“ haben und „in knappster Weise – etwa im Ausmass von 2 Seiten – einige Hauptdaten aus dem Wirtschaftsleben des verflossenen Monats mit kurzen textlichen Erläuterungen“ bringen sollten. Sie müssten „spätestens 10 Tage nach Monatsschluss“ herauskommen. Über die Kammern seien sie den interessierten Firmen zuzuschicken. Als Anhang war dem Brief ein „Rohplan“ zum „Hauptinhalt der Monatsübersichten“ beigelegt: „Valuta, Teuerung,¹¹⁹ Börsenkurse, Produktion“, untergliedert nach „Bergbau“, „Stahl und Eisen“ sowie „Textilerzeugnissen“; „Schiffahrt“, „Eisenbahnverkehr“ mit der „Wagenstellung“; „monatliche Betriebsergebnisse des R.W.E. und anderer typischer industrieller Grosswerke“; „Ein- und Auszahlung öffentlicher Sparkassen: bei einigen grösseren Städten“; „Arbeitsmarkt: Arbeitsnachweise einiger grösserer Städte“; „Erwerbslosigkeit: Stand in einigen grösseren Städten.“

Über die periodische Berichterstattung hinaus sollten größere einmalige Themen behandelt werden. So wurde als „Hauptsonderaufgabe“ der Statistischen Stelle eine Auswertung der nächsten Volks-, Betriebs- und Berufszählung speziell für das rheinisch-westfälische Industriegebiet bedacht, „die auf Grund der besonderen Ortskenntnis weit intensiver bearbeitet und viel schneller [würde] herauskommen können wie die Publikation des Statistischen Reichsamts.“

Die Essener Kammer stimmte Mosts Plänen inhaltlich zu, doch in ihrer auch den anderen Kammern des Ruhrgebiets übermittelten Antwort schlug sie (Rechlin) vor, die statistischen Monatsberichte im gemeinsamen Presseorgan der Kammern, den *Wirtschaftlichen Nachrichten*, zu veröffentlichen.¹²⁰ Für den Monat April 1922 erhielten die angeschlossenen Kammern schließlich am 19. Mai 1922 eine „Probenummer“ der umfassend konzipierten statistischen Monatsberichte.¹²¹ Die Nummer bestand aus viereinhalb hektographierten Seiten. Die Bereiche Verkehr und Arbeitsmarkt stachen mit detaillierten Zahlen hervor, während die dürftige Produktionsstatistik lediglich einige Tonnenangaben zur Kohle machte. Ausführliche wöchentliche Reichsbankausweise, „Effektenkurse“ einiger schwerindustrieller Unternehmen und „Devisen-

117 Brief von der HK Duisburg an die HK Dortmund vom 4.12.1921, WWA K1 Nr. 499.

118 Siehe dazu den Brief von der HK Duisburg an die HK Dortmund vom 15.3.1922, WWA K1 Nr. 499.

119 Im März 1922 hatte die große Inflation die deutsche Wirtschaft mit gewaltigen Preissteigerungen schon erfasst, aber erst im Juli 1922 eskalierte diese zur ungekannten Hyperinflation. Holtfrerich 2016b, S. 228 u. Holtfrerich 1980.

120 Brief der HK Essen an die HK Duisburg vom 12.4.1922, WWA K1 Nr. 499. „Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrbezirk, Amtliches Blatt der Handelskammern Bochum, Dortmund, Duisburg-Wesel u. Essen und des Zweckverbandes Nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen e.V. zu Essen“, 1924 erschien der 5. Jahrgang. Ab 1.10.1925 unter dem Titel „Wirtschaftliche Nachrichten für Rhein und Ruhr“, WWA K1 Nr. 494.

121 Schreiben der HK Duisburg (Gemeinsame Statistische Stelle) an die HK Dortmund vom 19.5.1922, WWA K1 Nr. 499.

kurse“ der Berliner Börse vervollständigten das Bild. Für die geplante Teuerungsstatistik des Ruhrgebiets gab es noch keine Erhebung. Im Anschreiben bat die Statistische Stelle um „Kritik“, „Anregungen und Vorschläge“, um „eine brauchbare Konjunkturstatistik zu liefern“.

Als 1924 die Dachorganisation der deutschen Handelskammern, der DIHT, die Gründung des IfK diskutierte, war den Ruhrgebietskammern durchaus klar, dass damit eine konkurrierende Initiative zu ihrer Statistischen Stelle im Ruhrgebiet erwachsen würde: In einer „Besprechung der Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebiets [haben wir] auf Grund der auch unsererseits in Berlin eingeholten Informationen sowie angesichts der schon lange im hiesigen Gebiet vorhandenen Bestrebungen auf Schaffung einer ausgiebigen Konjunkturstatistik die [...] Entscheidung [aufgeworfen], ob dringenden Bedürfnissen westlicher Kreise entsprechend hiesige Anfänge weiter ausgestaltet oder zugunsten und in Unterstützung der Wagemann'schen Pläne zurückgestellt werden sollen.“¹²² Der Tagesordnung für den DIHT (10.12.1924) war ein ausführliches Konzept zur „Errichtung eines deutschen Instituts für Konjunkturforschung“ beigelegt, das offensichtlich aus der Feder Wagemanns stammte. Anders als auf der bereits beschriebenen Sitzung selbst sah das Konzept eine recht bescheidene Ausstattung vor, vergleichbar mit der Statistischen Stelle: „1 wissenschaftlicher Sekretär und Archivverwalter und 1 oder 2 Schreibkräfte“.¹²³ Der Tenor des Briefes machte deutlich, dass die Ruhrgebietskammern den DIHT bei den weiteren Schritten zur Gründung des IfK stützten und damit möglicherweise die Position der gemeinsamen Statistischen Stelle untergruben.

Dennoch war die Statistische Stelle der Industrie- und Handelskammern auch nach der Gründung des IfK und sodann seiner Abteilung Westen keineswegs obsolet geworden. Sie gehörte zum etablierten Arbeitsprogramm der Kammern des nieder-rheinisch-westfälischen Industriegebietes.¹²⁴ In einer Abhandlung über die „Aufgabe und Abgrenzung der Arbeiten der gemeinsamen statistischen Stelle der Kammern der Arbeitsgemeinschaft und des Instituts für Konjunkturforschung Abtl. Westen“¹²⁵ vom Frühjahr 1927 wurde als Zweck der Statistischen Stelle herausgearbeitet, „das niederrheinisch-westfälische Industriegebiet auf seine wirtschaftliche Struktur hin statistisch zu erfassen und zu untersuchen, und [...] laufend in Jahresstatistiken Bericht zu erstatten.“ Neben dem Sammeln verstreuter Statistiken sollten „Primär-Statistiken auf Grund eigener Erhebungen eine besondere Rolle“ spielen. Dabei gehe es der Stelle

¹²² Brief Mosts (HK Duisburg) an den DIHT vom 21.11.1924, WWA K1 Nr. 571.

¹²³ Anlage zu Punkt 4 der Tagesordnung der Hauptausschuss – Sitzung vom 10.12.1924, WWA K1 Nr. 571. Auf der Sitzung selbst bezifferte Wagemann die „verhältnismäßig bescheidenen Mittel [...] für den Anfang“ auf 100.000 Mark. BA R2501/6834 Bericht Wagemanns vor dem DIHT am 10.12.1924.

¹²⁴ Siehe „Räumliche Abgrenzung des Arbeitsgebietes der gemeinsamen Statistischen Stelle“, dort sind die von der Stelle einbezogenen Stadt- und Landkreise der Regierungsbezirke Münster, Arnsberg und Düsseldorf aufgeführt. Geschäftsführerbesprechung der Arbeitsgemeinschaftskammern, 11.11.1927. WWA K1 Nr. 499.

¹²⁵ Eingangsstempel der IHK Dortmund 12.4.1927, WWA K1 Nr. 499.

„vornehmlich um die statistische Erfassung der Wirtschaft des Industriebezirks in der Ruhelage“. Wesentlich verschieden davon sei die Aufgabe des IfK. Es habe „die Bewegung festzustellen und zwar innerhalb kürzester Zeiträume [...] mit dem Zweck, neben einer Diagnose auch schon eine Prognose geben zu können.“ Überschneidungen bzw. Gemeinsamkeiten beim zu bearbeitenden statistischen Material wurden durchaus gesehen. Dennoch legte man Wert auf Arbeitsteilung und strikte Trennung beider Stellen, und zwar in Analogie zum Berliner IfK und dem Statistischen Reichsamt. Die Statistische Stelle habe vor allem die dienende Funktion, den Industrie- und Handelskammern auf Anweisung zuzuarbeiten. Das Inhaltsverzeichnis für das von der Stelle herausgegebene statistische Jahrbuch umfasste mehrere Seiten.¹²⁶ In breiter thematischer Vielfalt wurden nicht nur Statistiken des Ruhrbezirks aufgeführt, sondern auch z.B. „Preise und Teuerung“ vom Statistischen Reichsamt (Großhandelsindex), „Indexziffern der Frankfurter Zeitung“ und Kohle- und Eisenpreise verschiedener Länder. Mit spezifischen Erhebungen unterstützte die Statistische Stelle die Haltung der Kammern zur Kommunalpolitik im Ruhrgebiet: So gaben die Gemeinden „über das gesetzliche Maß an Bar-Sachleistungen hinaus“ freiwillig mehr für „Wohlfahrtszwecke“ aus, was „trotz entsprechender Vereinbarungen der Gemeinden unter sich allem Anschein nach nicht unerheblich [...] differierte.“ In einer Übersicht erschienen „die Einnahmen und Ausgaben der Haushaltspläne für Wohlfahrtszwecke“ in den größeren Städten (ab 20.000 Einwohnern) für die Jahre 1924 bis 1927.¹²⁷ Eine weitere Aufgabe war 1928 eine umfangreiche Zusammenstellung aus der Gewerbestatistik.¹²⁸ Die Kammern lehnten die von der Stelle geplante Erhebung zur Einzelhandelsstatistik allerdings ab.¹²⁹

Der „Finanzierungsplan“ 1927/28 belastete die sechs beteiligten Kammern mit jeweils 1.500 RM für die Statistische Stelle, was die „Kammern Bochum, Dortmund, Duisburg-Wesel, Essen und Krefeld (unter Vorbehalt)“ im Mai 1927 tatsächlich beschlossen.¹³⁰ Aus dem Jahresetat von 9.000 RM sollten eine wissenschaftliche Kraft (4.800 RM), eine Stenotypistin (1.800 RM) und darüber hinaus Sachkosten finanziert werden.¹³¹ Demgegenüber erhielt das Essener Institut 1927 10.000 RM von den Kam-

126 Die inhaltliche Gestaltung des Jahrbuchs wurde 1928 heftig diskutiert, zumal mit den noch zu erörternden „Wirtschaftszahlen Westen“ des Essener Instituts 1928 eine konkurrierende Publikation erschien. Siehe das Protokoll über Besprechungen des Statistischen Beirats der IHK vom 3.11.1928 und den 12 Seiten umfassenden Arbeitsplan für das Statistische Jahrbuch 1929 in der Akte WWA K1 Nr. 499.

127 Gemeinsame Statistische Stelle an die IHK Dortmund vom 27.1.1926, WWA K1 Nr. 499.

128 Siehe den Briefwechsel zwischen der gemeinsamen Statistischen Stelle und der IHK Dortmund vom 27.1.1928, 17.3.1928, 19.3.1928, 4.4.1928, WWA K1 Nr. 499. Das Ergebnis der vierwöchigen Arbeit, bei den „Gewerbeaufsichtsämtern aus ungefähr 6000 Kartotheckarten“ Zahlen herauszuziehen, wurde in „132 Tabellen“ übertragen. Siehe die Notiz für Martin vom 12.4.1928 in WWA K1 Nr. 499.

129 Brief der IHK Dortmund an die IHK Duisburg vom 5.4.1928, WWA K1 Nr. 499.

130 Niederschrift über die Geschäftsführerbesprechung der Arbeitsgemeinschaftskammern, 9.5.1927. WWA K1 Nr. 499. Die Kammer Münster hatte noch keinen Beschluss gefasst.

131 Aufgabe und Abgrenzung der Arbeiten der Gemeinsamen Statistischen Stelle [...], WWA K1 Nr. 499.

mern.¹³² Die weitere Entwicklung der Statistischen Stelle in Duisburg wird hier nicht mehr diskutiert, da sie als konkurrierende Institution für das Essener Institut in den Hintergrund trat. Allerdings wurde der Finanzierungsspielraum der Kammern für die Abteilung Westen des IfK vom weiteren Finanzbedarf der Statistischen Stelle durchaus beeinflusst.¹³³

Nach dem von Däbritz in seinem Vortrag vom Mai 1926 vorgelegten Entwurf über die „Aufgaben des Instituts für Konjunkturforschung, Abteilung Westen“ in Essen vor der „Geschäftsführerkonferenz der Ruhrgebietskammern“ sollten Wirtschaftszahlen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks umfassend erhoben werden. Es war sogar geplant, „das Material monatlich zu gruppieren [...] und vielleicht Wochenzahlen zu bringen.“¹³⁴ Mit der Datensammlung „Wirtschaftszahlen «Westen» abgeschlossen Ende Dezember 1926“ legte das Essener Institut seine wahrscheinlich ersten Arbeitsergebnisse vor.¹³⁵ Fünf eng bedruckte Seiten führten in tabellarischer Form Monatszahlen in physischen Größen (wie Tonnen) von Januar bis November 1926 auf: Die „Gütererzeugung“ erfasste den „Steinkohlebergbau im Ruhrbezirk“ mit der monatlichen und arbeitstäglichen „Steinkohleförderung“, „Kokserzeugung“ und „Preßkohलगewinnung“ (Briketts), die „Haldenbestände ohne Syndikatslager“ etc. Gesondert erschienen Produktions- und Absatzzahlen der Kartelle wie die des „Rhein.-Westf. Kohlsyndikats“, der „Deutschen Ammoniak-Verkaufsvereinigung“, des „Benzol-Verbands“ und die der „Verkaufsvereinigung für Teererzeugnisse“. Abgedeckt wurden ebenfalls der „Braunkohlenbergbau im rheinischen Bezirk“, die „Eisenindustrie“, die „Bautätigkeit“ und noch „verschiedene Industrien“ wie „Gas-erzeugung“ und die „Ziegelindustrie“. Allerdings blieben große Bereiche wie die Textilindustrie, die Metallindustrie oder der Maschinenbau unberücksichtigt. Die Sektoren „Verkehr“, „Handel“ („Außenhandel“ für Deutschland und „Binnenhandel“) wurden hingegen behandelt. Neben den Preisen schwerindustrieller Produkte waren Holz- und Getreidepreise verzeichnet. Bei schwerindustriellen Arbeitern waren die Löhne (RM je Schicht) erhoben. Für das Geld- und Bankwesen (Spareinlagen, Giro Guthaben jeweils zum Monatsende, Konkurse) und die Bevölkerungsbewegung

132 WWA K2 Nr. 259.

133 Die IHK Krefeld und IHK Münster führten 1927 gegen Beiträge für die Abteilung Westen des IfK an, dass man bereits die bestehende „gemeinsame statistische Stelle“ in Duisburg finanziere. Siehe Auszug aus der Geschäftsführerbesprechung der Arbeitsgemeinschaftskammern vom 9. 5. 1927. WWA K1 Nr. 571. Als 1931 über die Neufestsetzung der Beiträge für das Rechnungsjahr 1932/33 diskutiert wurde, wollte die IHK Essen für das Essener Institut 500 RM und für die „Statistische Stelle in Duisburg-Ruhrort“ sogar 1.200 RM bereitstellen. Siehe Niederschrift der Geschäftsführerbesprechung des Zweckverbandes vom 2. 4. 1931, WWA K2 Nr. 259.

134 Siehe RWI-Archiv Akte Chronik: Vortrag Nr. 2, S. 16. Siehe auch zum Referat von Däbritz die „Niederschrift über die Geschäftsführerbesprechung der Vereinigung von Industrie- und Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes“, 21. 5. 1926, WWA K2 Nr. 259 u. K1 Nr. 970.

135 WWA K1 Nr. 571. Es ist nicht klar, ob zu den Tabellen noch ein Textteil gehört, der in der Quelle nicht überliefert ist.

waren nur wenige Zahlen aufgeführt. Der „Beschäftigungsgrad“ erfasste neben den monatlichen Zahlen zu schwerindustriellen Arbeitern umfangreich auch „arbeitssuchende Bergarbeiter“ und „unterstützte Erwerbslose“.

Einen Monat später, im Januar 1927, veröffentlichte Däbritz seinen vorrangig programmatischen Aufsatz: „Der rheinisch-westfälische Industriebezirk als Objekt der Konjunkturforschung“ in den *Wirtschaftlichen Nachrichten für Rhein und Ruhr*, also dem Presseorgan der Ruhrgebietskammern.¹³⁶ Neben grundsätzlichen Erörterungen über den „Industriebezirk“ als solchen, die Merkmale und die räumliche Abgrenzung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, untermauert mit Statistiken, befasste sich Däbritz mit den Besonderheiten einer regionalen Konjunkturforschung. Als Datengrundlage seien „sowohl amtliche wie private Statistiken“ heranzuziehen. Besondere Bedeutung komme den noch nicht vorliegenden Ergebnissen der „Betriebszählung von 1925“ zu. Halbamtliche und private Statistiken galten Däbritz als wichtige zusätzliche Quellen. Hier schlug zu Buche, dass die Wirtschaft der Weimarer Republik und vor allem des Ruhrgebiets von Kartellen beherrscht wurde, die zum eigenen Funktionieren eine ausgefeilte statistische Berichterstattung von den ihnen angeschlossenen Unternehmen verlangten. Als Beispiele nannte Däbritz u. a. die Statistik der „Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“, des „Vereins für die bergbaulichen Interessen“, des „Siegerländer Eisensteinvereins“, des „Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats“, des „Rheinischen Braunkohlesyndikats“, des „Roheisenverbandes“, des „Stahlwerksverbandes“ etc. Das vorgestellte Arbeitsprogramm der Abteilung Westen mit den zu erfassenden „Wirtschaftszahlen“ schloss nahtlos an frühere Ausführungen von Däbritz an, z. B. an den Entwurf, den er in seiner Rede vom Mai 1926 vor der „Geschäftsführerkonferenz der Ruhrgebietskammern“ skizzierte. In diesem Artikel vom Januar 1927 entwickelte er den Aufgabenkatalog dann ausführlicher und systematischer.¹³⁷

Praktisch umgesetzt wurde das Programm in den noch „streng vertraulich [...] nicht für die Öffentlichkeit bestimmt“ gehaltenen „Monatsberichten der Abteilung „Westen“, Essen, des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin.“ Diese gedruckten Probehefte der „eigentlichen Konjunkturberichterstattung“ wurden zunächst einem

¹³⁶ Siehe den Sonderdruck vom 6.1.1927, WWA K1 Nr. 571. Mitherausgeber der Zeitschrift war der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ (kürzer als „Langnamverein“ bekannt). Vgl. Kulla 1996, S. 77. Auf die dort seit Januar 1927 erschienene „Auslese“ der „Wirtschaftszahlen Westen“, auf die Däbritz im Vorwort zum gleichlautenden Werk von 1928 verwies, wird hier nicht eingegangen.

¹³⁷ Siehe auch die kurze Abhandlung „Ziele der neueren Konjunkturforschung“, die Däbritz der IHK Dortmund mit dem Anschreiben vom 3.3.1928 schickte (WWA K1 Nr. 571). Im Jahresbericht des IfK für das Geschäftsjahr 1927/28 waren die Monatshefte bereits angekündigt worden: „Demnächst wird die Abteilung „Westen“ Monatshefte herausgeben, die gegenwärtig vorbereitet werden.“ BayHStA MHIG/1074.

„begrenzten Kreis von Interessenten zugänglich“¹³⁸ gemacht, bevor die *Konjunkturberichte der Abteilung Westen* von 1929 an für die Öffentlichkeit erschienen.¹³⁹

Im Westfälischen Wirtschaftsarchiv finden sich zwei der „vertraulichen“ Monatsberichte: Einer „abgeschlossen Anfang November 1927“, der andere von „Anfang Dezember 1927“.¹⁴⁰ Die 21 eng bedruckten Seiten des umfassenden Novemberhefts enthielten im Wesentlichen einen langen analytischen Textteil mit zahlreichen eingestreuten Diagrammen und am Schluss eine zwei Seiten lange Tabelle. In der „allgemeinen Übersicht“ wurde eine Tabelle über das zweite und dritte Quartal 1927 und das dritte Quartal 1926 mit Indexwerten (der Durchschnitt der Monatswerte von 1926 wurde gleich 100 gesetzt) von 30 Indikatoren präsentiert: Sie entsprachen in etwa denen der bereits beschriebenen Datensammlung, die im Dezember 1926 vorgelegt worden war. Die Konzentration auf die Schwerindustrie blieb erhalten. Mit der Methode, Indexwerte per Quartal zu vergleichen, glaubte man „in einfacher Weise die saisonmäßigen Schwankungen auszuschalten.“ Anhand der Indikatoren wurde die Wirtschaftslage bzw. die konjunkturelle Veränderung zum Vorjahr erörtert. Spezifische Ereignisse, wie der britische Bergarbeiterstreik 1926, gingen in die Diskussion ein. Im „besonderen Teil“ wurde, abgestützt mit Kurven über die monatliche Bewegung der Indexwerte (Durchschnitt der Monatswerte von 1913 = 100) für 1926 und 1927 (bis September), der Konjunkturverlauf für die gesamte „Gütererzeugung“ sowie für einzelne Zweige beschrieben. Der Produktionsindex für das „Gesamtvolumen“ umfasste „Kohle, Koks, Preßkohle, Braunkohle, Preßbraunkohle, Roheisen, Walzwerkserzeugnisse. Zur Errechnung der Indexziffer wurden die arbeitstäglich ermittelten Produktionsmengen wertmäßig gewichtet. Das Ergebnis wurde auf den entsprechenden Durchschnitt des Jahres 1913 (dieser gleich 100 gesetzt) bezogen.“ In den besonderen Teil gingen auch die „Maschinenbauindustrie“, „Kleisenindustrie“, „Bauindustrie“ und die „Textilindustrie“ ein. Weiterhin wurde als Konjunkturindikator unter „Läger und Bestände“ der Haldenbestand des Ruhrbergbaus herangezogen. Beim Güterabsatz griff man vor allem auf den „arbeitstäglich Gesamtabsatz des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats“ zurück. Für den „Beschäftigungsgrad“ spielten neben den Beschäftigten auch die „Beschäftigungslosen“ und die „unterstützten Erwerbslosen“ eine Rolle. Der „Güterverkehr“ wurde u. a. über die „Wagengestellung für Ruhrkohle“ und die „Brennstoffabfuhr aus den Duisburg-Ruhrorter Häfen“ erfasst. Für die Preisentwicklung der „Produktionsmittel“ bildete man einen Index aus den Preisen für „Steinkohle, Hochofenkoks, Gießereiroheisen, und Trägern (Basis Ruhrgebiet)“. Die Gewichtung und die spezifischen Preisnotierungen sind allerdings nicht beschrieben. Zwei Grafiken über die Lohnentwicklung schlossen den „besonderen

138 Anschreiben des IfK (Abt. Westen) an die IHK Dortmund vom 6.1.1928 zu den beiden überreichten Monatsberichten, WWA K1 Nr. 571. Siehe zudem KB 1937, H. 3, (Vier Jahre Wirtschaftsaufstieg), Vorwort von Däbritz S. V.

139 RWI-Archiv Akte Chronik: Entstehung.

140 WWA K1 Nr. 571. Drei weitere Probehefte erschienen bis Juni 1928. Sie sind ohne Signatur in der Bibliothek des RWI vorhanden.

Teil“ ab. Auf zwei Seiten folgten die „Stimmen der Wirtschaft“. Hier gaben prominente Wirtschaftsführer ihre Einschätzung zur „Lage“ ab, die sie zuvor auf „Vollversammlungen“ der IHK, in Beiträgen zu Tageszeitungen, auf Hauptversammlungen von großen Firmen, vor der Mitgliederversammlung von Kartellen und auf Fachtagungen vorgetragen hatten. Literaturhinweise rundeten den Textteil ab. Die abschließende Tabelle brachte auf zwei Seiten detaillierte Monatszahlen (Januar bis September 1927) unter der Überschrift „Wirtschaftszahlen Westen“. Die Kategorien korrespondierten mit den Indikatoren, die im allgemeinen und besonderen Teil bereits auftauchten.

Die „Monatsberichte“ von „Anfang Dezember 1927“ enthielten keinen Tabellenanhang, die Daten und Diagramme waren vielmehr in den Textteil eingebunden. Neben dem „Bericht über die Wirtschaftslage in den Monaten Oktober/November 1927“, der die Lage anhand der schon genannten Indikatoren skizzierte, brachte die zehnsseitige gedruckte Schrift zwei spezielle Abhandlungen: „Konjunktursymptome am rheinisch-westfälischen Schrottmarkt“ und die „Wanderungsbilanz 1910 – 1925 im rheinisch-westfälischen Industriebezirk“. Die demographische Erörterung basierte auf den beiden Volkszählungen von 1910 und 1925. Daraus wurden die Daten für die rheinisch-westfälischen Regierungsbezirke und 16 Großstädte extrahiert. Schrottpreise und -verbrauch „pflegten [...] die Konjunkturschwankungen besonders stark auszuprägen.“ Ein Diagramm mit monatlichen Werten von Juli 1924 bis Juni 1926 machte deutlich, dass der „Schrottpreis in jüngster Zeit an Konjunktorempfindlichkeit wesentlich eingebüßt“ hatte. Zur Erklärung diente die seit dem Herbst 1926 eingerichtete zentrale Schrotteinkaufsstelle, also ein Einkaufskartell, das 70 Prozent des rheinisch-westfälischen Einkaufs befriedigte. Weiterhin wurden die unterschiedlichen Produktionsbedingungen von Thomas- und Martinstahl im Konjunkturverlauf in ihrer unterschiedlichen Verflechtung mit vorgelagerten Produktionsstufen bzw. Inputs (Roheisen und Schrott) diskutiert.

Der Abteilung Westen war „vor endgültiger Ausgabe der „Monatsberichte“ [...] an positiver Kritik der Wirtschaft und an einem Urteil darüber gelegen, ob sich ihre Arbeit in der Praxis als brauchbar erweist“. ¹⁴¹ Wie der begrenzte Empfängerkreis reagierte, war nicht zu erschließen. Jedoch lässt sich aus den ersten Arbeiten des Essener Instituts bereits eine weitgehende Kontinuität der quantitativ erfassten Indikatoren feststellen. In der Art der Darstellung, in der quantitativen und textlichen Analyse und in den thematischen Schwerpunkten hatten diese Probehefte noch experimentellen Charakter, wobei man nach einer einheitlichen schematischen Darstellung offensichtlich noch suchte. Diese umfangreiche Datensammlung konnte nur aufgrund der Auskünfte von Unternehmen sowie von privatwirtschaftlichen und staatlichen Organisationen erstellt werden. Däbritz war es offensichtlich gelungen, breite Kreise zur Kooperation und Datenlieferung zu gewinnen. ¹⁴² Das „Institut für Konjunkturfor-

¹⁴¹ Brief des IfK (Abt. Westen) an die IHK Dortmund vom 6.1.1928, WWA K1 Nr. 571.

¹⁴² Dies war keineswegs selbstverständlich. Z.B. wurde der Zugriff der Kammern auf gewerbestatistische Unterlagen der Gewerbeinspektion von der Zustimmung des preußischen Handelsminis-

schung (Essen)“ schickte den Firmen Fragebögen zu, deren Beantwortung die Industrie- und Handelskammern empfohlen hatten. In einem Fall kam es zu „Beschwerden [...] darüber, dass die Ausfüllung der Fragebogen zu einer grossen Überlastung des Betriebs geführt“ und diese Firma sich wegen der „Belästigung [...] an die Kammer Essen gewandt habe. Bei den übrigen Kammern sind Beschwerden dieser Art nicht erhoben worden.“ Die Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaftskammern „beschlossen in solchen Fällen auf die Firmen einzuwirken, den Fragebogen zu beantworten.“¹⁴³

Als erste größere, der Öffentlichkeit vorgelegte Arbeit kamen die Ende Juni 1928 abgeschlossenen „Wirtschaftszahlen Westen“¹⁴⁴ heraus. Deren Veröffentlichung als „Handbuch“ hatte Däbritz auf der Kuratoriumssitzung des IfK in Berlin am 18. Juli 1928, in der er „auf Wunsch verschiedener Kuratoriumsmitglieder [...] über die Organisation und den Arbeitsplan“ der Essener Zweigstelle berichtete, angekündigt.¹⁴⁵ Nach dem Sitzungsprotokoll sei die „Abteilung „Westen“ [...] lediglich eine auswärtige Abteilung des Berliner Zentralinstituts [...] und [arbeite] somit in engster Fühlung und unter Kontrolle der Berliner Zentrale [...] die Gelder [würden] durch die verschiedenen Interessengruppen des Ruhrgebiets aufgebracht. Der Aufgabenkreis umfasse das gesamte Industriegebiet im Westen. Die Materialbeschaffung sei außerordentlich schwierig. Das bisher gesammelte Material gedenke die Abteilung „Westen“ demnächst in einem Handbuch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das jeweils anfallende Material und die daraus gestellten Diagnosen wolle man in Form von Monatsberichten herausgeben, deren Erscheinen von Wirtschaft und Verwaltung des Westens lebhaft begrüßt werde.“

Das 164 Seiten umfassende Handbuch „Wirtschaftszahlen Westen“ bestand in der Tat nach einer knappen Einleitung von Däbritz fast nur aus Zahlen: Nach der Tabelle 1 zur Fläche und u. a. Einwohnerzahl (1910 und 1925) des rheinisch-westfälischen Industriebezirks (8,7 und 9,9 Mio.) und des Reichs (57,8 und 62,3 Mio.) folgten im I. Teil 80 Tabellen mit Monatsübersichten und im II. Teil Jahresübersichten in einer einzigen sechzehnseitigen Tabelle. Eine Karte zum rheinisch-westfälischen Industriebezirk und eine Kurzbeschreibung seiner sechs Einzelbezirke mit den jeweils wichtigsten Industrien beschloss das Werk. Im Vorwort verwies Däbritz darauf, dass die begrenzte Auswahl von Wirtschaftszahlen, die seit dem Januar 1927 im wöchentlichen Organ der IHK und zweier Interessenverbände, „Rhein und Ruhr“, erschienen

ters abhängig gemacht. Siehe Brief der IHK Münster an die anderen IHK der Arbeitsgemeinschaft vom 31.10.1927, WWA K1 Nr. 499. Auch stieß die Statistische Stelle auf Widerstände bei den Statistischen Ämtern der Gemeinden, die teilweise die von der Stelle geschickten Fragebögen nicht beantworteten. Siehe Brief der Statistischen Stelle an die IHK Dortmund vom 10.7.1929, WWA K1 Nr. 499.

143 Sitzung vom 18.10.1928, WWA K2 Nr. 259.

144 Institut für Konjunkturforschung, Abteilung Westen, Essen (Hg.), Wirtschaftszahlen Westen, Konjunkturstatistik des rheinisch-westfälischen Industriebezirks und Westdeutschlands, Berlin: Verlag von Reimar Hobbing 1928.

145 GStA PK I. HA Rep 120 C VIII 2a Nr. 33, Bd. 1, F. 203.

waren, „in wesentlich erweiterter Gestalt dargeboten und zeitlich nach rückwärts ergänzt“ worden seien. Die regionale Abgrenzung „umfaßt den industriellen Teil des deutschen Westens“ mit dem Ruhrgebiet als „Kernstück“. Für die Konjunkturbeobachtung bedürfe es „zum mindesten monatlicher Angaben“. Die Monatsstatistiken wurden „nach Möglichkeit seit 1924, dem ersten Jahr nach der Währungsstabilisierung“, und mit 1913 als Vergleichsjahr zusammengestellt. Däbritz konzedierte, dass die Daten trotz umfangreicher eigener statistischer Vorarbeiten nicht lückenlos mobilisiert werden konnten. Er hoffte, die „bestehenden Lücken“ würden die „Wirtschaftspraxis“ anregen, „zu ihrer Beseitigung beizutragen.“ Die präsentierte Datenerfüllung ist aber überwältigend. Neben beobachtbaren Zahlen wurden auch synthetische Konstrukte wie der Produktionsindex gebracht. Dieser monatlich von Januar 1924 bis Mai 1928 ermittelte Index wurde so berechnet wie für den „Monatsbericht“ Anfang November 1927. Im Wesentlichen deckten die Zahlen die Bereiche wie zuvor in den Monatsberichten ab, allerdings über einen größeren Zeitraum und mit deutlich verfeinert erfassten Kategorien, z. B. beim Absatz. Dennoch berücksichtigten die Tabellen keine anderen Industriesektoren als die Schwerindustrie, also Kohle und Eisen. Preise, Löhne und der Arbeitsmarkt hingegen wurden deutlich umfassender als zuvor in den Monatsberichten dargeboten. Die Jahresübersichten spiegelten dieselben Kategorien wider.

In einem Rundschreiben an seine Mitglieder lobte der Langnamverein diese Veröffentlichung des Essener Instituts:¹⁴⁶ Der Inhalt des Werkes sei „recht vielseitig“ und ermögliche „insbesondere an Hand bisher noch nicht bekannt gegebener Zahlen aufschlussreiche Einblicke in das Wirtschaftsleben Westdeutschlands.“ Die Abteilung Westen hatte somit nicht nur bekannte Statistiken anders zusammengestellt, sondern über ihre Informationskanäle selbst neues Datenmaterial erhoben. Die Statistische Stelle verglich ihr Jahrbuch mit den „Wirtschaftszahlen Westen“:¹⁴⁷ Räumlich habe die Essener Erfassung mit dem „ganzen industriellen Teil des deutschen Westens“ einen größeren Radius. Während die Stelle es als ihre primäre Aufgabe sehe, „ein Bild der wirtschaftlichen Struktur“ und „die Wirtschaft des niederrheinisch-westfälischen Industriegebiets in ihrer Ruhelage“ wiederzugeben, untersuche das IfK (Essen) dagegen „in den Wirtschaftszahlen Westen die Bewegung der Wirtschaft im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet“. Zwar würden dieselben oder ähnliche Kategorien erfasst, jedoch bringe das Statistische Jahrbuch in „horizontaler“ Anordnung vorwiegend Jahreszahlen, soweit wie möglich nach Kammerbezirken getrennt, während das IfK in „vertikaler“ Ausrichtung vor allem Monats- und Indexzahlen wiedergebe. Schließlich wurden die statistischen Größen jeweils synoptisch gegenübergestellt.

¹⁴⁶ Rundschreiben des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, 19.9.1928, WWA K2 Nr. 259.

¹⁴⁷ WWA K1 Nr. 499, Eingangsstempel der IHK Dortmund, 30.10.1928. Siehe auch Fischer (1965, S. 334f.), der für seine umfangreiche Tabelle für die Jahre 1926 bis 1930 das Jahrbuch auswertete.

Als eigenständiges Werk wurde das Handbuch „Wirtschaftszahlen Westen“ von 1928 nicht wieder herausgegeben. Die „Zahlen und Kurven“ der „Vier Jahre Wirtschaftsaufstieg im rheinisch-westfälischen Industriebezirk“, zugleich 1937 Heft 3 des 8. Jahrgangs der *Konjunkturberichte*, und die „Wirtschaftszahlen Westen“ im Doppelheft des *Konjunkturberichts* von 1938/39¹⁴⁸ knüpfen allerdings an die Veröffentlichung von 1928 an.¹⁴⁹ In diesen *Konjunkturberichten* des Essener Instituts erschienen von 1929 bis 1938/39 regelmäßig die Forschungsergebnisse der Abteilung Westen.¹⁵⁰ Sie führten damit die ersten bereits diskutierten Berichte fort, die vorher unregelmäßig als Probehefte „nur einem engeren Kreis von Interessenten zugänglich gemacht“ worden waren.¹⁵¹

1.3.2 *Konjunkturberichte der Abteilung Westen 1929 – 1939*

Die *Konjunkturberichte* (KB) von 1929 bis 1939 decken die Zeitspanne ab, in der die Weltwirtschaftskrise zum Dreh- und Angelpunkt der deutschen Geschichte wurde: Der Wirtschaftsaufschwung nach der Währungsstabilisierung (1923) brach Ende der 1920er Jahre mit der Weltwirtschaftskrise ab. Nach dem konjunkturellen Tiefpunkt 1932 wurde mit der Kanzlerschaft Hitlers (1933) das politische System der Weimarer Republik beseitigt und ein Wirtschaftsaufschwung durch staatliche Maßnahmen verstärkt und schließlich nahtlos von der „Arbeitsbeschaffung“ in die „Aufrüstung“ und Kriegsvorbereitung auf breiter Front geleitet.

Die *Konjunkturberichte* behielten ihr Muster mit der kurzfristigen Konjunkturbeobachtung, das in der Weimarer Republik entwickelt worden war, bis 1939 bei, obwohl der Konjunkturzyklus selbst in der gelenkten NS-Wirtschaft obsolet geworden war. Bei der Vorstellung dieser Arbeit des Essener Instituts kann es nicht um eine Zusammenfassung, geschweige denn um eine faktische Nachzeichnung der äußerst detaillierten Darstellung kurzfristiger Ereignisse im Monatsrhythmus mit anfänglich sogar sechs Heften pro Jahr gehen. Vielmehr wird hier versucht, den Untersuchungsgegenstand auf der Metaebene einzuordnen. Die *Konjunkturberichte* werden dabei quasi gegen den Strich gelesen, um strukturelle und eher mittelfristige Entwicklungen herauszuarbeiten. Zudem veränderte sich in dieser Phase nicht nur das Konjunkturphänomen selbst, also der Untersuchungsgegenstand des Essener Instituts, sondern auch der interpretatorische Zugriff, in dem die Abteilung Westen des IfK ihr Forschungsobjekt anging. Diese sich gegenseitig bedingenden Veränderungen sollen hier aufgespürt werden. Fast ausschließlich auf die *Konjunkturberichte* selbst gestützt, lässt sich die gewandelte Auffassung aus der „tatsächlichen konjunkturellen Entwicklung“ als Folie oder Hintergrund ableiten oder begründen. Die Darstellung bleibt daher

¹⁴⁸ KB 1938/39 H. 1/2, S. 82–97.

¹⁴⁹ KB 1937, H. 3 (Vier Jahre Wirtschaftsaufstieg).

¹⁵⁰ 1929–1935 je 6 Hefte und 1936/37–1938/39 je 3 Hefte, siehe KB 1929–1939.

¹⁵¹ KB 1937, H. 3 (Vier Jahre Wirtschaftsaufstieg), Vorwort von Däbritz, S. V.

quellennah dicht an den Fakten, Zahlen und Abhandlungen in den Berichten selbst. Die Leistung und der Inhalt der damaligen Essener Forschung werden authentisch so übergebracht, wie sie sich in den *Konjunkturberichten* widerspiegeln. Implizit zeigt sich damit auch, was zeitgenössische Leser der *Konjunkturberichte* wissen konnten.

Nach einem Überblick über die 1920er und 1930er Jahre anhand zweier von der Essener Abteilung selbst entwickelter Indizes wird das gewandelte Konjunkturphänomen in drei aufeinanderfolgenden Stufen herausgearbeitet, nämlich erstens endogene Erklärungsmuster der Konjunktur und ihre Selbstheilungskräfte, zweitens exogene Erklärungsmuster der Konjunktur und ihre Beeinflussung durch Staatsintervention und „Arbeitsbeschaffung“ und schließlich drittens das Verschwinden des Konjunkturphänomens und der Übergang zur Aufrüstung und der gelenkten Wirtschaft. In der dritten Stufe verlor die Abteilung Westen ihren angestammten Untersuchungsgegenstand und wechselte ihren wissenschaftlichen Fokus von der Konjunkturforschung zur Struktur- oder Raumforschung.

Die *Konjunkturberichte* erschienen im Mai 1939 zum letzten Mal, nachdem der Begriff **Konjunktur** schon 1938 offensichtlich als obsolet betrachtet worden war: Trug der Textteil in Heft 2 der *Konjunkturberichte* von 1937/38 noch den Titel „Die **Konjunkturlage** im rheinisch-westfälischen Industriebezirk März 1938“, so änderte sich im nächsten Heft die Überschrift in „Die **Wirtschaftslage** im rheinisch-westfälischen Industriebezirk Sommer 1938“. ¹⁵² Die restlichen Hefte firmierten noch unter der Rubrik *Konjunkturberichte*, inhaltlich waren es aber Wirtschaftsberichte. Das IfK benannte sich 1941 entsprechend, im Grunde verspätet, in Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) um.

In den Heften der *Konjunkturberichte* wurden die Konjunkturentwicklung und die Wirtschaftslage zeitnah beschrieben und analysiert. Das geschah auf der Basis umfangreichen quantitativen Materials, das in der Regel auf Monatsbasis erhoben und präsentiert wurde. ¹⁵³ Da eine „derartige kurzfristige Betrachtungsweise“ die Schwierigkeit in sich berge, „ob die festgestellten Veränderungen der Daten zufälliger, einmaliger Art“ seien „oder aber ob ihnen wesentliche konjunkturelle Bedeutung“ zukomme, überprüfte das Essener Institut „von Zeit zu Zeit die jeweilige konjunkturelle Situation aus einem größeren Abstand heraus“. ¹⁵⁴ Neben analytischen Beiträgen mit einer weiteren zeitlichen Perspektive präsentierte es darin zusammenfassende quantitative Übersichten für größere Zeiträume. So erschienen gelegentlich längere Zeitreihen, etwa 1933, 1937 und 1939, um an die „Wirtschaftszahlen Westen“ von 1928 anzuknüpfen. ¹⁵⁵

152 KB 1937/38, H. 2; 1937/38, H. 3. Hervorhebung R. F.

153 „Den Hauptinhalt der Konjunkturberichte der Abteilung „Westen“ bildet mithin die jeweilige Analyse der neuesten bei ihr anfallenden Daten, insbesondere des von ihr herangezogenen statistischen Materials.“ KB 1933, H. 4, S. 3.

154 KB 1933, H. 4, S. 3 ff.

155 Heft 4 des 5. Jahrgangs der *Konjunkturberichte* (Bewegung wichtiger Wirtschaftsvorgänge des rheinisch-westfälischen Industriebezirks 1926 bis 1933); Heft 3 des 8. Jahrgangs 1937 (Vier Jahre Wirt-

Mit den Monatszahlen der Produktionsindizes „insgesamt“ und „Kohle und Eisen“ bot die Essener Zweigstelle des IfK einen einfachen, aber aussagekräftigen Überblick über die jeweilige konjunkturelle Entwicklung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks und Deutschlands. Die daraus errechneten Jahresdurchschnitte eröffnen auch einen Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Region in der gesamten Zwischenkriegszeit. Mit 1913 und 1924/25 sind Eckdaten aus der Zeit vor der Gründung des Instituts im Jahr 1926 erfasst. Tabelle 1.3–1 gibt die aus den *Konjunkturberichten* zusammengestellten Daten wieder.¹⁵⁶

„Von 1926 bis 1929 hatte sich die rheinisch-westfälische Wirtschaft in einem stetigen Konjunkturanstieg befunden.“¹⁵⁷ Deutlich werden der jähe Abstieg vom Höhepunkt 1929 zum Tiefpunkt 1932 und die folgende Erholung bis 1936.¹⁵⁸ Über die beiden Produktionsindizes in Tabelle 1.3–1 hinaus wurden im März 1934 mit den „Grundlagen und [der] allgemeine[n] Entwicklung des Konjunkturanstiegs“ der Abschwung in der Weltwirtschaftskrise zwischen 1929 und 1932 – im rheinisch-westfälischen Industriebezirk schrumpfte die Industrieproduktion um fast die Hälfte –, der Wendepunkt im Herbst 1932 und die erste Erholungsphase anhand detaillierter Indikatoren für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk erörtert.¹⁵⁹ Im Jahr 1936 war die Erholung von der Weltwirtschaftskrise geschafft, die Produktionsindizes in Tabelle 1.3–1 erreichten 1936/37 wieder das Niveau von 1929. Danach erklommen sie wegen der Aufrüstung neue Höhen.

schaftsaufstieg). Darüber hinaus brachte Anfang 1939 Heft 1/2 des 10. Jahrgangs der *Konjunkturberichte* eine umfangreiche Zusammenstellung der „Wirtschaftszahlen Westen“.

156 Die Daten für 1924, 1925 und 1938 wurden als Durchschnitt von Monatsdaten berechnet. Siehe auch die Zusammenstellung (KB 1932, H. 2, S. 3) für die Jahre 1925 bis 1931 mit einem breiter fundierten Produktionsindex und daher etwas anderen Zahlen. Der konjunkturelle Verlauf ist bis auf das Jahr 1928 (Anstieg statt eines leichten Rückgangs der Produktion) derselbe.

157 KB 1931, H. 5, S. 3. Der Rückgang des Index für Kohle und Eisen im Jahr 1928 war auf die Aussperrung in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie (Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller) im November 1928 und auf den „abnorm strengen Winter“ 1928/29 zurückzuführen. Betroffen waren rund 220.000 Metallarbeiter, die Roheisen- und Rohstahlerzeugung fiel im Dezember um 87 Prozent gegenüber dem Vormonat. KB 1929, H. 1, S. 18–23; KB 1931, H. 1, S. 4. Siehe auch Fischer 1965, S. 337.

158 Siehe auch die beiden Kurven über die Produktionsentwicklung im „Reich“ und im rheinisch-westfälischen Industriebezirk in KB 1936/37, H. 1, S. 49. Der Einbruch bei der Industriebeschäftigung und beim Auslastungsgrad der Betriebe in Deutschland insgesamt wird anschaulich von den monatlichen Daten von Juli 1928 bis September 1935 über die „Zahl der beschäftigten Arbeiter in v.H. der Arbeiterplatzkapazität“ belegt, die das IfK mit der „Industrieberichterstattung“ erhob. Diese Monate des Jahres 1932 und die ersten des Jahres 1933 bildeten die Tiefpunkte mit Auslastungsgraden von knapp über 40 Prozent. Die höchsten Monatswerte im Erfassungszeitraum wurden vor der Krise von Juli bis September 1928 mit über 74 Prozent und in der Erholungsphase 1935 in denselben Monaten mit über 66 Prozent erzielt. Siehe die Daten im konjunkturstatistischen Handbuch des IfK, Wagemann 1935, S. 17.

159 KB 1933, H. 4, S. 3 ff.

Tabelle 1.3 – 1: Produktionsindex 1913–1939. Rheinisch-westfälischer Industriebezirk

Jahr	Insgesamt	Kohle und Eisen
1913		98,4
1924		74,6
1925		90,5
1926	89,1	93,1
1927	110,9	106,9
1928	108,8	99,9
1929	112,3	110,9
1930	95,2	88,3
1931	74,4	66,7
1932	59,2	51,9
1933	67,0	60,6
1934	86,4	79,4
1935	98,6	90,1
1936	110,8	102,9
1937	125,7	113,8
1938	132,6	118,9
1939	135,7	
Monatsdurchschnitte 1926/27=100		

Quellen: 1913, 1924/25: Wirtschaftszahlen Westen, Tab. 2

1926–1936: KB 1936/37 H. 3, Tab. 1

1937: KB 1938/39, H. 1/2, S. 82

1938: KB 1938/39 H. 1/2, 3; Kohle/Eisen Jan.-Okt. 1938

Febr. 1939: KB 1938/39 H. 3

Berechnungsmethode:¹⁶⁰

Die Gesamtproduktion ist ein hybrider Index aus Zahlen für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk (Kohle und Eisen) und des Berliner IfK für Deutschland (übrige Produktionsmittelindustrien und Verbrauchsgüterindustrien ohne Nahrungs- und Genussmittel). Die Reihen wurden nach den für 1928 errechneten Nettoproduktionswerten der Industrieproduktion für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk gewichtet. Der Index für Kohle und Eisen umfasste „in drei Einzelreihen die arbeitstägliche Erzeugung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, nämlich Steinkohle, Koks und Preßkohle (Ruhrbezirk), Braunkohle und Braunkohlenbriketts (rheinischer Bezirk), Roheisen und Walzwerkserzeugnisse (rheinisch-westfälischer Industriebezirk). Die verschiedenen Produkte werden nach Ausschaltung von Doppelzählungen in den einzelnen Reihen zusammengefaßt und nach wertmäßiger Gewichtung zum Gesamtindex kombiniert.“

¹⁶⁰ KB 1936/37, H. 3, S. VII; Wirtschaftszahlen Westen, Tab. 2.

Weltwirtschaftskrise und die Bewegung auf den Aktienmärkten

Gemeinhin gilt heutzutage der Kurssturz der Aktien an der New Yorker Börse im Oktober 1929 als Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 – 1933.¹⁶¹ Auch im Jubiläumsband des DIW zur 90-Jahrfeier 2015 „markiere“ der „25. Oktober 1929, der Schwarze Freitag“, den „folgenreichste[n] Börsencrash des 20. Jahrhunderts“ und damit „den Beginn der Weltwirtschaftskrise“.¹⁶² Den damaligen Forschern am IfK in Berlin und Essen dagegen hatte sich dieser Börsencrash nicht als epochal aufgedrängt, sie hielten ihn nicht einmal für bemerkenswert: In den Wochenberichten des IfK wurde er vielmehr beiläufig,¹⁶³ in den Essener *Konjunkturberichten* überhaupt nicht erwähnt. In der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt, Deutschland, stürzten die Aktienkurse im Herbst 1929 zwar auch stark, jedoch setzte sich hier im Gegensatz zu den USA nur eine Tendenz fort, die schon viel früher begonnen hatte: In Deutschland war der Aktienindex schon seit Mitte 1927 fast ununterbrochen von über 130 auf unter 60 (1926/27 = 100) bis Ende 1930 gesunken.¹⁶⁴ Und von einem Konjunkturabschwung war die deutsche Gesamtwirtschaft – im Gegensatz zur stabileren Entwicklung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk – schon seit dem Frühjahr 1928 und in zunehmendem Maße seit Herbst 1929 betroffen.¹⁶⁵ Wie im Reich erreichten die Aktienkurse im rheinisch-westfälischen Industriebezirk im Frühjahr 1927 allerdings einen Höhepunkt, danach waren sie „mit kurzen Gegenbewegungen, unausgesetzt gesunken.“ Der Aktienindex Rheinland-Westfalen fiel 1928 und 1929 um jeweils fast 14 Prozent gegenüber dem Vorjahr.¹⁶⁶ Viel beunruhigender als die dramatischen Kursbewegungen der Wall Street im Herbst 1929 stellte sich dem IfK die Lage auf den Aktienmärkten ein Jahr später dar. Im Gleichklang fast aller Länder waren nach einer leichten Belebung Anfang 1930 seit dem Frühjahr die Kurse „außerordentlich scharf gesunken“.¹⁶⁷

Selbstheilungskräfte: Endogene Erklärungsmuster

Wagemann leitete das Anfang Februar 1929 abgeschlossene Heft 1 des ersten Jahrgangs ein.¹⁶⁸ Im Vorwort resümierte er lediglich die hier schon ausführlich vorgestellte bisherige Arbeit der Abteilung Westen. Während die folgenden Hefte „sich jeweils nur auf kurze Zeitabschnitte erstrecken“ sollten, beginne „das erste Heft dieser Reihe mit einer Übersicht über den Konjunkturverlauf in den Jahren 1926 bis 1928“ und fasse

¹⁶¹ Hesse/Köster/Plumpe 2015, S. 11.

¹⁶² DIW 2015, S. 11. In dem folgenden Abschnitt wurden unter „Lehren aus der Krise 1929“ allerdings aus dem Aufsatz von Fremdling/Stäglin 2002 Argumente verarbeitet, die den New Yorker Börsencrash relativieren.

¹⁶³ Krengel 1986, S. 21.

¹⁶⁴ Siehe das Schaubild in KB 1930, H. 6, S. 13.

¹⁶⁵ KB 1931, H. 1, S. 3.

¹⁶⁶ KB 1930, H. 1, S. 13, siehe dort auch das Schaubild des Aktienindex 1926 – 1929.

¹⁶⁷ WB 20.11.1930.

¹⁶⁸ Konjunkturberichte 1929, H. 1, S. 4; auch vorhanden im WWA K1 Nr. 571.

„dabei zugleich eine Anzahl von Untersuchungen [aus früheren Berichten] zusammen“.

Für die Erklärung des Konjunkturverlaufs wurden endogene¹⁶⁹ Faktoren herangezogen; so habe „Anfang 1926 [...] der rheinisch-westfälische Industriebezirk inmitten eines tiefgreifenden Reinigungs- und Ausleseprozess[es]“¹⁷⁰ gestanden. Der zyklische Verlauf in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre wurde mit der von Wagemann und dem IfK entwickelten Terminologie den folgenden Konjunkturphasen zugeordnet:¹⁷¹ **Wirtschaftskrisis** (war im Februar 1926 überwunden), **Depression**¹⁷² (hielt bis Ende des ersten Halbjahres 1926 an),¹⁷³ **Aufschwung** (dauerte bis Ende des ersten Halbjahres 1927) und **Hochspannung** (seit Mitte 1927). Mit dem **Abschwung** 1928 ging der „Konjunkturzyklus“ zu Ende. „Aber er schließt nicht, wie noch Ende 1925, in den schroffen Formen eines krisenhaften Umbruchs, sondern er leitet, allen sichtbaren Symptomen zufolge, ruhig ableitend in neue Konstellationen über.“¹⁷⁴

Auch der Mitte Februar 1930 abgeschlossene *Konjunkturbericht* sah die Schwere des Konjunktureinbruchs noch nicht vorher: „Die Gütererzeugung des Jahres 1928 war rückläufig gewesen, und diese Bewegung entsprach der zu Beginn des Jahres einsetzenden Konjunkturabschwächung.“¹⁷⁵ Im Gegensatz zum Reich jedoch weitete sich die Produktion 1929 im rheinisch-westfälischen Industriebezirk in den Schlüsselindustrien in der ersten Jahreshälfte aufgrund von Sonderbedingungen noch aus (gestiegene Auslandsnachfrage für Kohle und Eisen, Ausgleichsbewegung gegen

169 „Als oberster Grundsatz beherrscht die Diagnosen und Prognosen des Instituts für Konjunkturforschung das organisch-biologische Prinzip und insbesondere die Hypothese, daß alle Konjunkturbewegung ihrem Wesen nach endogen ist.“ (Wagemann 1928, S. 185; siehe auch Fischer 2012, S. 207). Wagemann brachte Beispiele exogener Einwirkungen (Bergarbeiterstreik in England 1926, Zufluss von Auslandsanleihen 1926 und den Locarno-Vertrag 1926), welche als „Einwirkung von draußen“ gegenüber der „Eigengesetzlichkeit der Wirtschaftsbewegung [...] als ganz sekundär“ zu werten seien.

170 KB 1929, H. 1, S. 5.

171 KB 1929, H. 1, S. 9. Zum „Schema des Konjunkturverlaufs“ siehe VjhK 1926, H. 1, S. 15–17; Wagemann 1928, S. 67 f. Ausführlich zu „Wagemanns Konjunkturlehre“ Kulla 1996, S. 43 ff. und S. 100 ff.

172 „Dabei wird unter Depression ein Zustand verstanden, in dem das Wirtschaftsleben einem Tiefstand zustrebt und im weiteren Verlauf mehr oder weniger stagniert. Eine solche Stagnation pflegt sich durch eine Verlangsamung des konjunkturellen Abstiegs anzukündigen. Sie bringt den letzteren weiterhin zum Stillstand und schafft, während wichtige Kostenelemente wie Preise (zunächst diejenigen der Rohstoffe), Löhne (zuerst die Lohnzuschläge) und Zinssätze (infolge reichlicheren Kapitalangebots) sich ermäßigen, die Vorbedingungen für einen neuen Konjunkturaufschwung.“ KB 1930, H. 4, S. 3.

173 Im Mai 1926 begann der englische Bergarbeiterstreik, der erst im November 1926 abgebrochen wurde. „Der Ausbruch des englischen Bergarbeiterstreiks brachte seit etwa Mitte 1926 zunächst dem Ruhrbergbau, etwas später auch der Großeisenindustrie und den meisten anderen Zweigen der rheinisch-westfälischen Wirtschaft den stärksten Auftrieb; er fand seinen Ausdruck in einer beträchtlichen Zunahme von Produktion, Beschäftigung, Einkommen, von Absatz und Verkehr.“ KB 1929, H. 6, S. 3; KB 1929, H. 1, S. 5–9.

174 KB 1929, H. 1, S. 9. Die „Wirtschaftskrisis 1925/26“ war im Februar 1926 überwunden und die Depression danach nur von kurzer Dauer. KB 1929, H. 6, S. 3.

175 KB 1930, H. 1, S. 3.

Auswirkungen des Arbeitskampfes mit der Aussperrung im November 1928¹⁷⁶ in der Eisenindustrie sowie gegen winterliche Produktionsausfälle).¹⁷⁷ Der *Konjunkturbericht* von April 1930 stellte 1929 den „Wiederanschluß an die rückläufige Konjunkturbewegung des Jahre 1928“¹⁷⁸ sowie die Angleichung der Wirtschaft des Untersuchungsgebietes an die allgemeine Konjunkturentwicklung fest. Wegen beobachteter „Entspannungssymptome“ wurde allerdings „mit dem Übergang in eine Phase konjunktureller Depression“¹⁷⁹ gerechnet. In der Terminologie des IfK war unter „Depression“ jedoch nicht ein Verharren auf dem Tiefstand eines Konjunkturzyklus zu verstehen, sondern sie barg „die Vorbedingungen für einen neuen Konjunkturaufschwung.“¹⁸⁰

Doch selbst fast ein Jahr später, Mitte Februar 1931, wurde im „Zusammenfassenden Überblick“ beim Vergleich des Konjunkturverlaufs des Jahres 1930 mit dem von 1929 noch keine dramatische Entwicklung wahrgenommen. „Während die deutsche Gesamtwirtschaft seit Frühjahr 1928 und in zunehmendem Maße seit Herbst 1929 Anzeichen eines Konjunkturabschwungs aufwies,¹⁸¹ war in der gleichen Zeit die Wirtschaft des rheinisch-westfälischen Industriebezirks durch eine bemerkenswerte Widerstandskraft gegenüber derartigen rückläufigen Tendenzen ausgezeichnet gewesen. Der entscheidende Vorgang des Jahres 1930 ist, daß die Wirtschaftsentwicklung im Industriebezirk sich dem allgemeinen Konjunkturverlauf wieder angeglichen hat. Die Merkmale konjunktureller Verschlechterung sind auch bei ihr in allen entscheidenden Punkten aufgetreten.“¹⁸² Allerdings wurde Mitte Juni 1931 dann eine Belebung der Verbrauchsgüterindustrien im Frühjahr des Jahres bemerkt, während sich die Produktionsmittelindustrien weiter verschlechterten. Dieses habe sich aber uneinheitlich entwickelt, denn in „der Eisenindustrie ist der Produktionsrückgang zum Stillstand gekommen.“¹⁸³ Zwar wurde im Juni 1931 der weitere allgemeine Konjunkturrückgang festgestellt, jedoch eher optimistisch wiederum ein Einlenken in eine „Gleichgewichtslage“ konstatiert: „Ist somit in der Berichtszeit insgesamt noch ein weiterer konjunktureller Rückgang des wirtschaftlichen Tätigkeitsgrades zu verzeichnen, so ist andererseits zu betonen, daß dieser an Intensität verloren hat und die bisherige Einheitlichkeit der Abwärtsbewegung auf wichtigen Teilgebieten der Produktion durchbrochen ist. Eine solche Auflösung des Konjunkturverlaufs in Einzel-

176 KB 1929, H. 6, S. 4.

177 KB 1930, H. 1, S. 3. Siehe die Kurven zur Steinkohleförderung und Eisenerzeugung sowie den Absatz 1926 – 1929 (ebd. S. 4, 7). Jahreszahlen (aus Monatsdurchschnitten errechnet) für alle relevanten Größen für 1913 und 1924 bis 1929 finden sich in zwei umfangreichen Tabellen ebd. S. 14 f.

178 KB 1930, H. 2, S. 10.

179 KB 1930, H. 2, S. 3, 10.

180 KB 1930, H. 4, S. 3. Zur „Phasenverzögerung“ der Krise im Ruhrgebiet siehe auch Fischer 1965, S. 348 f.

181 Zur Konjunkturentwicklung in Deutschland aus der Berliner Sicht des IfK siehe Tooze 2016, S. 405 f.

182 KB 1931, H. 1, S. 3.

183 KB 1931, H. 3, S. 18.

bewegungen ist üblicherweise ein Symptom für das Einlenken des Produktionsrückgangs in eine Gleichgewichtslage.“¹⁸⁴

Bis Mitte 1931 wurde in Essen noch keine Wirtschaftskrise konstatiert, die nicht als Phase eines Konjunkturzyklus' systemimmanent hätte bewältigt werden können.¹⁸⁵ Sicher war man sich seiner eher optimistischen Aussage im Juni-Bericht jedoch nicht mehr. Denn „gegenwärtig“ könne „eine solche Diagnose nicht ohne weiteres gestellt werden, da die österreichische Bankenkrise und die Erörterungen über die Reparationsverpflichtungen eine Unruhe geschaffen haben, deren Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung im Augenblick nicht zu übersehen“ sei.¹⁸⁶

Die Bankenkrise erfasste im Juli 1931 nach Österreich auch Deutschland (Illiquidität der DANAT und der Dresdner Bank). Und das Reparationsproblem spitzte sich so zu, dass der amerikanische Präsident Hoover im Juni/Juli 1931 ein Moratorium (Aussetzung der Reparationszahlungen) verkündete.¹⁸⁷ Im Sommer 1931 war die Weltwirtschaftskrise für jeden informierten Zeitgenossen somit sichtbar.

Das Essener Institut diagnostizierte allerdings erst Anfang 1932 einen vom üblichen Konjunkturzyklus abweichenden Verlauf. Im *Konjunkturbericht* vom Januar 1932 wurde zum Vergleich der „in jenen glücklicheren Jahrzehnten“ vor dem 1. Weltkrieg aufsteigende „säkulare Grundzug“ der Zyklen herausgearbeitet, sodass „die Wirtschaftskrisen der Vorkriegszeit fast nur als schwache, rasch überwundene Dämpfung jenes säkularen Auftriebs erscheinen konnten.“ Dagegen zeige die „Gegenwart“, die Zeit aus dem Blickwinkel Anfang 1932, „ein völlig entgegengesetztes Bild. Statt einer im Rhythmus der Konjunkturen fortschreitenden Expansion vollzieht sich eine so heftige Kontraktion des wirtschaftlichen Volumens, daß der Produktionsfortschritt einer ganzen Generation wieder verlorenzugehen droht, und [...] es scheinen kann, als lasse [dieser Rückschlag] kaum noch die Gegenkräfte aufkommen, die in früheren Konjunkturzyklen aus der Depression zu neuem Aufstieg führten. Es ist wie ein allgemeines Abgleiten auf schiefer Ebene.“¹⁸⁸ Noch klarer wurde einige Monate später, im April-Heft von 1932, beklagt, dass im Gegensatz zur „Vorkriegszeit“ die erwartete Erholung ausgeblieben sei. Es sei „festzustellen, daß der schon im dritten Jahr anhaltende Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft bisher noch nicht vermocht hat, die Gegenkräfte auszulösen, die auf eine Überwindung hinarbeiten und damit zu neuen günstigeren Situationen hinüberleiten. Seit dem Sommer 1931 sind Erzeugung und

184 Ebd.

185 Mit dieser Einschätzung wird auch Borchardts Argumentation gestützt, „daß für die deutschen Behörden – wie für alle anderen in der Welt – bis zum Frühjahr 1931 kein überragend starkes Motiv gegeben war, die Krise völlig anders zu behandeln, als sie es tatsächlich taten.“ Borchardt 1982b, S. 167.

186 KB 1931, H. 3, S. 18.

187 Siehe die ausführliche Analyse von Ritschl, 2002, Kapitel 3 und 4. Zum „finanziellen Zusammenbruch“ siehe auch James 2016, S. 562ff. und Ritschl 2016b. Zu den „Spannungen an den Kreditmärkten“ und den Auswirkungen der Bankenkrise siehe die längere Abhandlung in KB 1931, H. 4, S. 3–7.

188 KB 1931, H. 5, S. 4.

Absatz der Produktionsmittelindustrien in beschleunigtem Tempo weiter zurückgegangen. Der Ruhrkohlenbergbau fördert zur Zeit nur noch etwas mehr als die Hälfte der Mengen von vor zwei Jahren; in der rheinisch-westfälischen Schwereisenindustrie ist die Produktion im gleichen Zeitraum auf ein Drittel gesunken. Der Beschäftigungsgrad der rheinisch-westfälischen Maschinenindustrie liegt bei 49 v.H. des Standes von 1929. Von den gewerkschaftlich organisierten Bauarbeitern des Reviers sind nur noch 8 v. H. voll beschäftigt.“¹⁸⁹

Die Zusammenfassung im April-Heft 1932 beließ es nicht bei der entmutigenden Diagnose, sondern forderte Eingriffe des Staates: „Die Entwicklung der Krise hat immer deutlicher herausgestellt, daß die Selbstheilungskräfte, die jeder Zusammenbruch auslöst, sich dieses Mal nicht im Sinne eines Wiederaufstiegs der Wirtschaft auswirken. Die Behebung oder wenigstens Milderung der Krise wird deshalb immer mehr zu einer Frage der **konjunkturpolitischen Maßnahmen**.“¹⁹⁰ Nachdem Hitler Ende Januar 1933 zum Kanzler des Deutschen Reichs ernannt worden war, wurde eine grundlegende Neuorientierung der Wirtschaftspolitik eingeleitet. Im Mai 1933 forderte das Essener Institut den Staat zum Eingreifen auf:¹⁹¹ „Eine starke, ihrer Kraft bewußte Staatsgewalt muß es als ihre Aufgabe betrachten, die Überwindung der konjunkturellen Depression, in der sich die deutsche Wirtschaft derzeit befindet, nicht allein dem selbsttätigen Aufkommen natürlicher wirtschaftlicher Gegenkräfte zu überlassen, sondern durch konjunkturpolitische Maßnahmen die andernfalls zu gewärtigende lange Dauer der Stockung abzukürzen.“

Als Erklärung für das Versagen der „Selbstheilungskräfte“ führte das Essener Institut vorwiegend endogene, in der deutschen Wirtschaft selbst veränderte Faktoren an. „In der Nachkriegszeit und besonders während des jetzigen Konjunkturrückgangs ist mehr oder weniger das gesamte Preisniveau dadurch in seiner Beweglichkeit beeinträchtigt worden, daß wichtige Kostenelemente ihrer früheren Elastizität ermangelten. Das gilt nicht nur für die Löhne infolge ihrer Bindung durch das Tarifwesen, sondern auch für die sozialen Abgaben, Frachtsätze, Steuern u.dgl.“¹⁹² Kartellpreise und Tariflöhne seien nicht so flexibel nach unten wie vor dem Krieg, Mengenbewegungen reagierten dagegen heftiger, und die Zinsen blieben im Gegensatz zu „früheren Depressionen [...] inmitten einer schweren Kapitalnot exorbitant hoch“.¹⁹³ So hätte „die Senkung der Kostenelemente ebensowenig wie die heftige Kontraktion von Gütererzeugung und Absatz bisher den allgemeinen Konjunkturrückgang zu steuern und eine Wendung zum Besseren zu erzwingen vermocht. [...] Damit scheint der konjunkturelle Abschwung seine Funktion als Wegbereiter eines

¹⁸⁹ KB 1932, H. 1, S. 3.

¹⁹⁰ KB 1932, H. 1, S. 22f. Krengel (1986, S. 27f.) fand eine ähnliche Argumentation des Berliner Mutterinstituts erst im VjhK vom August 1932. Hervorhebung R.F.

¹⁹¹ KB 1933, H. 1, S. 3.

¹⁹² KB 1931, H. 5, S. 15.

¹⁹³ KB 1932, H. 1, S. 3 ff.

neuen Aufschwungs verloren zu haben. Es ist ein *Circulus vitiosus*, in dem sich die Wirtschaft im Grunde seit dem Jahre 1930 bewegt.“¹⁹⁴

Im Gegensatz zu den Aussagen in den eher kurzfristig orientierten *Konjunkturberichten* waren in Essen wie auch in Berlin¹⁹⁵ bereits vorher Zweifel geäußert worden, ob man einem üblichen Konjunkturzyklus ausgesetzt sei. Dort hielt man schon 1930 einen andersartigen Abschwung für möglich und zog sowohl die Theorie der langen Wellen als auch strukturelle weltwirtschaftliche Erklärungen dafür heran. Damit griff man räumlich über Deutschland und zeitlich über 1930 hinaus:

Beim Vergleich des „gegenwärtigen“ Zyklus mit den „Depressionsphasen des Jahres 1926 und der Vorkriegszeit“¹⁹⁶ wurde in Essen spekuliert, ob sich der „Rhythmus“ der langen Wellen durchsetze. „[...] es könnte sein, daß dadurch auch der Charakter der einzelnen Zyklen beeinflusst würde. Sollte auf die lange Aufschwungswelle der beiden Jahrzehnte vor dem Weltkrieg jetzt eine lange Abstiegs- und Abschwungswelle folgen, so würde dies dazu führen müssen, das Vorbild für die künftige Entwicklung in dieser Hinsicht eher den 1870er und 1880er Jahren als der unmittelbaren Vorkriegszeit zu entnehmen.“¹⁹⁷ Das IfK und explizit Wagemann hatten in den Wochenberichten schon seit Anfang 1930 länger wirkende Faktoren für den mehr als üblichen Abschwung eines Konjunkturzyklus verantwortlich gemacht. Die „sinkende Grundtendenz der Preise“, die seit mehreren Jahren in fast allen Ländern zu beobachten war,¹⁹⁸ wurde mit regelmäßigen Phasen von etwa 25 bis 30 Jahren Dauer in den letzten 150 Jahren in Verbindung gebracht. Mit dem Verweis auf Wagemanns Konjunkturlehre (1928) wurden diese Phasen im Wochenbericht vom 3. September 1930 über die sinkenden Rohstoffpreise noch sehr vorsichtig mit den „langen Wellen“ der Konjunktur erklärt.¹⁹⁹ Der letzte Wochenbericht im Jahre 1930²⁰⁰ brachte unter der Überschrift „Die weltwirt-

194 KB 1932, H. 1, S. 4. Schon im Juni 1930 hatte Wagemann die „fortschreitende Erstarrung aller Werte (Verkehrs-, Preis-, Lohnsätze usw.)“ für die anhaltende „Depression“ verantwortlich gemacht. Siehe das Protokoll der Kuratoriumssitzung des IfK vom 18. 6. 1930, BA R2501/6835.

195 Fremdling/Stäglin 2008, S. 170 f.

196 KB 1930, H. 2, S. 10 – 13.

197 KB 1930, H. 2, S. 12 f.

198 WB 12. 2. 1930.

199 Wagemann 1932, S. 368 ff.

200 WB 24. 12. 1930. Siehe auch Wagemanns pessimistische Einschätzung der weltwirtschaftlichen Lage auf der Kuratoriumssitzung des IfK am 27. 2. 1931 (BA R2501/6835). „Es berechtigt also noch nichts zu dem Schluß, daß in diesem Jahr in der Weltwirtschaft eine entscheidende Wendung zu Besserem eintreten werde.“ Und zugeschnitten auf Deutschland schlussfolgerte Wagemann, dass die „Voraussetzungen für eine schnelle Überwindung des gegenwärtigen Tiefstands [...] jedoch für Deutschland noch nicht gegeben“ seien. Auf dieser Sitzung erläuterte auch „Dr. Bauer“, der spätere wissenschaftliche Direktor des RWI, seine Untersuchung des Arbeitsmarktes. Prognostiziert wurde, dass „man für 1931 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 4 Millionen zu rechnen habe gegenüber von 3 Millionen im Jahr 1930. Das Institut habe von einer Veröffentlichung dieser Zahlen abgesehen, um den Pessimismus, der alle Wirtschaftskreise beherrsche, nicht noch zu verstärken.“ Siehe auch das Szenario des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) vom Sommer 1931. Dort wurden noch viel höhere Zahlen diskutiert (Brief der Geschäftsführung des RDI an die Mitglieder des Präsidiums des RDI

schaftlichen Depressionsherde“ eine klare Analyse und zeitliche Abfolge des sich selbst verstärkenden Schrumpfungsprozesses der Weltwirtschaft: Neben dem Konjunkturrückgang in den Industrieländern wurde auf die seit 1927/28 einsetzende Preisbaisse auf den Rohstoffmärkten hingewiesen. Schrumpfende Kaufkraft in den Rohstoffländern und verminderter Importbedarf der Industrieländer hätten die Spirale nach unten gezogen. In dem ersten namentlich mit **E.W.** gezeichneten Beitrag der Wochenberichte vom 1. April 1931 verknüpfte Wagemann „Struktur Tendenzen der Weltwirtschaft“ und „Lange Wellen“.²⁰¹ Er wollte darauf hinweisen, dass einem künftigen konjunkturellen Aufschwung durch strukturelle Abwärtstendenzen Grenzen gesetzt seien.

Staatsintervention und „Arbeitsbeschaffung“: Exogene Erklärungsmuster

Noch deutlicher als mit den beiden Produktionsindizes für „Kohle und Eisen“ und dem Index „insgesamt“, die in Tabelle 1.3–1 wiedergegeben sind, werden die Weltwirtschaftskrise und die anschließende Erholungsphase im rheinisch-westfälischen Industriebezirk durch die differenzierten Daten des Essener Instituts sichtbar, die in Tabelle 1.3–2 gebündelt sind: Vom Höchststand 1929 halbierte sich die Gesamtproduktion bis zum konjunkturellen Tiefstand im Jahr 1932, der Absatz sackte sogar noch stärker ab.

Die direkt beobachtbaren Einzelindikatoren schrumpften durchaus unterschiedlich. Die Braunkohleförderung kam relativ am besten durch die Krise (75 Prozent), und auch die Steinkohle konnte sich noch bei 60 Prozent halten. Der andere Schlüssel-sektor des Ruhrgebiets jedoch, die Eisen- und Stahlindustrie, wurde hart getroffen, mussten doch die Stahl- und Walzwerke Einbußen auf unter 40 Prozent der Produktion von 1929 verkraften. Entsprechend sank auch die Kokserzeugung, der Input für die Hochöfen zur Erzeugung des Roheisens. Der Wohnungsbau kam sogar fast zum Erliegen. Der hochindustrialisierte rheinisch-westfälische Industriebezirk musste einen stärkeren Rückgang der Beschäftigung als Deutschland insgesamt verkraften. Der Aufschwung verlief dann aber besonders rasch, erreichten oder übertrafen doch die Gesamtproduktion und der Inlandsabsatz das Niveau von 1929 bereits 1936/37. Die geringere oder verzögerte Erholung des Auslandsabsatzes belegt, dass inländische Ursachen vorherrschten. Auch fast alle anderen Indikatoren zeigten, dass spätestens 1937 das wirtschaftliche Niveau aus Zeiten vor der Weltwirtschaftskrise wieder hergestellt war.

Besonders erstaunlich war der schnelle Abbau der Arbeitslosigkeit, besonders kräftig von 1936 auf 1937. „Ende Juli 1937 wurden im rheinisch-westfälischen Indu-

vom 29.8.1931, BAK N1013/231). Nach dem „Konjunkturstatistischen Handbuch“ des IfK gab es folgende Arbeitslosenzahlen (in Millionen) im Jahresdurchschnitt. 1929: 1,9; 1930: 3,1; 1931: 4,5; 1932: 5,6; 1933: 4,8 und 1934: 2,7. Wagemann 1935, S. 16.

201 Zum Konzept der „langen Wellen“ siehe auch Wagemann 1928, S. 69 ff.

Tabelle 1.3 – 2: Bewegung wichtiger Wirtschaftsvorgänge im rheinisch-westfälischen Industriebezirk 1929 = 100; Monatsdurchschnitte

	Höchststand 1929	Tiefstand 1932	Stand 1936	Stand Juni 1937
Index der Gesamtproduktion	100	52,7	98,1	110,3
Index des Inlandsabsatzes	100	45,1	111,3	113,3
Index des Auslandsabsatzes	100	45,4	66,0	96,2
Ruhrkohlenförderung	100	58,9	87,0	101,4
Kokserzeugung	100	45,1	80,7	93,5
Braunkohlenförderung	100	73,2	91,7	102,2
Rohstahlerzeugung	100	35,6	101,5	102,5
Walzwerksleistung	100	36,5	97,9	102,8
Bau von Wohnungen*	100	27,5	86,8	100,4
Wagenstellung (Reichsbahn)	100	58,1	82,4	93,0
Arbeitslose	100	358,5	114,5	53,5
Arbeitslose Reich	100	294,7	81,9	34,3

* Rohzugang

Quelle: KB 1937/38 H. 1, S. 4

striegebiet noch 144.000 Arbeitslose gezählt gegen 292.000 im Januar.²⁰² Aber der Rückgang der Arbeitslosigkeit war im Reichsgebiet noch ausgeprägter als im Revier.²⁰³ Während im Jahresdurchschnitt 1936 auf 1.000 Erwerbstätige in Deutschland 45 Arbeitslose entfielen, betrugen diese Anteile in den Landesarbeitsamtsbezirken Westfalen 86 (331 im Jahr 1932) und Rheinland 125 (338 im Jahr 1932).²⁰⁴ Dabei hatte das rheinisch-westfälische Industriegebiet von öffentlichen Bauten sogar vorrangig profitiert. Hier lag ein Schwerpunkt der Arbeitsbeschaffung: Im Baujahr 1929 entfielen in Deutschland auf die „drei Bausphären“, öffentlicher Hoch- und Tiefbau, gewerblicher Hochbau, Wohnungsbau, je ein Drittel der „Gesamtbauleistung“. Dagegen umfasste 1935 der öffentliche Hoch- und Tiefbau schätzungsweise zwei Drittel des gesamten Bauvolumens.²⁰⁵ „Seit Frühjahr 1934 haben die Bauarbeiten an den Reichsautobahnen in zunehmendem Maße Arbeitskräfte beansprucht. Ende Mai 1936 hatten von 43.300 Tiefbauarbeitern im rheinisch-westfälischen Industriebezirk 12.400 bei den Reichsautobahnen Beschäftigung. Somit sind die Reichsautobahnen im industriellen

202 KB 1937/38, H. 1, S. 4.**203** Zur Arbeitslosigkeit siehe auch die ausführliche Studie: „Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den Groß- und Mittelstädten des Ruhrgebiets in der Krise und im Wiederanstieg der Wirtschaft“, in KB 1937/38, H. 1, S. 39 – 47. Für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk finden sich detaillierte Zahlen zur „Beschäftigung und Arbeitslosigkeit“ zwischen 1926 und 1936 (monatlich von 1933 bis 1936), untergliedert nach „Produktionsmittelindustrien“, „Konsumgüterindustrien“, „Konjunkturindustrien“ und „Saisonindustrien“ in KB 1936/37, H. 3, Tab. 1, S. 2f.**204** KB 1937/38, H. 1, S. 5.**205** KB 1936/37, H. 1, S. 15.

Westen eine beachtliche Stütze des Baemarktes geworden. [...] Ungefähr ein Zehntel der Reichsautobahnaufträge ist in das rheinisch-westfälische Industriegebiet geflossen.“²⁰⁶

Die gegenüber Gesamtdeutschland durchaus verzögerte Zunahme der Beschäftigung war keine vorübergehende Erscheinung. Die *Konjunkturberichte* des Essener Instituts beklagten in der Folgezeit mehrfach das Hinterherhinken des rheinisch-westfälischen Raumes im „Reich“. Der Produktionsindex für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk blieb in den 1930er Jahren deutlich hinter dem vom IfK entwickelten Index für das „Reich“ zurück.²⁰⁷

Für die Befreiung aus der Weltwirtschaftskrise machte das Essener Institut in seinen *Konjunkturberichten* mit zunehmender Intensität und am Ende ausschließlich nicht mehr Selbstheilungskräfte, sondern staatliche Maßnahmen wie die Arbeitsbeschaffung verantwortlich.

Anfänglich, im Sommer 1934, wurden die Anzeichen für die wirtschaftliche Erholung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk lediglich als „äußere Symptome“ abgetan. Selbst in den Wintermonaten 1933/34 gab es keine saisonale Abschwächung mehr.²⁰⁸ Äußere Symptome seien durch „die innere Erstarkung, [den] Selbstheilungsprozeß der Wirtschaft“, als „letzten Endes für die eigene Tragfähigkeit und die organische Fortführung des Konjunkturanstiegs entscheidend“ zu „ergänzen“.²⁰⁹ Konsequenterweise wurden die „öffentliche Konjunkturpolitik“ wie auch die „Arbeitsbeschaffung“ noch als temporäre „Maßnahme“ zur „Stärkung der organischen Grundlagen des Konjunkturanstiegs“ gewertet. Im Sommer 1934 billigte das Essener Institut den Selbstheilungskräften demnach noch eine entscheidende Rolle zu. Und selbst ein Jahr später glaubte man, dass „auch aus dem Innern der Wirtschaft kommende Antriebskräfte an dem Wirtschaftsaufschwung beteiligt“²¹⁰ gewesen seien. Erst

206 KB 1936/37, H. 1, S. 14 f. Die gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungseffekte des Autobahnbaus waren anfänglich (1933–1935) eher gering. Seit 1936 beschäftigte der Autobahnbau allerdings beachtlich mehr Arbeitskräfte (siehe Fremdling/Stäglin 2016). Baumaßnahmen zur direkten „Verstärkung der Wehrkraft“ (KB 1938/39, H. 1/2 S. 5) erreichten weit größere Dimensionen. Allein die „Befestigungsarbeiten an der Westgrenze, dem sog. Westbauprogramm“, banden 1938 „eine halbe Million“ Arbeitskräfte. KB 1938/39, H. 1/2, S. 19.

207 KB 1939, H. 3, S. 4; siehe auch die Tabelle mit den Vergleichen der beiden Indizes 1937, 1932 und 1929. KB 1937/38, H. 1, S. 4. Die Jahresberichte des IfK behandelten die Abteilung Westen zwar eher stiefmütterlich. Für das Jahr 1935 wurde jedoch die „bemerkenswerte Abweichung von der Konjunkturbewegung im Reich“ bei der „laufenden Konjunkturbeobachtung“ im Westen herausgestellt. Jahresbericht 1935, BA R2501/6835 F. 419.

208 Der Produktionsindex „Rheinland-Westfalen (1926/27 = 100) war von 63,6 im Oktober 1933 auf 73,0 im Februar 1934 gestiegen, in derselben Zeitspanne ging die Zahl der Arbeitslosen von 750.400 auf 641.900 zurück. KB 1934, H. 1, S. 3.

209 KB 1934, H. 1, S. 3; ähnlich KB 1933, H. 4. S. 23. Als hemmender Faktor galt die Rohstoffversorgung, da der Rückgang der Exporte zu einem Devisenengpass geführt habe. KB 1934, H. 1, S. 4.

210 KB 1935, H. 1, S. 3. „[...] der Privatinitiative des Unternehmers [waren] nur beschränkte Betätigungsmöglichkeiten gegeben“, weil die Ausfuhr zurückging und der privaten Investitionsmöglichkeit „die mangelnde Aufnahmetätigkeit des Kapitalmarktes hemmend im Wege“ stand. Ebd.

im März 1936 konstatierte die Abteilung „Westen“ schließlich, dass „sich die Überwindung der zurückliegenden Krise nicht in den Formen eines unter früheren Verhältnissen üblichen Selbstheilungsprozesses vollzogen“ habe, sondern dass sie „das Ergebnis einer planvollen staatlichen Konjunkturpolitik gewesen“ sei.²¹¹

Der Wandel in der Auffassung über das Konjunkturphänomen dürfte sowohl bei Däbritz als auch bei Wagemann nicht unerheblich mit der ideologischen Bindung an das nationalsozialistische Regime und seine Wirtschaftspolitik einhergegangen sein. Das IfK war mit seinen Auftragsarbeiten und seinen Kuratoriumsmitgliedern zunehmend mit dem nationalsozialistischen Herrschaftssystem verflochten. Sowohl Wagemann²¹² als auch Däbritz²¹³ traten 1933 bzw. 1937 in die NSDAP ein.

Trotz der wachsenden Einbindung in den Nationalsozialismus setzten die *Konjunkturberichte* im Allgemeinen die sachorientierte Berichterstattung der Anfangsjahre fort.²¹⁴ Sie konzentrierten sich nüchtern auf wirtschaftliche Tatbestände, wenngleich die Wirtschaftspolitik immer regimetreu positiv dargestellt wurde. Mit der unpathetischen Diktion vor und nach 1933 brach lediglich das erste Heft der *Konjunkturberichte* von 1933 in den beiden ersten Absätzen zur Erörterung der „Konjunkturlage im rheinisch-westfälischen Industriebezirk“, als es Hitlers Regierungsantritt Ende Januar 1933 rückblickend begeistert begrüßte:²¹⁵ „Die Berichterstattung über die Konjunkturbewegung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk [...] konnte sich im allgemeinen auf die Darstellung der eigentlichen Wirtschaftsvorgänge beschränken. Im gegenwärtigen Zeitpunkt muß sie indessen darüber hinausgreifen. Seit

211 KB 1935, H. 3/4 (abgeschlossen 10.03.1936), S. 3. Erwähnt wurde, dass „bereits die Regierung von Papen im Sommer 1932 durch Bereitstellung von erheblichen Arbeitsbeschaffungsbeträgen und durch Steuererleichterungen (Steuergutscheine) zur Anregung der Unternehmerinitiative“ beigetragen hatte. KB 1933, H. 4, S. 4.

212 Wagemann verstieg sich in Briefen an Hitler (23./28.3.1933) sogar dazu, die Affinität seines wissenschaftlichen Gedankengutes mit dem Hitlers und den Hitler nahestehenden Nationalökonomern schon vor der Machtergreifung hervorzuheben. Wagemann schrieb diese Briefe nach seiner Entlassung als Präsident des StRA am 17.3.1933 (endgültig am 22.5.1933). Nach der Satzung war er damit automatisch auch nicht mehr Präsident des IfK. Der verantwortliche nationalkonservative Minister Hugenberg konnte die Wiederwahl Wagemanns zum Präsidenten des IfK am 17.6.1933 allerdings nicht verhindern. Siehe zum gesamten Vorgang Auszüge und Paraphrasen aus den Briefen in Stäglin/Fremdling 2016b, S. 60f. Wagemann war am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten. Siehe seine Karteikarte in BA R1/31XX/T0011.

213 Däbritz war am 1.5.1937 in die NSDAP aufgenommen worden. Siehe seine Karteikarte in BA R1/31XX/E0023. Von 1933 bis April 1937 hatte sich die NSDAP gegen die Aufnahme weiterer Mitglieder, die sogenannten „Konjunkturritter“, gesperrt.

214 NS-Rhetorik und Begrifflichkeit blieben Ausnahmen. Beispiele: „Volksgemeinschaft“, KB 1936/37, H. 1, S. 42; „Arbeiterwohnstättenbau zugunsten der Gefolgschaftsmitglieder“, KB 1937/38, H. 3, S. 18; KB 1935, H. 3/4, S. 7; „arbeitslose deutsche Volksgenossen“, KB 1936/37, H. 1, S. 31; „minderbemittelte Volksgenossen“ (es ging um Wohnungsbaufinanzierung), KB 1937/38, H. 3, S. 18; „Gefolgschaft“, KB 1937/38, H. 3, S. 9; „befreite sudetendeutsche Gebiete“, KB 1938/39, H. 1/2, S. 3, 39; „Abwerbung von Gefolgschaftsmitgliedern“, KB 1938/39, H. 1/2, S. 31.

215 KB 1933, H. 1, S. 3.

Erscheinen des letzten *Konjunkturberichts* der Abteilung „Westen“ sind in Deutschland Ereignisse von epochaler Bedeutung eingetreten. Eine neue Regierung unter Führung des Reichskanzlers Adolf Hitler hat die nationale Erneuerung des deutschen Volkes eingeleitet. Eine Reform an Haupt und Gliedern des deutschen Staats- und Wirtschaftskörpers ist im Gange. Es ist ein Aufbauwerk größten Stils“.

Nach dem Verweis auf die Potsdamer Rede Hitlers vom 21. März 1933 bezog sich der Bericht auf Hitlers Reichstagsrede vom 23. März 1933, in der „Leitgedanken zur künftigen deutschen Wirtschaftspolitik formuliert“ wurden. Hitler habe „mit Nachdruck das Primat des Staates über die Wirtschaft proklamiert“, allerdings entschieden, dass die Belebung der Wirtschaft „nicht über den Umweg einer staatlich organisierten Wirtschaftsbürokratie, sondern durch stärkste Förderung der Privatinitiative zu betreiben sei.“²¹⁶

Wagemann verknüpfte sein Treuebekenntnis zum Regime mit seiner These von 1926,²¹⁷ dass der Liberalismus eines Adam Smith obsolet geworden sei. Er zitierte auf der Kuratoriumssitzung am 16. Januar 1934 aus den Wochenberichten (WB 2.8.1933), dass die „Konjunkturforschung [...] im Kern die Ablehnung eines Liberalismus [...] in der vollen Ellenbogenfreiheit für den einzelnen“ bedeute. „Nicht Ellenbogenfreiheit, sondern Tuchfühlung zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen, zwischen Privatwirtschaft und Volkswirtschaft, mit anderen Worten: Ausrichtung der Einzelinteressen auf das Gesamtwohl fordert der Geist der neuen Staatsführung.“ Es sei „vornehmste Aufgabe“ des IfK, „dem einzelnen den Blick über den engeren Kreis seiner eigenen Interessen hinaus auf die Gesamtwirtschaft zu erleichtern.“ Nach dem Zitat aus den Wochenberichten ergänzte Wagemann auf der Sitzung: „Diese Aufgabe steht im Einklang mit den grossen wirtschaftspolitischen Zielen, die der Führer Adolf Hitler der nationalsozialistischen Regierung gesteckt hat.“²¹⁸

Wagemanns²¹⁹ Treuebekenntnis zum NS-Regime war seine Entlassung als Präsident des StRA im Frühjahr 1933 vorausgegangen. Das StRA war dem Reichswirtschaftsministerium schon in der Weimarer Republik zugeordnet, und RWM Alfred Hugenberg (Deutschnationale Volkspartei, DNVP) war Wagemann nicht wohlgesonnen. Das hing noch mit Wagemanns früherem öffentlichkeitswirksamen Plädoyer für eine aktive Konjunkturpolitik (Wagemann-Plan) zusammen, das ihn zum Widersacher der Deflationspolitik des damaligen Reichskanzlers Brüning und der restriktiven Geldpolitik der Reichsbank gemacht hatte. Im Februar/März 1933 und verstärkt noch nach seiner

²¹⁶ Im Bericht (KB 1933, H. 1, S. 3) in Anführungszeichen.

²¹⁷ „Einführungswort“ zum 1. Jahrgang der VjhK, WB 2.8.1933.

²¹⁸ I. HA Rep. 120 CVIII 2a Nr. 33, Bd. 2. In den VjhK (1933 7. Jg., H. 4 u. 8. Jg., Juni 1933) gibt es keine entsprechende Passage. Nach Kregel (1986, S. 54f.) sei Wagemann zu diesem „Bekenntnis mit Sicherheit vom Propagandaministerium gezwungen“ worden. Die Veröffentlichungen des IfK wurden in der Tat vom Ministerium vorzensuriert. Warum aber zitierte Wagemann den Wochenbericht fünf Monate später in der Kuratoriumssitzung wörtlich und ergänzte ihn mit der Bemerkung über Hitler, die Kregel wie das gesamte Protokoll der Sitzung nicht kannte?

²¹⁹ Siehe ausführlich zu den Quellen Fremdling/Stäglin 2018.

„Beurlaubung“ von seinen Ämtern durch den RWM am 17. März 1933 wurden aus dem StRA u. a. von der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation (NSBO) und anderen internen Widersachern Wagemanns (z. B. Wilhelm Leisse²²⁰) bis hin zu einigen seiner Direktoren schwerwiegende Vorwürfe gegen Wagemann und weitere Führungskräfte im StRA lanciert. Wagemanns Amtsführung, insbesondere die unzureichende Abgrenzung zwischen dem StRA und dem IfK, seine Personalpolitik, seine „mangelnde Verwaltungsfähigkeit“ und sogar Korruption wurden ihm angelastet. Diese vielstimmigen Beschuldigungen von verschiedenen Seiten reichen nicht hin, ihn als Regimegegner auszumachen. Wagemann war kein Gegner der Nationalsozialisten: Seit Mai 1933 war er nicht nur Mitglied der NSDAP, sondern identifizierte sich in Briefen und Stellungnahmen an hohe Partei- und Regierungskreise bis hin zu Hitler mit der nationalsozialistischen Politik: „Durch Herrn Reichswirtschaftsminister Hugenberg bin ich ohne jede vorherige Ankündigung und ohne Angabe von Gründen auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden. Gleichzeitig wurde mir die Leitung des Instituts für Konjunkturforschung entzogen. Die Pressekommentare treffen nicht zu [...] Jedoch ist der mich besonders kränkende Anwurf nicht aus der Welt geschafft, dass ich mich im letzten Augenblick an die NSDAP ‚anzuhängen‘ versucht hätte. Wie Sie, Herr Reichskanzler, wissen, habe ich in den Staatswissenschaften schon sehr früh Gedanken und System entwickelt, die auf Ihre Grundideen zurückgehen. Dieser Umstand führte mich schon vor Jahr und Tag zu engem Gedankenaustausch mit Männern wie Feder und Funk und zu der besonderen Ehre persönlicher Beziehungen zu Ihnen, dem Führer selbst [...] Ich, der ich seit Jahren auf die wirtschaftspolitischen Gefahren und Fehler des alten Systems immer wieder hingewiesen und durch meine Veröffentlichungen der nationalsozialistischen Bewegung unter Einsatz meiner ganzen Person und unter heftigen Anfeindungen wissenschaftliche Dienste zu leisten versucht habe, gerade ich soll offenbar von fremden Kräften der weiteren Mitarbeit an den großen nationalen Aufgaben entzogen werden.“²²¹ Trotz dieser Anbiederung wurde er von RWM Hugenberg am 22. Mai 1933 endgültig als Präsident des StRA

220 Wilhelm Leisse (1886 – 1944, Schreibweise häufig Leiß), Promotion 1912 mit einer Arbeit über die deutsche Eisenindustrie. Seit Anfang der 1920er Jahre war er im StRA u. a. als enger Mitarbeiter Wagemanns beschäftigt. Wegen Plagiatsvorwürfen wurde er aus dem Mitarbeiterstab Wagemanns in eine technische Abteilung des StRA versetzt. Im Geschäftsverteilungsplan des StRA Ende September 1930 war „Dr. Leisse, Ob.-Reg.-Rat“ als Vertreter Burgdörfers in der Abteilung IV („Bevölkerungs-, Betriebs- und Produktionsstatistik“) allerdings schon in einer hohen Position (BA R3102/6210 F. 241). Er bereitete den ersten Industriezensus für 1930 vor, der allerdings im Zuge der Sparpolitik Brünnings auf 1933 verschoben wurde. Im Dezember 1934 wurde Leisse Direktor im Statistischen Reichsamt (Leiter der Abteilung VII: Industrielle Produktionsstatistik, diese Abteilung war für den 1933er und 1936er Zensus verantwortlich). Zwischenzeitlich war er von März 1938 bis Juni 1940 Präsident des RWP (Herauslösung der Abteilung VII des StRA, Wiedereingliederung als Abteilung VIII). Am 29.2.1944 wurde er in den dauerhaften Ruhestand versetzt. Mit einer Beschwerdeschrift „Korruption im Statistischen Reichsamt“ war er mitverantwortlich für die Intrige, die zur Amtsenthebung Wagemanns als Präsident des StRA und des IfK führte. Leisse war seit März 1932 Mitglied der NSDAP, 1934/35 lief allerdings ein Parteiordnungsverfahren gegen ihn, weil er u. a. Parteigenossen bei Einstellungen nicht bevorzugte. Quellen: Tooze 2001, S. 178 f.; Wietog 2001, S. 44 f.; BA R3102/4218 (mitgeteilt von Jutta Wietog).

221 Brief Wagemanns an Hitler 23.3.1933, BA R43II/1157e; Stäglin/Fremdling 2016b.

entlassen; seine Funktion als IfK-Direktor erhielt er jedoch am 17. Juni 1933 vor allem durch die Unterstützung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) wieder zurück.²²² In der Folgezeit übernahm Wagemann weitere Funktionen in der NSDAP.



Abb. 1: Ernst Wagemann ca. 1935

Die Symbiose zwischen dem autoritären Staat und der Privatwirtschaft wurde in der Tat das hervorstechende Kennzeichen der nationalsozialistischen Lenkungs- und Kriegswirtschaft.²²³ Sie spiegelt sich in der anfänglichen Ambivalenz des Essener Instituts zwischen orthodoxer Konjunkturauffassung und etatistischer Denkweise mit der herrschenden geistigen Strömung. So beschwor das Institut in seinen Berichten

²²² Bericht über die Sitzung des Kuratoriums des IfK, BA R2501/6835.

²²³ Siehe Fremdling 2016a.

1934 und 1935 noch die inneren, auf Privatinitiative beruhenden Selbstheilungskräfte als tiefere Ursache der konjunkturellen Erholung. Im *Konjunkturbericht* des Winters 1936 dagegen schrieb das Institut den Aufschwung dann gänzlich den staatlichen Maßnahmen zu, wobei der Übergang von der staatlichen Krisenbekämpfung zur Aufrüstung erstaunlich klar erörtert wurde: „Bis Mitte 1934 war die Wirtschaftsbelebung vor allem das Ergebnis der in den Jahren 1932 und 1933 ins Werk gesetzten Arbeitsbeschaffungsprogramme gewesen. In der Folgezeit besonders im Jahre 1935, sind in zunehmendem Maße die Wehraufträge eine wichtige Stütze der Wirtschaftstätigkeit geworden. Die Verlagerung des Schwergewichts in der Auftragsverteilung von der Arbeitsbeschaffung auf die Wiederwehrhaftmachung des Volkes ist in äußeren Symptomen zunächst nur wenig in Erscheinung getreten. Der Grund hierfür war, daß wie die Arbeitsbeschaffung so auch der Ausbau der deutschen Wehrmacht in erster Linie den Produktionsmittelindustrien zugute kam und diesen die Erhaltung und Steigerung ihres Produktionsstandes ermöglichte. Die Konsumseite der Wirtschaft hat demgegenüber in der zweiten, durch die Wehraufträge bestimmten Periode des deutschen Wirtschaftsaufstiegs sogar gewisse Einbußen zu verzeichnen.“²²⁴

Das Zurückbleiben der Konsumgüterproduktion („Index der Umsätze im Textileinzelhandel“) hinter der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung („Index des Umsatzsteueraufkommens“) zwischen 1932 (= 100) und 1935 wurde quantitativ mit der Umsatzentwicklung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk belegt.²²⁵ Die Dämpfung der Verbrauchsgüternachfrage ließ sich mit der Einkommens- und Lohnpolitik des NS-Regimes erklären: Die „Reichsregierung [war bestrebt,] die Löhne möglichst stabil zu halten.“ Die „Zunahme der Arbeitseinkommen [war] doch lange Zeit fast ausschließlich durch die Zahl der Beschäftigten und die tägliche Arbeitszeit bestimmt.“²²⁶

Demnach offenbarte sich deutlich bevor die Aufrüstung mit dem Vierjahresplan²²⁷ ihre volle Wirksamkeit erreichte der Vorrang der Kriegsvorbereitung vor dem Massenkonsum.²²⁸ Mit der Umstellung der gesamten deutschen Volkswirtschaft auf die Kriegsvorbereitung verschwand das klassische Konjunkturphänomen.

²²⁴ KB 1935, H. 3/4, S. 3. Ähnlich, aber nicht so klar, wurde der Sachverhalt in den *Konjunkturberichten* des Mutterhauses in Berlin formuliert. VjhK 1936 H. 1, T. A, S. 270 f.

²²⁵ KB 1935, H. 3/4, S. 3f.

²²⁶ KB 1936/37, H. 1, S. 6, 30.

²²⁷ Im Oktober 1936 erließ Hitler die „Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans“, welche die Aufrüstung und umfassende wirtschaftliche Maßnahmen forcierte, um Deutschland kriegsfähig zu machen. Siehe Petzina 1968. Hitlers geheime „Denkschrift zum Vierjahresplan 1936“ wurde von Treue (1955) herausgegeben und kommentiert.

²²⁸ Zur Auswirkung der Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung siehe die quantitative Analyse von Fremdling/Stäglin 2015, 2016.

Aufrüstung und gelenkte Wirtschaft: Verschwinden des Konjunkturphänomens

Die beiden Produktionsindizes für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk in Tabelle 1.3–1 verweisen auf einen ununterbrochenen Aufschwung der deutschen Wirtschaft unter der NS-Herrschaft bis zum Vorabend des Zweiten Weltkriegs. Mit der Vorbereitung auf den Krieg und der davon abgeleiteten zunehmenden Steuerung der Wirtschaft durch den Staat änderte sich der Forschungsgegenstand des Essener Instituts. Im April 1937 ordnete Däbritz im Vorwort zum Statistikband „Vier Jahre Wirtschaftsaufstieg“ den Aufschwung zuvor und den Übergang zur Rüstungskonjunktur folgendermaßen ein:²²⁹ Zwar deuteten die „Zahlenreihen und Kurven [...] abermals auf eine Hochkonjunktur“ hin, doch hätten sich „die inneren Antriebskräfte dieser Bewegung gegenüber früheren Zeiten von Grund auf gewandelt.“ Dieses „Wirtschaftswunder“ sei „vor allem der Initiative und dem Einsatz des Staates zu danken“. Für sein eigenes Forschungsfeld folgerte Däbritz, dass damit die „Konjunkturforschung einen neuen Sinn erhalten“ habe. Sie sei „ein Instrument geworden, das der heute im Vordergrund stehenden Wirtschaftslenkung zu dienen berufen“ sei.²³⁰

Das letzte Heft der *Konjunkturberichte*, das Ende Mai 1939, also einige Monate vor Kriegsbeginn, abgeschlossen wurde, brachte Monatszahlen der Produktionsindizes des Essener Instituts als Schaubild 1.²³¹ Sie reichten von 1934 bis Anfang 1939 und zeigten eine kaum durch zyklische Schwankungen beeinflusste Aufwärtsbewegung.²³² Rückschläge waren lediglich die saisonal bedingten winterlichen Einbrüche. Das klassische konjunkturelle Auf und Ab verschwand auch deshalb, weil die gelenkte Wirtschaft im Innern den Marktmechanismus außer Kraft gesetzt hatte und die Autarkiepolitik die Wirtschaft auch nach außen von den internationalen Konjunkturschwankungen abkoppelte.

Preise wurden seit dem Herbst 1936 reguliert.²³³ „Seit sich in der planmäßig gesteuerten Wirtschaft die Preise nicht mehr im freien Markt als Ergebnis von Angebot und Nachfrage bilden, sondern unter staatlichem Einfluß gelenkt werden, zeigt das Preisniveau nur geringe Bewegungen.“²³⁴ „Das Gesamtniveau der Preise weist demgemäß schon seit langem nur noch geringe Veränderungen auf.“²³⁵

„Die deutsche Wirtschaft ist von dem Rückgang der Weltkonjunktur [2. Halbjahr 1937] kaum in Mitleidenschaft gezogen worden. Der Gedanke der Wellenbewegung, der bei den weltwirtschaftlichen Erörterungen wieder so eine große Rolle spielt

²²⁹ KB 1937, H. 3, S. VI.

²³⁰ So auch der Tenor in der programmatischen Abhandlung Wagemanns über die „Aufgaben der regionalen Konjunkturforschung“ in KB 1936/37, H. 1, S. 42f.

²³¹ KB 1939, H. 3, S. 4.

²³² Die Kurven zur Produktionsentwicklung im Bergbau und in der Eisenindustrie setzen 1929 ein. Sie zeigen den enormen Produktionsrückgang während der Weltwirtschaftskrise mit dem übereinstimmenden Tiefpunkt im Jahr 1932. KB 1939, H. 3, S. 7.

²³³ Zur Preisregulierung und „Preisstopverordnung“ vom 1.12.1936 siehe KB 1937/38, H. 1, S. 32.

²³⁴ KB 1939, H. 3, S. 35; siehe auch KB 1938/39, H. 1/2, S. 41.

²³⁵ KB 1938/39, H. 1/2, S. 40; zur Preispolitik siehe auch KB 1937/38, H. 2, S. 39f.

hat, ist durch die nationalsozialistische Arbeitspolitik für die heimische Volkswirtschaft ausgeschaltet worden. Auch die Unabänderlichkeit der bisher noch in der deutschen Wirtschaft bestehenden starken außenwirtschaftlichen Abhängigkeiten wird vom heutigen Staat nachdrücklich abgelehnt. Die deutsche Wirtschaft von den Schwankungen des Weltmarktes weitgehendst unabhängig zu machen, ist gerade Ausgangspunkt des zweiten²³⁶ Vierjahresplans gewesen.“²³⁷ Wegen des notwendigen Imports von Rohstoffen mussten allerdings Preisfluktuationen auf dem Weltmarkt absorbiert werden, um dem Ziel einer „Erhaltung des Inlandspreisniveaus“²³⁸ zu genügen.²³⁹

Die Umsetzung des Vierjahresplans stieß seit 1937 zunehmend an die Kapazitätsgrenze der deutschen Wirtschaft. In den *Konjunkturberichten* wurden diese Probleme in erstaunlicher Offenheit diskutiert, obwohl damit auch ausländischen Beobachtern Details über die deutsche Aufrüstung preisgegeben wurden.²⁴⁰ Auch schon für die Zeit vor Kriegsbeginn muss immer mitbedacht werden, dass das Essener Institut die vom Reichswirtschaftsministerium vorgegebenen Geheimhaltungsrichtlinien über statistische Veröffentlichungen²⁴¹ einzuhalten hatte und zudem, zumindest potentiell, im Griff der Zensur des Propagandaministeriums war. Selbst ohne die von außen auferlegten Restriktionen dürfte das IfK mit seiner Essener Zweigstelle von sich aus keine Ambitionen gehabt haben, gegen die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, die primär auf Aufrüstung und Vorbereitung des Krieges ausgerichtet war, kritisch Stellung zu beziehen.

In vielfältiger Weise sprachen die *Konjunkturberichte* Engpässe, aber auch konkrete Vorhaben des Vierjahresplans an: Die „Verkündung des zweiten Vierjahresplans [...] hatte am Ende des Wirtschaftsjahres 1936 gestanden“. Diese „Aufgabenstellung erging [1937] in einem Augenblick“, [...] „als der erreichte hohe Stand der Wirtschaftstätigkeit bereits einen Mangel an Arbeitskräften, Produktionskapazitäten und Rohstoffen auszulösen begann.“²⁴²

236 Der erste Vierjahresplan umfasste vor allem die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vor 1936. Wenn der zweite Vierjahresplan bzw. der Vierjahresplan überhaupt angesprochen wird, ist damit die unter Görings Regie stehende Kriegsvorbereitung seit 1936 gemeint.

237 KB 1937/38, H. 2, S. 7.

238 KB 1937/38, H. 2, S. 39 f.

239 „Diese Entwicklung [Preisanstieg von importierten Rohstoffen] hatte besondere Preismaßnahmen notwendig gemacht, die zwar der Verteuerung der Weltrohstoffe Rechnung trugen, ihre Berücksichtigung bei der Inlandspreisbildung aber nur nach dem Kostenanteil der Auslandsstoffe zuließen.“ KB 1937/38, H. 2, S. 38.

240 Die Kriegsvorbereitung als solche wurde nicht verheimlicht; wohl wurden Produktionszahlen strategischer Rüstungssektoren geheim gehalten (z. B. Flugzeugindustrie) oder verschleiert (Eisen- und Stahlindustrie, Chemieindustrie). Siehe Fremdling/Stäglin 2012.

241 Die Richtlinien (BA R3101/31275 F. 3 – 11, 45 – 48 u. passim) zum Veröffentlichungsverbot vom 2. 10. 1939 wurden wahrscheinlich schon 1936 im RWM formuliert. Es galt „für alle Darstellungen bis zurück zum August 1914“. „Beschränkungen und Verbote von Statistischen Veröffentlichungen wirtschaftlicher Art“, BA R3102/3082. Siehe dazu unten die Erläuterung unter 3.2.3.

242 KB 1937/38, H. 2, S. 3.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wurde folgendermaßen beschrieben: „Die Eingriffe der staatlichen Wirtschaftspolitik heben sich in zwei tiefen Einschnitten deutlich ab: einmal von 1933 auf 1934 der Abbau der Massenarbeitslosigkeit im Verfolg der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; zum anderen Mal von 1936 auf 1937 die Wirtschaftsbelebung durch die Verkündung des zweiten Vierjahresplans.“²⁴³ Die Arbeitsbeschaffungspolitik wurde also „seit 1936 durch die aus der Wehrhaftmachung [...] erwachsenden Aufgaben ergänzt und abgelöst.“²⁴⁴ Schon im August 1937 beklagte das Essener Institut einen akuten Mangel an Arbeitskräften: „Der seit längerem bestehende Facharbeitermangel ist im Begriff, zu einem Mangel an Arbeitern überhaupt zu werden.“²⁴⁵ „Die Anspannung aller Kräfte zur Erreichung der Ziele des Vierjahresplanes hat eine Nachfrage nach Facharbeitern geschaffen, die aus den Kreisen der Bestandsarbeitslosen nicht mehr zu befriedigen ist.“²⁴⁶

Bis zum Kriegsbeginn machte die forcierte Aufrüstung die Knappheit von Arbeitskräften zum Dauerthema der *Konjunkturberichte*: „Die Lenkung des Arbeitseinsatzes ist gegenwärtig das brennendste Problem der Wirtschaftsführung. Der Mangel an Arbeitskräften, der sich mit der Durchführung des zweiten Vierjahresplanes immer stärker herausgebildet hat, setzt heute in fast allen Industriezweigen einer weiteren Ausdehnung der Produktion fühlbare Widerstände entgegen.“²⁴⁷ Ende Oktober 1938 lag die Arbeitslosenquote (Arbeitslose zu „Arbeitsbuchpflichtigen“) etwas über einem Prozent im Ruhrbezirk oder im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, im Reich bei nur 0,74 Prozent.²⁴⁸ Als Maßnahmen zur „Bereitstellung ausreichender Arbeitskräfte“ wurden verstärkt „Jugendliche“ über verringerte Ausbildungszeiten eingesetzt, zudem griff man auf „ältere Arbeitskräfte“ sowie auf „vermehrte Frauenarbeit“ zurück.²⁴⁹ Anordnungen gegen Abwerbung (ein Arbeitsplatzwechsel war seit dem 15. März 1938 vom Arbeitsamt zu genehmigen) beschränkten die Konkurrenz um Arbeitskräfte.²⁵⁰ Neben Leistungssteigerungen durch vermehrten Maschineneinsatz und Rationalisierung wurde die Arbeitszeit verlängert: Ab 1. April 1939 erhöhte sich im Ruhrkohlenbergbau die Schichtzeit um 45 Minuten, d. h. die „reine Arbeitszeit [...] von 6 ¼ bis 6 ½ auf 7 bis 7 ¼.“ Weiterhin wurden verstärkt „fremde Arbeitskräfte“ rekrutiert: Oberschlesier, Sudetendeutsche, Italiener.²⁵¹ Wohl wegen der strategischen Bedeutung seiner Industrien wurden aus dem Ruhrgebiet noch 1938 vergleichsweise weniger Arbeitskräfte für das Militär herangezogen. „Im rheinisch-westfälischen In-

²⁴³ KB 1937/38, H. 3, S. 23.

²⁴⁴ KB 1937/38, H. 2, S. 31f.

²⁴⁵ „Feierschichten wegen Absatzmangels sind im Ruhrbergbau seit November 1936 nicht mehr zu verzeichnen, dagegen nahmen Über- und Nebenschichten zu.“ KB 1937/38, H. 1, S. 8.

²⁴⁶ KB 1937/38, H. 1, S. 26–28.

²⁴⁷ KB 1938/39, H. 1/2, S. 29.

²⁴⁸ Ebd.

²⁴⁹ KB 1937/38, H. 2, S. 4.

²⁵⁰ KB 1938/39, H. 1/2, S. 31; KB 1939, H. 3, S. 30f.

²⁵¹ KB 1939, H. 3, S. 7f., 30.

dustriegebiet, insbesondere im Ruhrbezirk sind die Industrieunternehmen weniger als in anderen Reichsteilen von den Abberufungen von Arbeitskräften betroffen.“²⁵²

Zwar setzte die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik von Anfang an darauf, dass Preise und Löhne nicht stiegen. „Die Stabilerhaltung der Preise entspricht der staatlichen Lohnpolitik, die ihrerseits auf ein Festhalten der Lohntarifsätze ausgerichtet ist.“²⁵³ Dennoch nahmen die Lohneinkommen weiter zu. In erster Linie lag dies natürlich an der Ausweitung der Beschäftigung und an der verlängerten Arbeitszeit, aber eben auch an steigenden Löhnen, die wegen der Knappheit an Arbeitskräften anzogen. Trotz der restriktiven Lohnpolitik nahmen die Stundenlöhne in der Industrie „in den letzten fünf Jahren [1934 – 1938] noch um 10 % zu“.²⁵⁴

In der „Rohstoffversorgung“,²⁵⁵ am „Eisenmarkt“²⁵⁶ und in der „Beanspruchung der Betriebskapazitäten“ traten 1937 bereits ähnliche Spannungen wie am Arbeitsmarkt auf.²⁵⁷ Der Rohstoffengpass ließ sich durch vermehrte Importe mildern, wozu die Ausfuhr zur Finanzierung der Importe gezielt erhöht werden musste.²⁵⁸ Wegen der Kriegsvorbereitung wurden planmäßig solche neuen Industrien aufgebaut, die Steinkohle nachfragten: „So erwachsen dem Ruhrkohlenbergbau in zunehmendem Maße in den Vierjahresplanwerken neue Verbraucher.“²⁵⁹ Dazu gehörten „neue Großverbraucher [1938/39] wie die Hütten der Reichswerke Hermann Göring, Elektrizitätswerke, Buna- und Aluminiumfabriken“.²⁶⁰ Aus Kohle wurden „Benzin und andere synthetische Stoffe“ gewonnen. Der höhere Energie- und Wärmebedarf der neuerstellten Anlagen und die „vermehrte Verwendung wenig gehaltreicher Inlandserze“²⁶¹ steigerten den Kohlebedarf ebenfalls.

Die Engpässe und Prioritäten aufgrund der Aufrüstung zeigten sich auch bei der Bautätigkeit. Das Essener Institut stellte Ende August 1937 fest, dass der Tiefbau

252 KB 1938/39, H. 1/2, S. 30.

253 KB 1937/38, H. 3, S. 28; dieselbe Argumentation findet sich schon für die Entwicklung der Preise und Löhne im Jahr 1934, KB 1934, H. 2/3, S. 26.

254 Für Leistungslöhne aufgrund von Leistungssteigerungen war dies zugestanden. KB 1938/39, H. 1/2, S. 41.

255 Siehe konkrete Details zum Vierjahresplan mit dem „Ausbau der deutschen Rohstoffwirtschaft“ KB 1936/37, H. 2, S. 5 ff., 13 f.

256 Zu den „ordnenden“ Eingriffen, verstärkt seit dem Herbst 1936 („Neuordnung des Eisenmarktes“ 1.5.1937), siehe KB 1936/37, H. 2, S.15 ff.; KB 1937/38, H. 1, S. 14 f.

257 KB 1937/38, H. 1, S. 8 f., 13 f.

258 KB 1937/38, H. 2, S. 3; ähnlich in Heften zuvor: KB 1937/38, H. 1, S. 3, 5 f.; KB 1934, H. 2/3, S. 3, 5; H. 1, S. 4. Im Jahresbericht des IfK für 1938 wurde auf Arbeiten der Abteilung Westen verwiesen, in denen „insbesondere die Rohstoffversorgung und die Ertragsgestaltung der rheinisch-westfälischen Wirtschaft näher untersucht“ wurden (Institut für Weltwirtschaft Y5742). Zur Strategie, den Export als Mittel zur Finanzierung der notwendigen Rohstoffimporte einzusetzen, siehe Banken 2016.

259 KB 1937/38, H. 3, S. 13.

260 KB 1939, H. 3, S. 6.

261 KB 1937/38, H. 1, S. 12. Verstärkter Einsatz der mageren (nur 30 % Eisengehalt) Salzgittererze, KB 1938/39, H. 1/2, S. 16.

„dringende Bedürfnisse von Staat, Wehrmacht und Partei zu befriedigen“ habe.²⁶² Im *Konjunkturbericht* von Mitte Juli 1938 hieß es ein Jahr später: „Die Schwankungen im Verlauf von Bauerlaubnissen und Baubeginnen sowie das zeitweilige Nachhinken der letzteren hängen damit zusammen, daß die Bauwirtschaft die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit annähernd erreicht hat. Der Vordringlichkeit der Vierjahresplanbauten sowie der Wehrmachtsbauten und anderer Hochbauten der öffentlichen Hand ist durch die Bereitstellung wichtiger Baustoffe aus Sonderkontingenten Rechnung getragen worden. Trotzdem treten mancherorts Stockungen im Ablauf der Bautätigkeit ein.“²⁶³ Im Anfang Januar 1939 abgeschlossenen Heft wurden gleich zu Beginn unter den „Entwicklungstendenzen“ für die zweite Jahreshälfte 1938 die Auswirkungen spezifischer Vorbereitungen auf den Krieg angesprochen: „Zu diesen Saisoneinflüssen traten besondere Anforderungen an die Wirtschaft im Zusammenhang mit den Befestigungsarbeiten an der Westgrenze, dem sog. Westbauprogramm. Die Anstoßwirkung, die von dieser Maßnahme ausging, befruchtete weite Teile der rheinisch-westfälischen Wirtschaft, vor allem die Bauwirtschaft mit ihren zahlreichen Ausläufern.“²⁶⁴ Dafür wurde „eine halbe Million“ Menschen beschäftigt.²⁶⁵ In beiden Heften 1938/39 wurde darauf hingewiesen, dass das „Bauvorhaben „Westwall“ [...] eine erhebliche Einschränkung der übrigen Bautätigkeit im gesamten Reichsgebiet zur Folge hatte.“²⁶⁶ Für andere Bauten war von „mehrmonatiger Unterbrechung“ die Rede, „für andere noch in der Planung befindliche Bauvorhaben [wurde] eine vorläufige Zurückstellung des Baubeginns“ nötig.²⁶⁷

Auch wenn es keine inneren konjunkturellen Bewegungen mehr gab, konnten Einflüsse von außen, die mit der weltwirtschaftlichen Konjunktur zusammenhingen, nicht ganz ausgeschaltet werden. Die beiden Schlüsselindustrien des Ruhrgebiets, Kohle und Eisen, waren wegen ihrer Exportorientierung starken Nachfrageschwankungen unterworfen. Neben der Belebung durch die Aufrüstung profitierten beide Industrien 1937 überproportional von der gesteigerten Ausfuhr. Andererseits ließen „verschärfte Rückschläge in der Weltwirtschaft“ und die anhaltende „Baisse an den internationalen Rohstoffmärkten“ die Steinkohlen- und Eisenausfuhren 1938 drastisch sinken.²⁶⁸ In der Berichtszeit 1938/39 wurde der Aufschwung vom Inlandsabsatz getragen, während „die auf Kohle und Eisen basierende Exportwirtschaft von der

²⁶² KB 1937/38, H. 1, S. 19.

²⁶³ KB 1937/38, H. 3, S. 18. Etwas widersprüchlich war im selben Heft noch die Rede davon, dass der Wohnungsbau gesichert sei: „Nunmehr scheint die Ausrichtung der Bautätigkeit nach sozialen und siedlungspolitischen Gesichtspunkten soweit durchgeführt zu sein, daß ein Wohnungsbauprogramm in dem Umfang der beiden letzten Jahre [1936/37] weiterhin gesichert ist.“ Ebd., H. 3, S. 17.

²⁶⁴ KB 1938/39, H. 1/2, S. 3, 19. Diese Aktivitäten zogen zudem erheblichen zusätzlichen Reichsbahnverkehr, auch von Personen im „Zusammenhang mit den Westbefestigungen“, nach sich. KB 1939, H. 3, S. 31, 35; KB 1938/39, H. 1/2, S. 35.

²⁶⁵ KB 1938/39, H. 1/2, S. 19.

²⁶⁶ KB 1939, H. 3, S. 22f.

²⁶⁷ KB 1938/39, H. 1/2, S. 19.

²⁶⁸ KB 1937/38, H. 3, S. 3f., 14. Kohle um 20 Prozent, Eisen um die Hälfte.

geringen Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes mengenmäßig in weit stärkerem Maße in Mitleidenschaft gezogen [wurde] als die des Reichs.“²⁶⁹

Einerseits steigerte die „internationale Aufrüstung“ den „Weltkohlenbedarf“,²⁷⁰ andererseits trugen die „politischen Spannungen“ Ende der 1930er Jahre zu den Schwankungen auf dem Weltmarkt bei.²⁷¹ Hinzu kam die Instabilität der internationalen Kartelle, von der mehrfach berichtet wurde: Genannt wurden das Rohstahlkartell und die Internationale Rohstahl-Export-Gemeinschaft. Sie agierten ohne die US-Produzenten, während diese beim Schienen- und beim Weißblechkartell mit den Europäern zusammengingen.²⁷² Selbst beim Schrott (Input für Stahl im Siemens-Martin-Verfahren) entstand 1937 eine „internationale Schrott-Einkaufsgemeinschaft“, welche die „Preishausse“ stoppte.²⁷³ Während „eine Verständigung am internationalen Kohlenmarkt einstweilen [im Herbst 1937] kaum zu erwarten“ war, wurde eine „internationale Kokskonvention“ mit einer Laufzeit bis 1940 unterzeichnet.²⁷⁴

Auch wenn die nationalsozialistische Wirtschaft keine Konjunkturzyklen mehr hervorbrachte, so schwappten über die Importpreise und über die Exportschwankungen gelegentlich doch konjunkturelle Einflüsse vom Weltmarkt nach Deutschland über. Aber politische Faktoren (Spannungen und weltweite Aufrüstung) und internationale Kartelle störten oder verhinderten das Übergreifen eines vollständigen Konjunkturzyklus, der sich nur in einem marktwirtschaftlich-kapitalistischen Umfeld entfalten kann.

„Mit Ausbruch des Krieges [wurde] die Veröffentlichung von periodischen Konjunkturberichten eingestellt.“²⁷⁵ Nunmehr wurde die „Behandlung wichtiger größerer Einzelprobleme“, die in den „letzten Jahren vor dem Krieg [...] neben der laufenden Wirtschaftsbeobachtung“ stattgefunden hatte,²⁷⁶ zur primären Aufgabe des Instituts: „Seit dem Herbst 1939 ist die Tätigkeit des Instituts vollständig auf derartige Aufgaben ausgerichtet worden. Hierbei standen namentlich Sonderuntersuchungen kriegswirtschaftlicher Art im Vordergrund, mit denen die Abteilung Westen seitens des Instituts für Konjunkturforschung, Berlin, und anderer Berliner Zentralstellen

²⁶⁹ KB 1939, H. 3, S. 42; KB 1938/39, H. 1/2, S. 46.

²⁷⁰ KB 1937/38, H. 1, S. 9.

²⁷¹ KB 1938/39, H. 1/2, S. 3.

²⁷² KB 1937/38, H. 2, S. 16; KB 1937/38, H. 3, S. 14.

²⁷³ KB 1937/38, H. 1, S. 15.

²⁷⁴ KB 1937/38, H. 1, S. 9 f., 15. Geregelt und überwacht wurden die Koksabfuhr und die Ausfuhrpreise.

²⁷⁵ Im Februar 1941 schrieb Däbritz (18.2.1941, WA-LWL 722/55) an den „Landeshauptmann Kolbow“ der Provinzialverwaltung in Münster: „Mit Kriegsausbruch sind wir genötigt worden, die Veröffentlichung unserer bisher in 10 Jahrgängen erschienenen Konjunkturberichte einzustellen.“ Wer den Druck von außen ausübte, wurde nicht genannt. Die Zitate des Absatzes stammen aus dem „Tätigkeitsbericht der Abteilung Westen für die Jahre 1939 und 1940“ vom 6.2.1941, der dem Brief an Kolbow beigelegt war.

²⁷⁶ Siehe die Liste der behandelten „Einzelprobleme“ im Anhang: Aufbau und Themen der *Konjunkturberichte*.

sowie aus Kreisen von Wirtschaft und Verwaltung des Reviers betraut wurde.“ Diese kriegswirtschaftlichen Sonderuntersuchungen schlugen sich in der einem begrenzten Kreis („nur für den Dienstgebrauch“) zugänglichen „Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung“ nieder, die unten ausführlich diskutiert werden.